

Kurzschriftlicher Bericht

21. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 12. September 2005

Inhalt:

Fragestunde:

L-8092/1-XXVI: Anfrage der Abg. Schwarz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 4)

L-8093/1-XXVI: Anfrage der Abg. Präsidentin Eisenriegler an Landesrätin Dr. Stöger (Seite 6)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 7)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 645/2005: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Projekt "Detailcharakteristik oberösterreichischer Fließgewässer – Feintypisierung und Leitbilderstellung – inkl. Erstellung eines Filmes bzw. interaktiven DVD's – Projektphase 2 – Zeitraum 2005 - 2007".

Beilage 651/2005: Initiativantrag betreffend Oö. Hochwasservorsorge-Beschleunigungsprogramm.

Redner/innen: Abg. Eidenberger (Seite 8)
Abg. Brunner (Seite 10)
Abg. Schwarz (Seite 11)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 13)

Beilage 652/2005: Initiativantrag betreffend nachhaltige Reduktion der Energiepreise und Gewährung eines Heizkostenzuschusses.

Redner/innen: Abg. Mag. Jahn (Seite 13)
Abg. Steinkogler (Seite 15)
Abg. Schwarz (Seite 15)
Abg. Moser (Seite 16)

Beilage 653/2005: Initiativantrag betreffend Oö. Beteiligungsmanagement zur Absicherung der Daseinsvorsorge und der Standortinteressen.

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 18)
Abg. Trübswasser (Seite 19)
Abg. Mag. Strugl (Seite 20)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 22)

Beilage 654/2005: Initiativantrag betreffend Änderung der Landesverfassung.

Redner: Abg. Kapeller (Seite 23)
Abg. Schürer (Seite 25)
Abg. Trübswasser (Seite 26)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 27)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 646/2005: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Ermächtigung zur Einbringung von allen Landesbeteiligungen mit Ausnahme der Anteile an der Energie AG in eine OÖ Landesholding GmbH bzw. in drei Branchenholdings.

Berichterstatter: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 28)

Beilage 647/2005: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Ermächtigung zur Einbringung der Energie AG Oberösterreich in die OÖ Landesholding GmbH.

Berichterstatter: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 28)

Gemeinsame Wechselrede für die Beilagen 646 und 647/2005:

Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 29)
Landesrat Anschober (Seite 34)
Abg. Mag. Strugl (Seite 37)

Unterbrechung der Sitzung: 12.20 Uhr

Fortsetzung der Sitzung: 13.21 Uhr

Abg. Mag. Strugl (Seite 41)
Abg. Dr. Frais (Seite 42)
Abg. Trübswasser (Seite 43)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 46)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 48)
Landesrat Ackerl (Seite 56)
Landesrat Dr. Kepplinger (Seite 60)
Abg. Frauscher (Seite 63)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 67)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 69)
Landesrat Ackerl (Seite 69)

Beilage 645/2005: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Projekt "Detailcharakteristik oberösterreichischer Fließgewässer – Feintypisierung und Leitbilderstellung – inkl. Erstellung eines Filmes bzw. interaktiven DVD's – Projektphase 2 – Zeitraum 2005 - 2007".

Berichterstatter: Landesrat Anschober (Seite 71)

Redner/innen: Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 72)
Abg. Schillhuber (Seite 72)
Landesrat Anschober (Seite 72)
Abg. Schenner (Seite 73)

Mündliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Abg. Hirz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider betreffend Mautflüchtlinge-Verordnung (Seite 74)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: ORgR Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 9.39 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Ich eröffne die 21. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags. Ich begrüße die Mitglieder Oberösterreichischen Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, aus dem Bundesrat, die anwesenden Damen und Herren, die Vertreter der Medien und die Bediensteten des Hauses sehr herzlich. Die Niederschrift über die letzte Sitzung des Landtags liegt vom 13. bis 27. September 2005 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf und das Protokoll der 19. Sitzung finden Sie auf Ihren Plätzen.

Wir beginnen diese Landtagssitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung finden Sie ebenfalls auf Ihren Plätzen vorliegend. Die erste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Schwarz an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider. Bitte Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Schönen guten Morgen, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Naturschutzreferent! Im September beginnen wieder die Aktivitäten der Vogelfänger im Salzkammergut. Dafür benötigen diese ja eine Ausnahmegenehmigung für das Fangen der Vögel seitens der Naturschutzbehörde. Die Genehmigung darf gemäß § 11 Oö. Artenschutzverordnung für den selektiven Fang zum Zweck der traditionellen Singvogelausstellungen erteilt werden. Gemäß § 2 der Tierschutz-Veranstaltungsverordnung ist nun aus tierschutzrechtlicher Sicht das Ausstellen von Wildfängen aber verboten, was die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Fangerlaubnis aufwirft.

Werden Sie als zuständiger Naturschutz-Landesrat trotz des Ausstellungsverbotes in Zukunft weiterhin das Fangen von Singvögeln im Salzkammergut erlauben?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Danke. Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe immer erklärt, dass ich mich an die rechtlichen Vorgaben halten werde und auch die rechtlichen Bestimmungen umsetzen werde. Wir haben daher die Problematik dem Verfassungsdienst des Landes Oberösterreich zur Prüfung gegeben. Das Prüfungsergebnis ist eindeutig. Es steht drinnen als Ergebnis der Überprüfung: Naturschutzrechtliche Bewilligungen für den Singvogelfang müssen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 11 Oö. Artenschutzverordnung weiterhin erteilt werden. Es steht nicht drinnen können oder sollen, sondern müssen und daher werden wir uns an die Interpretation des Verfassungsdienstes selbstverständlich halten und die entsprechenden Bewilligungen erteilen.

Erste Präsidentin: Bitte Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Genau diese oberösterreichische Gesetzgebung könnten ja Sie als Naturschutzlandesrat ändern. Wann gedenken Sie, diese Verordnung § 2, diese Ausnahmeregelung herauszunehmen, da ja jetzt das Ausstellen der Vögel nicht mehr erlaubt ist und nur zu fangen und ich weiß nicht, was dann damit gemacht wird, nicht sehr sinnvoll ist, also hier wirklich auch diese Verordnung, diesen § 2 dahingehend zu verändern, dass das nicht mehr möglich ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Ich darf Sie darauf hinweisen, Frau Abgeordnete, dass die jetzigen rechtlichen Bestimmungen 2003 in diesem hohen Haus, 2004

und 2005 einstimmig beschlossen wurden und ich mich daher an die bestehenden rechtlichen Bestimmungen auch halte.

Abg. Schwarz: Eine rein persönliche Frage. Sie als Naturschutzreferent und Artenschutzzuständiger, wenn jetzt da Vögel gefangen werden und dann wirklich eine Stresssituation erleben, nicht ausgestellt werden können, wo ich ja die Tradition an sich schon in Frage stelle, was es da für einen Sinn hat und ob es nicht doch zielführend wäre, den hohen Landtag zu überzeugen, im nächsten Jahr dieser Artenschutzverordnung nicht mehr zuzustimmen und das dann zu verändern. Ist da Ihr Bestreben, dass es ab nächsten Jahr dann zumindest verändert wird, wenn es schon heuer nicht mehr gemacht wurde?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: Frau Abgeordnete, Sie wissen sehr genau, dass rein persönliche Meinungen keine Rolle spielen, sondern wir haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt. Wir müssen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einhalten und der Verfassungsdienst sagt ganz klar, dass diese Bewilligungen erteilt werden müssen und daran halte ich mich auch. (Beifall)

Abg. Schwarz: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Zusatzfragen? Herr Abgeordneter Hirz bitte.

Abg. Hirz: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Heute werden die Bescheide von der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck an die Singvogelfänger übergeben und zwar in folgender Form, dass nach dem Artenschutz per Verordnung der Landesregierung das Fangen erlaubt ist, und gleichzeitig wird also darauf hingewiesen, dass das nach dem Tierschutzgesetz verboten ist, was meiner Meinung nach eine paradoxe Situation darstellt und Konflikte vorprogrammiert sind. Das heißt, diese Bescheide erwecken den Eindruck, dass der Singvogelfang erlaubt sei und treibt die Leute in rechtswidrige Handlungen.

Sind Sie als Landeshauptmann-Stellvertreter und dafür Verantwortlicher bereit, die politische rechtliche Verantwortung für etwaige Verwaltungsstrafen, die diese Personen bekommen, zu übernehmen?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: Herr Abgeordneter, Sie haben den Landtag nicht richtig informiert, denn es steht nicht in den Bescheiden drinnen, dass etwas verboten ist, sondern wir haben den Bescheid gesetzeskonform ausgestellt. Unter den Hinweisen steht: Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass nach anderen gesetzlichen Bestimmungen geltende Vorschriften, insbesondere tierschutzrechtlicher Art, einzuhalten sind. Das steht in den Bescheiden drinnen und nichts anderes. Wie gesagt, ich betone noch einmal, dass wir uns streng an die Interpretation des Verfassungsdienstes halten.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: Sehr gerne, Frau Präsidentin. Ich danke Ihnen auch.

Erste Präsidentin: Die nächste Anfrage ist die der Frau Dritten Präsidentin Eisenriegler an die Landesrätin Dr. Stöger, bitte.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Sehr geehrte Frau Landesrätin! § 2 der Tierschutz-Veranstaltungsverordnung lautet: „Wildfänge mit Ausnahme von Fischen dürfen weder ausgestellt noch zum Kauf oder Tausch angeboten werden.“ Gemäß Artikel 11 B-VG ist Tierschutz in der Vollziehung Landessache. Aus diesem Grund möchte ich Sie als zuständige Tierschutz-Landesrätin fragen: Gilt dieses Verbot auch ausnahmslos für das Ausstellen der wild gefangenen Singvögel im Salzkammergut?“

Erste Präsidentin: Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin **Dr. Stöger**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, sehr geehrte Frau Präsidentin Eisenriegler! Der Verfassungsdienst des Amtes der Oö. Landesregierung hat in seiner Rechtsexpertise vom 30. 8. Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten in der zitierten Tierschutzveranstaltungsverordnung festgestellt. Ich zitiere wörtlich: Bei einer Gesamtbetrachtung sämtlicher Bestimmungen der Tierschutzveranstaltungsverordnung könnte es jedoch fraglich sein, ob der Verordnungsgeber tatsächlich ein derart rigoroses Ausstellungsverbot für Wildfänge beabsichtigt hat. Der Verfassungsdienst spricht daher wortwörtlich von Widersprüchen innerhalb ein und derselben Verordnung.

Noch viel kritischer beurteilt diese Tierschutzveranstaltungsverordnung in einem Rechtsgutachten der Innsbrucker Universitätsprofessor Leander Petzold. Oder um es ganz klar zu formulieren, in diesem Gutachten erfolgt eine absolut vernichtende Beurteilung der Tierschutzveranstaltungsverordnung. Es heißt wortwörtlich darin, dass diese Verordnung, ich zitiere, nicht vom Tierschutz oder einem anderen Gesetz gedeckt ist, sodass das Verbot der Ausstellung von Wildfängern vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden kann.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der in Ihrer Anfrage zitierte § 2, konkret das Ausstellungsverbot der wild gefangenen Singvögel im Salzkammergut ist also laut diesem Gutachten inhaltlich nicht vom Gesetz gedeckt und somit anfechtbar.

Diese zitierten Widersprüche innerhalb ein und derselben Verordnung bzw. angesprochene Gesetzeswidrigkeit der Verordnung können letztendlich nur durch eine gesetzeskonforme Interpretation bzw. Neufassung der Tierschutzveranstaltungsverordnung aufgelöst werden. Da dafür der Bund zuständig ist, obliegt es dem Bundesministerium für Gesundheit, endlich klare Rechtsverhältnisse zu schaffen.

Erste Präsidentin: Bitte Frau Kollegin.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Ja, aber nichts desto trotz gilt das Gesetz, solange es nicht angefochten ist. Ich habe auch hier ein Schreiben von der Frau Ministerin Rauch-Kallat, in dem sie feststellt: Der vom Oö. Verfassungsdienst gesehene Widerspruch der Tierschutzveranstaltungsverordnung zum Tierschutzgesetz ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Tierschutzveranstaltungsverordnung regelt die Verwendung von Tieren bei sonstigen Veranstaltungen im Sinne des § 28 des Tierschutzgesetzes. Die Tierschutzveranstaltungsverordnung verbietet nach § 2 Absatz 2 das Ausstellen von Wildfängen mit Ausnahme von Fischen generell. Wildfänge sind direkt der Natur entnommene Wildtiere. Wenn auch Vogelarten, welche nicht typischerweise gezüchtet werden, Ausstellungsbedingungen in der Anlage 4 der zitierten Verordnung enthalten sind, können sich diese nur auf solche Exemplare beziehen, welche nicht direkt der Natur entnommen, sondern untypisch in Gefangenschaft geboren oder aufgezogen wurden, zum Beispiel in einem Zoo. Über die Zulässigkeit, derartige Vogelarten zu fangen, wird durch diese Regelung keine Aussage getroffen. Ich finde das ist auch logisch.

Sie als Landesrätin für Tierschutzfragen haben ein Bundesgesetz zu vollziehen. Gedenken Sie, das zu tun?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Natürlich werde ich gesetzeskonform vorgehen, aber diese Veranstaltungsverordnung, die die Ministerin erhalten hat, ist durch das Gesetz nicht gedeckt. Konkret gesagt, im § 28 Absatz 3 heißt es: Der Bundesminister für Gesundheit und Frauen hat nach Absatz 1 bewilligungspflichtige Tieraussstellungen, Tierschauen, Tiermärkte und Tierbörsen unter Bedachtnahme auf die Zielsetzung und der sonstigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, sowie des anerkannten Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Verordnungen nähere Bestimmungen hinsichtlich Meldung, Dauer, Haltung der Tiere während der Veranstaltung sowie Aufzeichnungsverpflichtungen zu erlassen.

Daher sagt das Rechtsgutachten ganz klar. Die Tierveranstaltungsverordnung geht über die Ermächtigung des Gesetzes hinaus. Und diese Rechtsunsicherheit muss beseitigt werden und dafür ist der Gesetzgeber zuständig.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Das heißt, Sie sehen Handlungsbedarf in dieser Richtung?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Ich sehe den Bedarf einer Klärung, weil beide Parteien Rechtssicherheit verdienen und ich werde dann rechtskonform vorgehen. (Beifall)

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Danke.

Erste Präsidentin: Eine weitere Wortmeldung gibt es dazu nicht. Danke, Frau Landesrätin Dr. Stöger. Nachdem ich die Fragestunde für geschlossen erkläre, bitte ich den Herrn Schriftführer, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen: Die Beilage 644/2005. Eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird. (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2005) Sie wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 645/2005. Eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Projekt „Detailcharakteristik oberösterreichischer Fließgewässer – Feintypisierung und Leitbilderstellung – inklusive Erstellung eines Filmes bzw. interaktiven DVDs – Projektphase 2 – Zeitraum 2005 – 2007“. Diese Beilage soll gemäß § 26 Abs. 5 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 648/2005. Eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht zur Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich im Tourismusjahr 2003/2004 wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 650/2005. Eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Maßnahmen im Rahmen der Oö. Forschungsinitiative als zentrale Schwerpunkte im neuen Wirtschaftsprogramm des Landes Oberösterreich „Innovatives OÖ 2010“ wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 651/2005. Ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Oö. Hochwasservorsorge-Beschleunigungsprogramm II soll gemäß § 26 Abs. 6 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 652/2005. Ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend nachhaltige Reduktion der Energiepreise und Gewährung eines Heizkostenzuschusses soll gemäß § 26 Abs. 6 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 653/2005. Ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Oö. Beteiligungsmanagement zur Absicherung der Daseinsvorsorge und der Standortinteressen soll gemäß § 26 Abs. 6 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 654/2005, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Änderung der Landesverfassung gemäß § 26 Abs. 6 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer. Alle von ihm verlesenen Beilagen haben Sie entweder auf Ihren Tischen liegen bzw. auf elektronischem Weg übermittelt bekommen. Wir verhandeln jetzt die Dringlichkeiten und beginnen mit der Beilage 645/2005. Hier handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Projekt „Detailcharakteristik oberösterreichischer Fließgewässer – Feintypisierung und Leitbilderstellung – inklusive Erstellung eines Filmes bzw. interaktiven DVDs – Projektphase 2 – Zeitraum 2005 – 2007“. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich und ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist.

Ich bitte also jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 645/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir behandeln die Beilage 651/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Oö. Hochwasservorsorge-Beschleunigungsprogramm II. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Eidenberger das Wort.

Abg. **Eidenberger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum sagen wir den Leuten nicht, dass sie nach derzeitigem Stand nicht 10, 15 Jahre auf ihre Hochwasserprojekte warten müssen, sondern womöglich 20, 25, 30 Jahre, wenn sie überhaupt einmal realisiert werden? Solange wird es nämlich dauern, wenn wir auch in den nächsten Jahren und darauf deutet derzeit alles hin, vom Bund pro Jahr lediglich 5,7 Millionen Euro bekommen: 2,7 Millionen für die Bundesflüsse und 3 Millionen für die Interessentengewässer. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Plus 40 Millionen Donau!“)

Wir wissen, dass das Hochwasser von 2002 alleine in Oberösterreich einen Schaden von 1,1 Milliarden Euro angerichtet hat und bislang sind und ich glaub, dass Sie das bestätigen, bei 385, 386, 387 Projekte vorliegend und diese kosten laut Schätzung 270 Millionen Euro. Etwa die Hälfte der Kosten soll der Bund übernehmen.

Sagen wir den Leuten, dass, wenn es keine Einigung mit Wien gibt, wenn es keine Vorfinanzierung durch das schuldenfreie Oberösterreich gibt, dann garantiert mehr als die ursprüngung

lich immer erhofften weniger Jahre sein werden, wo wir vor den Wetterunbilden, furchtbaren Hochwässern, wie wir sie jetzt auch wieder im Westen Österreichs erlebt haben, verschont bleiben.

Wir wissen alle, dass Vorsorge gegen Hochwasser um ein Vielfaches günstiger als eine permanente Hochwasserschadenreparatur kommt, denn alle 385 oberösterreichischen Hochwasserschutzprojekte zusammen kosten lediglich ein Viertel des Schadens, den das Hochwasser von 2002 angerichtet hat!

Ich glaube, es ist Zeit, den Leuten reinen Wein einzuschenken! Sagen wir ihnen auch, dass der Bund, der nach dem Hochwasserereignis 2002 gesagt hat: Wir wollen euch helfen, wir werden euch unterstützen! Sagen wir den Leuten, dass er in der Zwischenzeit aus dem Hochwassergesetz 2002 108 Millionen Euro nicht - wie versprochen - zweckgewidmet verausgabte hat, sondern diese wieder in das allgemeine Budget zurückgeführt hat!

Unser Landesrat Anschöber hat in seiner Pressekonferenz vom 8. August 2005 gesagt: "Das Land Oberösterreich hat sein Budget zur Vorbeugung gegen Hochwasserkatastrophen vervielfacht". Ich möchte mich für alle Gemeinden, die bisher in den Genuss dieser Gelder gekommen sind, ganz ehrlich dafür bedanken! Er hat aber auch weiter gesagt: "Die dazu dringend erforderlichen korrespondierenden Bundesmittel konnten bislang nicht sichergestellt werden". Er hat auch weitergeführt: "Für die Donau, die im Verantwortungsbereich des Infrastrukturministeriums liegt und für die größeren so genannten Bundesflüsse reichen die bisher vom Bund vorgesehenen Finanzmittel voraussichtlich aus". Jetzt kommts aber: "Für die kleineren und mittleren Fließgewässer klafft allerdings eine entscheidende Finanzierungslücke". Er sagt weiter: "Ab 2006 könnte es ohne mehr Bundesmittel zu unnötigen Zeitverzögerungen bei der Umsetzung dieser Schutzmaßnahmen kommen. Bislang konnte noch keine Einigung mit dem Finanzministerium und Umweltministerium erzielt werden. Das Finanzministerium sieht lapidar keine budgetären Spielräume!" Meine lieben Freunde: Es geht hier nicht um "lustige Spiele"! Hier geht es um viele Projekte, die das Leben und Hab und Gut der Österreicherinnen und Österreicher schützen sollen. Oberösterreich ist drei Jahre nach dem furchtbaren Ereignis von 2002 mit einem blauen Auge davon gekommen! Rechnet man damit, dass jährlich zirka zehn Prozent der Hochwasserprojekte für Interessenten-Gewässer fertig verhandelt, also umsetzbar sind, so bräuchte man, um sie zu realisieren, eine jährliche Zuwendung des Bundes von zirka zehn Millionen Euro. Wir bekommen derzeit vom Bund drei Millionen Euro. Dieser Betrag wurde auch von den Fachbeamten total außer Zweifel gestellt. Es hat auch der Landeshauptmann das zugegeben, siehe Kronen Zeitung vom 26. August, wenn er sagt, „weil Bundesgeld fehlt, droht nächstes Jahr fast ein Stillstand“. Bundesweit fehlen bis zu 750 Millionen Euro für Hochwasserschutzmaßnahmen. Rudi Anschöber spricht sogar in der Pressekonferenz vom 25. August eine letzte Mahnung an die Bundesregierung aus: „Das Budget muss massiv aufgestockt werden.“ Und er sagt auch weiter, „nach einer Erhöhung in den Jahren 2002 und 2003 sind die Bundesbudgets für Hochwasserschutz wieder auf das langjährige vorherige Durchschnittsniveau gesunken. Wer die Finanzierung des Hochwasserschutzes nicht ermöglicht,“ sagt Anschöber, „handelt verantwortungslos.“ Und er führt weiter aus, „sollte die Bundesregierung auf stur schalten und die zusätzlich für Schutz und Sicherheit notwendigen Gelder bis Jahresende verweigern, dann wird uns gemeinsam mit den Betroffenen einiges einfallen, um den Druck im Wahljahr zu verstärken.“

Ich lese in den Oberösterreichischen Nachrichten ... (Erste Präsidentin: "Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits um eine Minute überschritten. Bitte, einen Satz zum Ende.") Ich entschuldige mich! Ich glaube, dass sich Oberösterreich auch hier wieder einmal an Bayern

orientieren sollte. Bayern hat ein jährliches Hochwasserbudget für die nächsten Jahre von 150 Millionen Euro beschlossen. In den News vom 25. August steht: Kein Strom, kein Telefon, der Zugsverkehr zusammengebrochen, Brücken einfach weggespült, Tunnels vermurt, Autobahnen gesperrt, (Erste Präsidentin: "Herr Abgeordneter Eidenberger, bitte, beenden Sie!") bitte, darf ich den einen Satz fertig lesen! - und Dutzende Orte für Tage von der Außenwelt abgeschnitten. Binnen weniger Stunden vermochten von zu Boden prasselnden Wassermaßen halb Österreich lahm zu legen. Wir Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, haben vor drei Wochen verdammt viel Glück gehabt. Ich ersuche alle, unserem heutigen Antrag zuzustimmen. Danke! (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich darf schon aus gegebenen Anlass darauf hinweisen, dass wir einstimmig eine fünfminütige Redezeit zur Behandlung von Dringlichkeiten vereinbart haben. Es ist auch unfair den anderen gegenüber, die sich an Zeiten halten, diese nicht einzuhalten. Ich bitte also alle Rednerinnen und Redner auch um Fairness. (Zwischenruf Abg. Eidenberger: "Frau Präsidentin, ich entschuldige mich. Danke.") Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Brunner.

Abg. **Brunner:** Geschätzte Frau Landtagspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Naturkatastrophen, Starkregen, Vermurungen, Überschwemmungen nehmen nicht nur in Oberösterreich zu, sie nehmen weltweit zu. Wir lesen es tagtäglich in den Medien und sehen es im Fernsehen. Das heißt in letzter Konsequenz: die Klimaveränderung können wir nicht mehr wegdiskutieren, sie ist bereits da. Die Zunahme dieser extremen Wettersituationen sind einfach der Beweis und die Folge davon. Ich nehme diese Sorgen sehr, sehr ernst und Ängste sehr ernst und begrüße dieses ehrgeizige Hochwasserprogramm, das ja das größte der oberösterreichischen Landesgeschichte ist.

Wir haben schon gehört, die Gesamtkosten dieses riesengroßen Projektes sind insgesamt 385 Detailprojekte mit einem Kostenpunkt von rund 270 Millionen Euro. Zeitrahmen ist geplant zehn Jahre, nicht wie wir jetzt gehört haben dreißig Jahre! Es ist vorgegeben zehn Jahre, dafür zu brauchen. Es ist das Ziel aller, glaube ich, wie wir hier herinnen sitzen, dass dieses Programm so rasch als möglich umgesetzt wird. Im heurigen Jahr haben wir 173 Einzelmaßnahmen vorgesehen, davon konnten 33 Projekte schon abgeschlossen werden, und 88 sind in Bearbeitung und davon werden heuer noch 52 begonnen. Das ist der aktuelle Stand in der Umsetzung des Hochwasserschutzprogramms.

Das Land Oberösterreich ist sich dieser Verantwortung voll bewusst. Wir haben ja ein Sonderbudget von fünfzehn Millionen Euro zusätzlich zum Landesbudget beschlossen, um einfach so rasch als möglich umzusetzen. Es ist dies ein ehrgeiziges Programm, aber dass wir es umsetzen können, brauchen wir die Mittel, die zusätzlichen Mittel vom Bund. Das ist ganz klar. Drei Millionen Euro wurden im heurigen Jahr zur Verfügung gestellt, benötigen würden wir das Doppelte. Der Herr Landeshauptmann ist bereits in Verhandlung mit dem Bund und bemüht sich um mehr Mittel zur Vorfinanzierung und auch zur rascheren Umsetzung des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Der Herr Landeshauptmann hat bereits schriftlich angeboten an den Bund eine Vorfinanzierung unter der Bedingung, dass wir auch das Geld wieder zurück bekommen. Ich glaube, das ist das Wesentliche dabei. Zur Erinnerung, wir haben in der Vergangenheit sehr viele Maßnahmen gesetzt. Wir haben gemeinsam eine Resolution an den Bund hier herinnen beschlossen. Es gibt einen einstimmigen Beschluss der Landeshauptleute-Konferenz, wo es um mehr Geld geht für die Länder. Dem Bund liegt bereits dieses Angebot vor seit Februar 2005, noch einmal gesagt. Und es gibt verschiedene

Gespräche mit den zuständigen Ressortchefs auf der Wiener Ebene, die durchaus positiv zu bewerten sind. Das möchte ich an dieser Stelle sehr klar sagen.

Und nun zu Ihrem Dringlichkeitsantrag betreffend des oberösterreichischen Hochwasserschutzbeschleunigungsprogramms und Vorfinanzierung: Ich gebe wirklich zu bedenken, wenn wir jetzt vorfinanzieren, dann besteht einfach die Gefahr, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung zieht. Und wir brauchen als Bedingung einen klaren Vorfinanzierungsvertrag, dass die Gelder auch zur Verfügung gestellt werden können. Zum Schluss: Unser Landeshauptmann bemüht sich wirklich in diesen Gesprächen, dass sie positiv für Oberösterreich abgeschlossen werden. Und ich glaube, positiv geführte Gespräche sollte man nicht heute durch eine Dringlichkeit stören. Im Sinne der Menschen in Oberösterreich, weil für die ist es entscheidend, dass so rasch als möglich gebaut wird und dass der Bund diese Mittel zur Verfügung stellt. Darum lehnen wir heute diese Dringlichkeit ab, wir sind aber natürlich gerne bereit, im Unterausschuss darüber zu reden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Anschließend an den Kollegen Eidenberger: Er hat genau dargestellt, was das Ressort vom Landesrat Rudi Anschober in den letzten zwei Jahren gemacht hat und auch macht und fordert. Wir haben schon soviel gemacht, dass darum auch die Redezeit überschritten worden ist und da sieht man, wie wir eigentlich jetzt arbeiten. Und ich danke für die sachliche Darstellung der Problematik.

Warum sagen wir aber den Menschen nicht draußen auch, dass es ein vorbeugendes Hochwasserschutzprogramm braucht, das gemeinsam, das weiter ist, als nur irgendwo eine Mauer zu machen? Und ich glaube, da sind wir alle einig. Wir haben Gesamtprojekte, dass die Bevölkerung sieht, und da haben wir sicher noch Nachholbedarf, wir arbeiten dran. Sie werden nicht im Stich gelassen. Wir wollen Sie nicht in Panik versetzen, dass sie bei jedem Regen aufschreien müssen und aufstehen müssen. Ich glaube, wichtig ist hier eine Gesamtkonzeption. Und das, glaube ich, haben wir in Oberösterreich sehr, sehr toll zusammengebracht. Alle auf einen Platz zu bringen und zu schauen, wie können wir Hochwasserschutz nicht nur punktuell schützen, sondern wirklich Gesamtkonzepte zu machen.

Und hier habe ich anhand eines Beispiels mit einer Wanderung in Eberschwang an der Antiesen gesehen, wie viel Kleinteile das sind. Einmal ein Renaturierungsbecken, einmal eine Einleitung in das alte Bachbett, komischerweise waren da die Grundeigentümer nicht bereit schon vorher einzuleiten in das alte Bachbett, was ja tiefer liegt als das jetzige, und somit einfach ein wirklich sinnvoller Hochwasserschutz wäre. Es war die Bevölkerung leider nicht bereit, dieses mitzutragen, und es musste ein anderes Projekt gemacht werden. Aber es gibt Detailprojekte. Es gibt auch einen Damm dort in Eberschwang, damit die Häuser vor allem auch das Feuerwehrzeughaus geschützt werden vor den Überflutungen. Und die Erklärungen des Experten waren sehr eindrucksvoll, dass es nicht nur darum geht, einen Fluss anzuschauen, sondern auch zu schauen, wo kommen denn die Wetterverhältnisse her? Kommt eine Schlechtwetterfront von Westen nach Osten? Geht sie von Norden nach Süden? Kommt sie von Osten nach Westen? Weil genau das hat Einfluss, welche Maßnahmen wir machen müssen. Also, wir sehen, es ist eine umfangreiche Detailarbeit hier zu machen und auch zu planen.

Und genau diese Planungen schaut sich der Bund dann noch einmal an. Weil im Wasserbautenfördergesetz heißt es, es muss eine technische und vor allem auch eine finanzielle

Genehmigung ausgestellt werden. Und genau wenn wir diese finanzielle Genehmigung und diese technische Genehmigung haben, dann können wir von Vorfinanzierung sprechen. Und ich glaube, das ist allen klar. Es geht um Vorfinanzierung und dieses Angebot, haben Sie ja gehört, wurde schon mehrmals gemacht und es steht auch da. Aber trotzdem muss der Bund vorher die Genehmigungen geben, weil sonst kann er sagen, ja das ist ein Projekt, das ich nicht genehmige und dann nicht zahle. Das kann nicht im Sinne von Oberösterreich sein und kann nicht im Sinne der Bevölkerung sein. Hochwasserpolitik muss genauso wie jetzt geführt werden, mit Detailverhandlungen, mit immer mehr Zusammenschlüssen, so wie wir es in anderen Bereichen gelernt haben. Genau diese Strategie weiterzuverfolgen und nicht jetzt vorschnell Gelder irgendwie, zuzusagen, wir haben eh das Geld, wir zahlen das schon und nehmen den Bund wieder aus der Verantwortung. Nein, genau dieser Weg, den Sie ja eindrucksvoll geschildert haben, der auch notwendig ist und der auch schon gemacht wird mit der Landeshauptmänner-Konferenz, mit den zuständigen Wasserreferenten, mit den Expertinnen und Experten, die zehn Jahre vorgeplant haben und das genau abgeschätzt haben und wieder einstimmig auf ein Ergebnis gekommen sind, genau diese Verhandlungen weiterzuführen und diese Frist noch einzuhalten und diese auch dem Bund noch zu geben und zu sagen, ja, wir sind bereit, wenn die Genehmigungen da sind, vorzufinanzieren, wenn klar ist, wie wir das Geld zurück bekommen.

Ich glaube auch, Kollege Eidenberger weiß, dass jetzt das Geld kommt, zwar nach langem Warten, das verstehe ich, dass das schwierig ist, das Geld zu bekommen. Aber auch, wenn wir das Geld haben, können wir nicht alle Bauten auf einmal machen. Wir schauen uns genau an, wie viele Detailprojekte es gibt. Es wird auch ein Projekt zurückgegeben, weil es nicht den Kriterien entspricht. Wir haben das Geld. Wir können anfangen mit den Geldern, mit dem was wir jetzt schon fertig haben. Und das gibt es auch. Und hier ein Vorfinanzierungskonzept dann dem Bund anzubieten, das wurde gemacht und wird weiter gemacht. Weiters ist der Druck, den wir ja schon seit Monaten machen, den Katastrophenschutzfonds auszuschöpfen und nicht einen Teil in das Budget einzugehen, sondern wirklich auszuschöpfen. Und ich glaube, das wird gemacht! Und Sie haben es ja auch bestätigt. Jetzt einen Dringlichkeitsantrag zu stellen um zu sagen, wir geben euch das Geld sowieso vorher, glaube ich, ist kontraproduktiv und genau dieses Signal wollen wir an den Bund nicht geben. Sondern der Bund muss sich seiner Verantwortung bewusst sein, hier raschest zu handeln und die technischen und auch die finanziellen Genehmigungen für die fertigen Projekte zu geben.

Ich glaube, hier müssen wir der Bevölkerung das auch mitteilen, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen und hier nur gemeinsam was bewegen. Und das Beispiel Bayern hat vielleicht einen kleinen Haken. Bayern hat vorher reduziert und massiv reduziert das Hochwasser-Budget. Und nach dem Hochwasser sind sie drauf gekommen, na ja, war vielleicht doch nicht so gescheit. Und unter dem Druck der rot-grünen Regierung haben sie es dann wieder erhöht. Also, man muss auch schauen, was war vorher, und dann kann man sagen, dass das besser ist.

Wir appellieren nochmals: Keine Panikmache in der Bevölkerung. Wir wissen und wir tun alles. Und die Experten draußen sind dabei und machen das. Ich glaube, das müssen wir unterstützen und nicht Panikmache und wieder schnell, schnell wo eine Hochwasserschutzwand hinzustellen und das Dorf unterhalb versinkt dann im Hochwasser. Ich glaube, das sind nicht die Maßnahmen, die wir wollen. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in diesen Sommerwochen die absolute Hilflosigkeit der Weltmacht oder Supermacht Amerika erlebt, wenn eine Katastrophe stattfindet oder über dieses Land, über dieses große Land hereinbricht. Und wir können bei dieser Diskussion vielleicht schon zu Beginn erwähnen, dass Katastrophen in unserer Heimat in Österreich professionell, dass Katastrophen professionell begegnet wird. Bei der Soforthilfe, wie wir es 2002 erlebt haben, aber auch in der Planung einer nachhaltigen Prävention. Wir können feststellen, dass wir professionell arbeiten, wenn Menschen, wenn unsere Bürger Hilfe brauchen.

Wir haben nur ein Problem, das ist die Finanzierung. Und ich glaube, es ist nicht richtig hier und heute die Notwendigkeit, dass man rasch lang nachhaltige Prävention machen muss, dass wir das verpolitisieren oder dass man gar, so wie man es aus SPÖ-Seite herausgehört hat, das Ganze der Bundesregierung in die Schuhe schiebt - die Katastrophen wie sie stattfinden und wie man ihnen begegnet. Das ist der falsche Weg.

Ich sage aber auch, wir werden dem Antrag der SPÖ zustimmen. Weil es glaube ich notwendig ist, unter dem Eindruck der neuerlichen Katastrophen, die nicht uns aber andere Bundesländer berührt haben, dass wir wirklich rasch den Bürgern sagen müssen, wie wir Prävention, Hochwasserprävention, betreiben und dass es Schluss sein muss mit dem Taktieren, wer zahlt wann und dass wir verbindlich sagen müssen, wann wir diese 385 Hochwasserschutzprojekte mit einem etwa Gesamtumfang 270 Millionen umsetzen und realisieren wollen und müssen.

Aber ich glaube, und das wurde auch bereits gesagt, das Entscheidende ist nicht, ob wir jetzt vorfinanzieren und dass wir vorfinanzieren, sondern, wenn wir vorfinanzieren, dass wir uns hundertprozentig vertraglich absichern mit dem Bund, dass es bei der Vorfinanzierung bleibt und dass daraus nicht eine Art anderweitige Finanzierung wird. Also, wir müssen Verbindlichkeit schaffen. Und die Verbindlichkeit ist gegeben, wenn wir uns bereit erklären, vorzufinanzieren als das Land Oberösterreich. Daher werden wir diesem Antrag zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des Hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 651/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 652/2005. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend nachhaltige Reduktion der Energiepreise und Gewährung eines Heizkostenzuschusses. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede mit der Frau Abgeordneten Mag. Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen des Landtags! Die hohen und dramatisch steigenden Energiepreise sind ein riesiger Schaden sowohl für die österreichischen Konsumenten als auch für die österreichische Wirtschaft. Und wir möchten mit diesem Dringlichkeitsantrag Sie auffordern, die Oberösterreichische Landesregierung auffordern und insbesondere den Referenten für Konsumentenfragen und für Energiefragen, hier eine Initiative zu setzen, damit diese rasch steigenden Energiepreise endlich wieder auf erträgliches Niveau kommen. Das geht natürlich nicht alleine. Da ist man alleine

nur sehr, sehr begrenzt handlungsfähig. Was wir wollen ist, dass Sie gemeinsam mit Energiereferenten der Bundesländer, gemeinsam mit dem Ministerium und gemeinsam mit anderen europäischen Regionen, wie man das beim Gentechnikgesetz sehr gut eigentlich oder bei der Gentechnikinitiative sehr gut vorgemacht hat, gemeinsam Netzwerke entwickeln, um Druck auszuüben auf die internationalen Mineralölfirmer und andere Energieunternehmen, damit die Energiepreise wieder heruntergehen. Allein die Preissteigerungen im Energiebereich haben im vergangenen Jahr rund 780 Euro pro Familie betragen, 780 Euro, das ist das Einkommen einer ganzen Menge von Kleinverdienern. Wenn ich heute lese, es ist davon auszugehen, dass der Benzinpreis auf zwei Euro pro Liter steigen wird, dann frage ich mich, wie sollen sich das Leute, die auf das Auto angewiesen sind, wie sollen die sich das leisten können? Das heißt, natürlich sind Fragen, wie Pendlerpauschale und Kilometergeld, wo wir ja schon einen Antrag eingebracht haben, hier auch ganz entscheidend und kurzfristig abzusichern, aber wir dürfen nicht weiter zuschauen, dass die internationalen Konzerne die Preise in ungeahnte Höhen treiben. Ich weiß ja, dass die Grünen steigende Energiepreise vielfach eher mit Wohlwollen betrachten, in der Hoffnung sozusagen damit den Energieverbrauch zu dämpfen, nur jedem und jeder sollte doch klar sein, dass in so einer Situation mit so raschem Anstieg das massiven wirtschaftlichen Schaden produziert.

Hier verdienen sich internationale Spekulanten eine goldene Nase. Es ist ja nicht so, dass aufgrund der Ereignisse in New Orleans plötzlich sozusagen die Ölreserven vollkommen ausgeschöpft werden und es eine tatsächliche massive Knappheit gäbe, es wird natürlich diese angebliche Knappheit oder dieses Ereignis ausgenutzt, um die Preise weiter hinaufzutreiben. Es geht darum, hier endlich konzertiert Druck auszuüben, denn die multinationalen Konzerne haben die höchsten Gewinne aller Zeiten. Unserem Herrn Minister Bartenstein fällt dazu nichts anderes ein, als mitzuteilen, dass wir halt mit diesen Preisentwicklungen letztlich leben müssen, schließlich haben hier internationale Konzerne ihr Geld investiert, das wird man ihnen ja wohl lassen müssen. Es kann nicht sein, dass man auf Kosten der Menschen und der Wirtschaft alle Auswüchse dieses freien Marktes unterstützt und toleriert.

Wir werden uns abkehren müssen von dieser Gläubigkeit des Marktes, wir müssen natürlich auch Maßnahmen zur Energieeffizienz setzen, wir müssen steuerliche Maßnahmen setzen, um kurzfristig etwa die Autofahrer und den Heizölbereich zu entlasten. Nur Sie wissen, wir haben dazu bereits Anträge eingebracht, die bereits den Ausschüssen zugewiesen sind, zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Erhöhung des Kilometergeldes, zur Erhöhung des Pendlerpauschales. Es tut mir sehr leid, wenn ich schon höre, dass die ÖVP und Grüne angekündigt haben, diesem Antrag heute hier nicht zuzustimmen, weil wir nicht die Energieeffizienz sozusagen noch einmal hinein genommen haben. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Weil ihr unbeweglich seid!") Wir müssen uns, nachdem es diese Anträge ja bereits gibt, endlich darauf konzentrieren, diesen Preisdruck wegzunehmen, auf diesen Preisdruck entsprechend einzugehen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Wie soll das gehen?") Bitte, lass mich ausreden. Wir wissen eines, diese Marktgläubigkeit hat dazu geführt, dass diese internationalen Konzerne ihre Preise hinauftreiben können, wie sie möchten. Wenn in Österreich die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von ein paar Zehntelprozentpunkten durchsetzen, dann wird überall sofort geschrien, die Gewerkschaften mögen sich doch mäßigen, wenn international die Preise im Energiebereich hochgetrieben werden, dann wird bestenfalls kommentiert. Tatsache, es waren die EU-Finanzminister jetzt auch beisammen. Die Einzigen, die sich etwas getraut haben, waren die Franzosen. Die Franzosen sind hergegangen und haben ordnungspolitische Maßnahmen angekündigt, die haben angekündigt eine Sondersteuer auf die Gewinne bei den Ölkonzernen und siehe da, es geht. Es gibt noch weitere ordnungspolitische Maßnahmen, wenn es denn sein sollte, dass man mit internationalem Druck nichts zu Stande bringt, man bringt etwas zu Stande.

Ich sage Ihnen, diese völlige Freigabe des internationalen Energiemarktes wird uns noch sehr, sehr teuer zu stehen kommen, man sieht das ja auch bei der Stromliberalisierung, wo man anfangs gemeint hat, jetzt gehen die Preise herunter, Tatsache ist, die Preise sind massiv hinaufgegangen. Wir werden in den nächsten Jahren noch Preissteigerungen bekommen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Ich ersuche Sie daher, unterstützen Sie diesen Antrag, ich ersuche den Energie- und Konsumentenschutzreferenten, eine grenzüberschreitende Initiative ins Leben zu rufen, um den Druck auf die Ölkonzerne und die anderen Energieversorgungsunternehmen entsprechend zu erhöhen, dass es hier zu anderen Preissetzungen kommt. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinkogler.

Abg. **Steinkogler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Es steht außer Zweifel, dass ein Heizkostenzuschuss kommen muss und auch kommen wird, das hat bereits unser Landeshauptmann vor diesem Antrag öffentlich bekannt gegeben. Unsere Fraktion steht deshalb zum Heizkostenzuschuss, ich habe es nur von unserem Landeshauptmann gehört, die vom Herrn Landesrat habe ich leider nicht gehört. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Du liest nur das Volksblatt!") Unsere Fraktion sagt Ja zum Heizkostenzuschuss, aber weiterhin ein Ja zur Mitfinanzierung durch den Bund und ein weiteres Ja zur Energieeffizienz und zur Ausschöpfung der Energiesparpotentiale. Also, wir dürfen nicht nur den Preis anschauen, sondern wir müssen auch schauen, was man einsparen kann. Natürlich müssen auch die Ölkonzerne, muss den Ölkonzernen ein Riegel vorgeschoben werden für diese unverschämten Preistreiberien. An die Adresse der SPÖ, bitte, meines Wissens ist der größte Ölkonzern in Österreich die OMV, der Generaldirektor ist der ehemalige Staatssekretär Rutensdorfer der Sozialisten, wenn ihr doch bitte etwas bewegen wollt, wie es die Kollegin gesagt hat, das alles so leicht geht, vielleicht könnt ihr dort intervenieren.

Meine geschätzten Damen und Herren, es müssen deshalb all diese Maßnahmen dementsprechend beraten und verhandelt und dann ein gemeinsames konzertiertes Vorgehen vereinbart werden. Einen Husch-Pfusch jetzt schnell durch einen Dringlichkeitsantrag durchsetzen, finde ich nicht sinnvoll und wäre der falsche Weg, deshalb können wir zur Dringlichkeit nicht zustimmen, aber zu den Inhalten sehr wohl. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gestern "Offen gesagt" gehört, ich denke, einige im Raum werden das gemacht haben, weil da ist es genau um diese Thematik gegangen. Da ist ganz eindeutig nicht nur von Politikern, sondern auch von Experten die Rede gewesen, dass ein nachhaltiges Einwirken auf Energiepreise politischerseits nicht möglich ist. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Der Bartenstein!") Die großen Hauptverdiener sind, das haben die Experten gesagt, das hat nicht einmal der Bartenstein gesagt, das war das komische, aber gut. Hauptgewinner sind nämlich die erdölfördernden Länder, Hauptgewinner sind nicht unbedingt so sehr die Mineralölfirnen, die natürlich auch, aber Hauptgewinner sind die erdölzeugenden Länder, da schaue ich mir an, wo wir da einen Druck machen. Nichts desto trotz, ich kann das Beispiel nur aufgreifen, das war, glaube ich, ganz plastisch gesagt, auch wenn das Gelächter der SPÖ bewirkt hat, bei der OMV hat der Vorstand Möglichkeiten, auf die Gewinnspannen zu verzichten, um da etwas zu machen. Dass die Mineralölsteuer von den Grünen immer gesehen wird als umweltpolitisch sinnvoll, streiten wir nicht ab. Die Erdölreserven sind nicht unendlich, auch wenn die Experten von zwischen 50 und 80 Jahren reden, trotzdem sind sich insgesamt alle einig.

Wenn wir vorher vom Hochwasserschutz geredet haben und jetzt nach wie vor sagen, wir wollen weiterhin mehr Erdöl haben, und die Energieabhängigkeit beim Erdöl lassen, dann frage ich mich, was gesamt gesehen beim Hochwasserschutz überhaupt wirklich dahinter steckt? Wollen wir CO₂ nicht reduzieren, wollen wir nicht auf neue Brennstoffe, auf neue Energieträger umsteigen? Nämlich genau das müssen wir machen, es geht darum, die Energiekosten nachhaltig zu senken. Da verstehe ich die SPÖ nicht, warum sie beim Abänderungsantrag nicht mitgestimmt hat, die Energiekosten nachhaltig zu senken, weil da hätten wir genau so auf die Konzerne Druck machen können. Wir hätten das gesamt gesehen, wir hätten die Energiekosten breiter gefasst und nicht nur auf die Preise abgestimmt, Energiekosten senken kann nämlich auch sparen heißen.

Eine sozialpolitische Maßnahme kann auch sein, Menschen, die immer noch eine Ölheizung haben, Umstiegserleichterungen, Förderungen für den Umstieg auf andere Brennkessel zuzusagen, weil die heute ja mit viel weniger auskommen. Ich habe die Umstellung vor zwei Jahren gemacht, ich weiß, wie ich jetzt dastehe im Vergleich zu den anderen in meiner Siedlung, die alle noch mit Öl oder Gas heizen. Also da gibt es Möglichkeiten, von Landeswegen wirklich die Energiekosten für die Menschen in Oberösterreich zu senken, weiter mit der Energieeffizienz, die Beratung, die Umstellungsförderung auf neue Brennkessel zu führen. Genau hier müssen wir ansetzen, dass auf die Ölfirmen Druck ausgeübt wird, ist nichts einzuwenden, nur wenn man nur das macht, ist das kurzsichtig. Ich glaube nicht, dass die SPÖ wirklich eine kurzsichtige Politik nachhaltig vertreten wird können. Da werden wir nicht weiter kommen, wir brauchen ein Gesamtkonzept, da sind wir in Oberösterreich schon sehr weit, wenn wir schauen, wie viele schon umgestellt haben, wie viele Prozent der Bevölkerung noch mit Erdöl heizen, wird immer geringer.

Was noch problematisch ist und da sehe ich politischen Handlungsbedarf, das muss man aufgreifen, was gestern gesagt worden ist. Die Bindung der anderen Heizmaterialien an den Ölpreis, da sind wir aufgefordert, dass das nicht zulässig ist, dass auch Hackschnitzelheizungen oder Biomasseheizungen plötzlich mit oder Materialien mit dem Heizölpreis alleine gekoppelt werden, das kann nicht sein. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Wer hat denn die Möglichkeiten, Frau Kollegin?") Da werden wir uns einsetzen, genau darum wäre es uns gegangen, um die Energiekosten zu senken, nicht nur um die Energiepreise zu senken. Ich glaube, das ist das Entscheidende, warum wir nicht mitkönnen. Bei den Energiekosten wäre mehr drinnen gewesen, ich will die kurzsichtige Politik nicht vertreten, wir wollen gemeinsam schauen, um die Energiekosten für Oberösterreich nachhaltig zu senken und unser Förderprogramm genau so weiterzutreiben wie bisher und auf nachwachsende Rohstoffe zu setzen und so auch wichtige klimapolitische Ziele mitzuvertreten. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es frappt mich schon, welche Argumente hier vorgebracht werden, wenn man einen Antrag ablehnen möchte. Ich möchte aber vorausschicken, dass ich die SPÖ bitten würde, nicht immer unterschiedliche Schwerpunkte miteinander zu vermischen, sondern ideologische Aspekte, die jetzt die Benzinpreiserhöhung und das betreffen, nicht mit dem Heizkostenzuschuss, wo wir im Land andere Möglichkeiten haben, zu verkoppeln. Dadurch haben wir immer wieder parteipolitische Diskussionen, aber am Kernthema, das uns Freiheitliche am Herzen liegt, nämlich die Menschen, die wenig Geld haben, eine Unterstützung zu bekommen, diskutieren wir vorbei.

Die Ölpreise, wie sie sich weiter entwickeln werden, Kollegin Jahn, sind angesprochen worden, aber ich muss jetzt schon eines in Erinnerung rufen, letztes Jahr haben wir beim Antrag Heizkostenerhöhung eine Änderung der Förderrichtlinien auch angesprochen, nämlich sie anzugleichen und anzurechnen wie bei der Wohnbauhilfe. Ihre Fraktion hat alles immer abgelehnt, zum Beispiel was die Alimente betrifft, Alimentezahlungen werden bei der Wohnbauförderung nicht berücksichtigt, aber beim Heizkostenzuschuss sehr wohl. Also darum geht es, uns denn wir wissen, wie viele alleinerziehende Familien wir haben, die Alimente sind beileibe nicht immer so hoch, hierbei sollten wir auch hier eine Änderung machen. Wir haben leider damals von keiner Fraktion die Zustimmung bekommen, auch nicht von den Grünen.

Ich habe mir jetzt sehr genau angehört, was die Kollegin Schwarz zu den Energiespartipps gesagt hat. Ich habe auch sehr aufmerksam die Presseinformation ihres Landesrats gelesen, ich denke mir, jetzt lagern die Menschen ein, jetzt wird Heizöl bestellt, jetzt werden die ganzen Brennstoffe gemacht. Wenn ich dann Energiespartipps lese, "wie soll ich einen Druckkochtopf verwenden", "ich muss weniger Wasser nehmen", weil es besser ist, "ich soll keine warmen Speisen in den Kühlschrank stellen", dann muss ich sagen, dann ist es fast eine Verhöhnung für die Menschen, die ein geringes Einkommen haben. Ihnen mit diesen Energiespartipps helfe zu wollen und zu sagen, "fangt halt rechtzeitig an vielleicht in ein paar Jahren, wenn ihr die Investitionen jetzt tätigt, habt ihr weniger Heizkosten" ist der falsche Weg. Wir sind gefordert als Oberösterreicher, wir sind gefordert als oberösterreichische Landtagsabgeordnete, hier etwas zu tun und sofort und nicht zu sagen, schauen wir es uns an, wie es geht. (Beifall) Es bringt auch nichts, und ich teile über weite Strecken die Argumentationen, die im Hinblick auf die Ölgesellschaften hier vorgebracht worden sind, es nützt unseren Leuten nichts, die Gefahr droht, dass die Preissteigerungen weiter so eklatant und schnell sind.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, ich habe auch das Haus meiner Eltern in Vorchdorf übernommen, ich verwende es im Moment mehr oder weniger als Wochenendhaus. Ich habe letztes Jahr für 3.000 Liter 1.200 Euro gezahlt, die ich immer auffülle, und ein bisschen etwas. Nun habe ich letzte Woche bestellt und daraufhin die Rechnung bekommen, nämlich eine Vorschreibung von 2.200 Euro, bitte das ist aber ein kleines Haus, das ist etwas, wenn eine Familie drinnen wohnt und ständig wohnt, kommt die nie mit den Heizkosten aus. Daher stimmen wir als Freiheitliche der Dringlichkeit des Antrages zu, aber ich möchte einen Zusatzantrag formulieren zur Beilage 652/2005. Der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, dem Initiativantrag, betreffend einer nachhaltigen Reduktion der Energiepreise um Gewährung eines Heizkostenzuschusses, werden im Absatz zwei folgende Punkte angeführt: a) Der Bezug von Alimenten wird nicht in das Einkommen eingerechnet und b) verpflichtende Alimentationszahlungen werden bei der Berechnung des Einkommens in Abzug gebracht. Argumentiert habe ich diese Novellierung schon, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 652/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. Ich weise ihn so wie den mündlich vorgetragenen Zusatzantrag dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 653/2005. Hier handelt es sich um den Initiativantrag betreffend das Oö. Beteiligungsmanagement zur Absicherung der Daseinsvorsorge

und der Standortinteressen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, ich eröffne darüber die Wechselrede. Ich erteile Herrn Klubobmann Dr. Fraiss das Wort, bitte.

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Sonderlandtag durch die Mehrheit der Oberösterreichischen Landesregierung auf den Weg bekommen, bei dem wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, über das gesamte Beteiligungsvermögen des Landes Oberösterreich als Landtag zu entscheiden haben und es einer Landesholding übertragen. Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Unterlage dazu bekommen. In der steht kurz: Die Oö. Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge ohne Vorberatung in einem Ausschuss beschließen: Der Landtag ermächtigt die Landesregierung, die angeführte Beteiligung des Landes in die Oö. Landesholding plus die drei Tochtergesellschaften zu übergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin jetzt schon Jahre in diesem Landtag, aber eine derartige Degradierung dieses Landtags habe ich noch nicht erlebt: Dass ein Landtag, der über eine Ermächtigung des gesamten Beteiligungsvermögens des Landes Oberösterreich heute zu entscheiden hat, nicht einmal eine Beratungsmöglichkeit bekommt. Ich stelle klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mehrheit dieses Landtags wird heute Ja zu dieser Kurzformel sagen, obwohl die Beratungen im Landtagsausschuss verweigert wurden. Zweitens die Gesellschaftserrichtungserklärungen nicht einmal dem Landtag bekannt sind offiziell, jederzeit durch die Regierung mit einer 5 zu 4 Mehrheit abgeändert werden können und damit auch keine Grundlage der Übertragung sind. Drittens: Der Landesrechnungshof, der so gerne herangezogen wird, kein einziges Mal zu Beratungen und Besprechungen herangezogen wurde, sondern frei interpretiert wurde, weil nämlich das, was er eingefordert hat, auch nicht erfüllt ist.

Viertens: Niemand von den Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche alle die hier sitzen an, kennt die tatsächlichen Vermögenswerte, wozu sie heute Ja sagen. Es gibt nur die Nominalbewertung und sonst nichts.

Fünftens: Niemand in diesem Raum, meine sehr geehrten Damen und Herren, weiß, welche Unternehmungen tatsächlich für die Gruppenbesteuerung entweder nicht oder auf Grund der Beteiligung Dritter nur bedingt geeignet sind. Das Argument Gruppenbesteuerung, das gar nicht für alle gilt, wird im Grund für alles herangezogen.

Sechstens: Niemand weiß, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir keine Möglichkeit der Hinterfragung gehabt haben, warum für diese Konstruktion Landesholding 2,2 Millionen Euro ohne Ausschreibung in dieser Größenordnung verbraucht worden sind.

Siebtens: Warum, meine sehr geehrten Damen und Herren, stimmen Sie zu, dass zwei Beamte der Finanzabteilung als Nebenbeschäftigung ohne Ausschreibung diese Landesholding leiten sollen?

Achtens, meine sehr geehrten Damen und Herren: Dem Landtag fehlen die Zustimmungserklärungen vor dem Landtagsbeschluss. Sie liegen nicht vor. Auch Sideletters, die es sicherlich geben wird, werden diesem Landtag grundsätzlich vorenthalten.

Ich frage mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie noch ein gutes Gefühl, mit diesem Nichtwissen einfach Ja zu sagen? Das war auch der Grund für diesen Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil hier ein Freibrief mit dem Gesellschaftserrichtungsvertrag vorgesehen ist, dass alle 30 Landesbeteiligungen, ob Daseinsvorsorge oder

wirtschaftliche Betriebe, dem gleichen gesellschaftlichen Zweck unterworfen werden, nämlich Ankauf und Verkauf von Beteiligungen. Das ist auch ein Grund für diesen Antrag hier, um einmal noch allen bewusst zu machen, dass es hinsichtlich der Aufgaben des Landesrechnungshofes, nämlich politische Ziele zu formulieren und Strategien zu entwickeln, dass es darüber keinen einzigen Satz seitens der Einbringer in der Landesregierung für diesen Landtag gibt. Und jedem von Ihnen möchte ich wirklich damit die Verantwortung geben, damit niemand sagen kann, ich habe es nicht gewusst, was ich beschlossen habe. Dieser Antrag soll Ihnen die Augen öffnen, dass Sie hier Daseinsvorsorge, die in öffentlicher Hand sich befinden sollte, gleich behandeln wie andere wirtschaftliche Einrichtungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sehen die Regelung so, dass wir für die Menschen da sind, dass wir Beschäftigung, dass wir Berufsvorsorge für sie sichern müssen, dass wir Arbeit und Einkommen sicherzustellen haben. Dafür sehen wir die Landesunternehmungen. Wir sehen sie aber nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, als eine Einrichtung, dass wir, so wie es der Herr Landeshauptmann in der letzten Woche vorgeführt hat, eine Geldbeschaffungsmaschine einrichten, wo es im Grunde so läuft, dass das Land Oberösterreich Geldmittel vergibt, wie beispielsweise in Bad Hall 19 Millionen Euro, ohne dazu zu sagen, dass das, was das Land zugesagt hat, gleichzeitig 19 Millionen Euro Schulden in der Landesholding sind. Und der Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird über diese Schulden, die dort aufgenommen werden, beim Rechnungsabschluss einen Strich ziehen können und sagen, die Schulden sind bereits relativ hoch. Und die Erkenntnis, die wir daraus haben, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn die Schulden zu hoch sind, werden die Immobilien verkauft werden. Seilbahnen wird uns niemand abkaufen, aber die Immobilien. Und ich darf Sie noch einmal einladen sich dessen bewusst zu sein, was Sie heute beschließen. Ich lade Sie noch einmal ein, unseren Anträgen die Dringlichkeit zu geben. Diskutieren wir vernünftig, ohne Hektik im Interesse von Oberösterreich. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich werde in meiner Rede nicht direkt auf Karl Frais antworten, weil wir, glaube ich, noch genug Zeit haben werden, heute über die vorliegenden Anträge zu diskutieren. Ich möchte im Wesentlichen auf den Antrag jetzt eingehen wie er jetzt vorliegt und wie er jetzt zur Dringlichkeit zur Debatte steht. Dazu möchte ich grundsätzlich einmal festhalten, dass ich ein Problem habe, dass ich die Daseinsvorsorge, oder besser, mir gefällt der Ausdruck Dienstleistung im öffentlichen Interesse besser, weil Daseinsvorsorge für mich so etwas hat wie ein Überlebenspackerl, das ich jemanden mitgebe. Der Ausdruck hat sich eingebürgert, ist aber sehr umstritten. Also, Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, da kann man sich schon mehr vorstellen, sollen reduziert werden, die öffentlichen Verantwortung soll reduziert werden auf das Eigentum. Und das ist etwas, was mir aus der Erfahrung, Behindertenbereich, Trinkwasser, Verkehr etc. zutiefst widerstrebt. Auch mit den Spitälern. Heute zu sagen, wir dürfen keine Spitäler privatisieren, und das als Horrorszenario darzustellen, hieße je, dass wir alle Ordensspitäler oder die, (Zwischenruf Landesrätin Dr. Stöger: „Die sind gemeinnützig!“) die in diesem Gesundheitsbereich tätig sind, nicht wollen. Was wir brauchen, ist die öffentliche Verantwortung.

Wir werden heute noch einen Antrag einbringen, wie wir uns die Daseinsvorsorge vorstellen. Nämlich nicht definiert über die Eigentumsverhältnisse, sondern definiert über die Verantwortung. Ich glaube, im Behindertenbereich, das ist ein sehr schönes Beispiel, wie über Standards, die Kontrolle, die Versorgung, die Betreuung von Menschen mit Behinderung organisiert wird. Fast ausschließlich in privaten Händen. Und ich denke, dass man so redu

ziert, wie dieser Antrag hier vorliegt, das sicher nicht sehen kann. Das Land Oberösterreich bekennt sich vollinhaltlich zur öffentlichen Verantwortung, was die Versorgung und Sicherstellung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse betrifft. Ich denke, dass es, so unterschiedlich die Kompetenzen sind, die Zuständigkeiten, der Grad der Einschaltung privater Versorger und privater Dienstleister, so unterschiedlich müssten auch die Maßnahmen sein. Ich glaube, wir brauchen im Trinkwasserbereich andere Maßnahmen, als zum Beispiel im Bereich des Wohnbaus.

Wir haben im Wohnbau ein Wohnbauförderungsgesetz, das die Versorgung von Wohnraum zusammen mit dem Programm des Landesrates optimal organisiert. Wir haben in der Trinkwasserversorgung ein Programm, das die Versorgung der Menschen in diesem Land mit Trinkwasser optimal organisiert und sicherstellt. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass ich einem Antrag die Dringlichkeit gebe, der die Daseinsvorsorge, die Sicherung der Daseinsvorsorge allein auf die Eigentumsverhältnisse reduziert. Das ist etwas, mit dem ich ehrlich gestanden sehr große Probleme habe.

Der zweite Punkt, was die Zweidrittelmehrheit betrifft, geschätzte Damen und Herren, die Absicherung des Eigentums über die Zweidrittelmehrheit, also die Verfassungsmehrheit, gibt es in ganz Österreich nicht. Das gibt es weder in den Regierungen, in den Bundesländern, wo die SPÖ in der Regierung ist, also auch dort, wo die SPÖ sogar die alleinige Verantwortung hat wie in Wien. Wir haben sie in einem einzigen Fall eingeführt, und das ist die Energie AG. Und Sie wissen ganz genau den Grund, warum das war. Das war die Unterstreichung der österreichischen Antiatompolitik, weil wir damals vor der Gefahr standen, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Da ward Ihr ja gar nicht dabei!“) dass EdF einsteigen will. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Ist aber nicht von euch gekommen! Da hat es euch noch nicht gegeben!“) Das sind leider die Tatsachen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Historische Wahrheit ist es!“)

Da kann man es verdrehen wie man will, es ist die Tatsache, dass die Zweidrittelmehrheit für die SPÖ überhaupt kein Problem war, weil sie sich sicher fühlte im Regierungsbündnis mit der ÖVP. Jetzt, wo die Mehrheitsverhältnisse anders sind, ist es plötzlich ein Problem. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Ihr seid für den Ausverkauf! Das ist der Unterschied!“) Wir beschließen jedes Jahr mit einfacher Mehrheit ein Budget, das ein Vielfaches von den Möglichkeiten finanzpolitischer Art gibt, als der Zu- und Verkauf von Teilen wie zum Beispiel die Frauenklinik oder der Gmundnerberg oder sonst etwas. Die SPÖ will etwas in Oberösterreich installieren, was sie in allen anderen Bundesländern nie für notwendig gehalten hat. Sie will etwas in Oberösterreich installieren, was sie 50 Jahre nicht vermisst hat. Und ich glaube, dass der Landtag, der voll eingebunden ist in die Entscheidungen, die diese Fragen betreffen, glaube ich, weise genug ist, um so zu entscheiden und die richtigen Entscheidungen zu treffen. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Sie wissen aber schon, dass der Verbund verfassungsmäßig abgesichert ist!“ Beifall. Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Im Bund seid Ihr froh, wenn wir die Verfassungssperre einsetzen bei euren Interessen!“)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn auf den Vorwurf der SPÖ eingehen, man hätte diesen Beschluss nicht in den Ausschüssen beraten können. Karl Frais! Du weißt natürlich, warum das notwendig ist, heute diesen Beschluss zu fassen. Denn ansonsten könnte man ja nicht den Steuervorteil, der durch Gruppenbesteuerung gegeben ist, lukrieren, weil die Frist verstreichen würde. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Seit Mai ist das Ganze gelegen beim zuständigen Eigentü

mervertreter!“ Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Stimmt nicht!“) Daher, Herr Landesrat Ackerl, gab es am 21. April eine Zusammenkunft der Fraktionen, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „So ist es!“) wo der Herr Landeshauptmann angeboten hat, und zwar allen Fraktionen in diesem Landtag, dass sämtliche Grundlagen, die zur Beurteilung dieser Frage notwendig sind und sämtliche Unterlagen, die es zu dieser Frage gibt, in der Finanzabteilung eingesehen werden können und dass auch die Fachbeamten der Finanzabteilung zu jeder Auskunft zur Verfügung stehen. Dieses Angebot wurde schon im April gemacht. Wenn die SPÖ heute sagt, sie fühlt sich nicht ausreichend informiert, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, können Sie dem Landtag diesen Vorwurf nicht machen, und auch nicht der Regierung oder dem Landeshauptmann, denn dann ist es ganz einfach Ihr eigenes Versäumnis, wenn Sie die Monate nicht genutzt haben, um sich zu informieren. Das muss man diesem Vorwurf entgegen halten. (Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Die Zustimmungserklärung muss man vom Landtag einholen! Sei mir nicht böse!“)

Ich bin ja, lieber Karl Frais, dabei gesessen, wie euch das angeboten wurde. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ihr redet ja alle zu Lasten meiner Redezeit. Das tut mir sehr leid an dieser Stelle. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das zu präzisieren. Wir beschließen ja heute eine Ermächtigung, dass die Landesregierung das machen kann. Und wenn Sie davon sprechen, dass Sie sich als Landtag brüskiert fühlen, dann frage ich gerade die SPÖ, warum haben sich die Regierungsmitglieder der SPÖ dann in den Aufsichtsrat wählen lassen. Also, das ist dann aus meiner Sicht irgendwie nicht logisch. Sie wissen natürlich, dass die Rechte des Landtags unberührt bleiben. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Sie wissen aber schon, dass der Beschluss gelautet hat, der Aufsichtsrat ist die Landesregierung!“) Richtig, ganz richtig. Und der gehören Sie ja an, wie ich weiß. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Ich habe Sie ausdrücklich gefragt!“) Und Sie sind stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider. Also, wir werden sehen, wie heute die SPÖ-Fraktion mit ihrer dieser Verantwortung in diesem Landtag umgehen wird. (Beifall)

Und wenn davon gesprochen wird, dass hier jemandem die Augen geöffnet werden, ja Karl Frais, du hast Recht, die Augen werden uns schon geöffnet, nämlich diesbezüglich, dass wir, und die Landesholding ist hier heute wirklich der eindeutige Beleg dafür, dass diese SPÖ Parteiinteressen vor Landesinteressen stellt. Da gehen einem die Augen auf, denn sonst könnte es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man auf der einen Seite verhindert, dass das Land Oberösterreich Steuervorteile lukriert, und auf der anderen Seite eine Forderung aufstellt, die genau bei jenem Unternehmen, wo diese Voraussetzung schon gegeben ist, dass man dort dann nicht mitstimmt. Also, wer das verstehen soll, meine Damen und Herren, der muss noch auf die Welt kommen. Der Antrag der SPÖ ist schon eigenartig.

Die SPÖ ist irgendwie gegen die Landesholding, weil sonst würden Sie nicht gegen die Einbringung stimmen. Und gleichzeitig schlagen Sie in einem Antrag vor, dass es zwei Konstrukte, also praktisch zwei Landesholdings, geben soll. Also, das müssen Sie uns auch noch erklären in diesem Haus. Überall anders, wo das passiert ist, wo diese Konstruktion gewählt wurde in anderen Bundesländern, aber selbst in Oberösterreich, in der Stadt Linz, hat man das so gemacht, auch mit den Stimmen, ja sogar zum Teil auf Initiative der SPÖ, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Daseinsvorsorge!“) und die haben schon, schauen Sie einmal, Herr Kollege Frais, bei der Linz Holding, ob die Daseinsvorsorge drinnen ist mit der Linz AG oder nicht, also ganz ehrlich gesagt, das ist nicht nachvollziehbar für uns, und daher, glaube ich, ist es auch nicht schlüssig, wenn man hier mit einem Dringlichkeitsantrag das auf diese Art und Weise vorschlägt.

Wir werden auf jeden Fall der Dringlichkeit nicht zustimmen, sind aber bereit, im Ausschuss das noch einmal zu erklären, wenn Sie das wünschen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Ein Musterbeispiel der Daseinsvorsorge!“ Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Hat im Übrigen die ÖVP dagegen gestimmt, gell!“ Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Ihr werdet es den Leuten erklären müssen, nicht uns!“)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Schaufelweise wird hier Sand in die Augen der Leute gestreut, was hier eigentlich diskutiert werden sollte, wären Maßnahmen, die eigentlich in der Privatwirtschaft selbstverständlich sind. Gesetzliche Rahmenbedingungen ändern sich. Ein Steuervorteil ist für das Unternehmen, in diesem Fall für die Regierung, für das Land. Wer diesen Steuervorteil nicht nützt, handelt grob fahrlässig und würde von mir, wenn ich Aufsichtsrat wäre, von der Geschäftsführung abberufen werden. Weil selbstverständlich es für jeden gilt, genauso wie in der Privatwirtschaft auch in der öffentlichen Hand, dass man optimal mit Steuern umzugehen hat.

Natürlich ist es richtig, wie Karl Frais es gesagt hat, dass die Beratungsmöglichkeiten im Landtag hätten ausgedehnt werden sollen. Wir sind jetzt in einer Sonderlandtagssitzung. Und ich hätte mir auch vorstellen können, dass man eine Sonderausschussberatung noch vorher durchzieht. (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Wie machst du das?“) Aber, es hätte sich an der Grundstruktur der Entscheidung wohl nichts geändert. Und der SPÖ-Antrag geht ja viel weiter. Die Landesholding ist ja nur ein Teilbereich, der heute später diskutiert werden wird. Es geht darum, dass es zur neuen Verstaatlichung von so genannten Daseinsvorsorgebereichen kommen soll. Wenn man das logisch durchdenkt, was da gefordert wird. Gleichzeitig werden großartige private Organisationen oder Einrichtungen in Frage gestellt. Gleich, ob SPÖ oder auch im katholischen Bereich, habe ich derartige Diskussionen gehabt, im Gesundheitsbereich, Spitäler, ausschließlich in die öffentliche Hand zu geben. Ja wo wären wir denn? Hätten wir nicht die Ordensspitäler, die viel früher als öffentliche Spitäler errichtet wurden? Und ich denke, dass niemand auf die Idee kommen kann, die Ordensspitäler zu verstaatlichen. Ich glaube, dass die Bürger und Menschen keinen Vorteil davon hätten. Kein Mensch kommt auf die Idee, die Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit, aber privat organisiert, wie etwa Rotes Kreuz oder auch Arbeiter-Samariterbund in Frage zu stellen, weil es wunderbar funktioniert. 12.000 Menschen werden in Heimen von öffentlich Bediensteten in Sozialhilfeverbänden, in Magistraten, mitbetreut. Aber 16.000 werden von privaten Organisationen in Hauskrankenpflege bestens auf Grund von Rahmenbedingungen, die wir hier zu formulieren haben, bestens gepflegt und betreut.

Man kann eine Philosophie haben, dass diese Betreuungsleistungen ausschließlich öffentlich Bedienstete machen, oder man hat eine Philosophie, so wie wir sie haben, dass wir auch Private zulassen, die Rahmenbedingungen definieren, und bestmögliche Betreuung für die Betreuten sicherstellen. Das ist doch unsere Aufgabe.

Im Trinkwasser, ja wo würden wir denn sein, wenn wir nicht die kleinen Wassergenossenschaften haben würden, die bestmögliche Qualität für die Bürger zur Verfügung stellen? Oder wie schaut es denn mit der Energieversorgung aus, wenn wir nicht alternative Kleinversorger auch fördern würden und Gemeinden, Gott sei Dank fördern, wenn wir nicht private Netze haben würden und Gott sei Dank hier eine gewisse, wenigstens minimale Unabhängigkeit von den heute schon kritisierten Multis haben? Wie schaut es denn aus im Transportwesen, wenn wir keine private Schifffahrt hätten, die unglaubliche Tonnagen auf der Do

nau verbringt. Die DDSG ist übrigens ein Beispiel, wo die politische Verantwortlichkeit fürs Versenken in dieser Gesellschaft klar manifestiert ist.

Wie schaut es im Verkehr aus? Und erinnern wir uns, gerade wenn wir in Linz im Landhaus sitzen, dass es eine Privatinitiative war, wie damals die Pöstlingbergbahn errichtet wurde. Und viele Bahnen wurden auf privater Initiative errichtet. Beispiele über Beispiele, wo private Daseinsvorsorge auf Grund unserer Rahmenbedingungen optimiert wird und optimal funktioniert. (Beifall)

Und deshalb ist es vollkommen falsch alles abzusichern mit Zweidrittellösungen, so zu tun, als wenn die Daseinsvorsorge ausschließlich in der öffentlichen Hand garantiert werden würde. Und ich würde mir für die Menschen schon eine Auswahl wünschen, auch in Zukunft, dass man wählen kann wie man seine eigene Dienstleistung, für die wir die Verantwortung haben, dass sie angeboten wird aber hoffentlich nicht durch eine Organisation des Staates, des Landes oder der Gemeinde, sondern durch viele Anbieter, wo es um die Qualität geht, wer am besten und natürlich für den Steuerzahler, wer am kostengünstigsten anbietet. Genau um das geht es heute.

Und wer das verhindert, wer keinen Steuervorteil lukrieren möchte oder wer eindeutig nur eine verstaatlichte Lösung in der Dienstleistungsoptimierung anbieten möchte, der scheitert. Das sind die Konzepte, die in vielen Ländern bereits verurteilt und gescheitert sind. Und wir sollten diesen Weg ja nicht einschlagen, auch nicht aus populistischen Gründen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 653/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist abgelehnt worden. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 654/2005. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag betreffend die Änderung der Landesverfassung. Ich eröffne darüber die Wechselrede. Ich bitte Herrn Abgeordneten Kapeller.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Landtagssitzung im Juni dieses Jahres haben wir sehr ausführlich über die Daseinsvorsorge diskutiert. Und Kollege Trübswasser! Man kann natürlich diskutieren, ob einem der Name Daseinsvorsorge gefällt oder nicht. Viel wichtiger ist ja was dahinter steht und was sich hinter diesem Wort versteckt. Ich habe daher damals im Namen des SPÖ-Klubs einen Vorschlag eingebracht. Dieser Vorschlag ist auch hier in diesem Hause diskutiert worden. Ich habe damals vorgeschlagen, dass sich die Mitglieder der Landesregierung zusammensetzen sollen und einen Katalog erstellen sollten, wo alle Leistungen des Landes definiert werden, die zur Daseinsvorsorge gehören, im Interesse der Menschen sind und im öffentlichen Eigentum, also im Eigentum des Landes Oberösterreich bleiben müssen.

Und Kollege Steinkellner! Genau um das geht es. Ich habe nämlich den Eindruck, dass du den Antrag von uns nicht so gelesen hast, wie wir ihn geschrieben haben. Wir reden nämlich von den Anteilen, die das Land Oberösterreich zur Zeit hält.

Leider konnte ich damals mit meinen Argumenten die Mehrheit dieses Hauses nicht überzeugen und der Antrag wurde bedauerlicherweise abgelehnt. Zu unterschiedlich waren die politischen Zugänge, zu verschieden waren die politischen Positionierungen. Und heute, nur

zwei Monate später nach dieser Sitzung, haben wir wieder dieses wichtige Thema auf unserer Tagesordnung. Und ich versuche wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren des hohen Hauses, Sie von der Wichtigkeit der Absicherung der Daseinsvorsorge und der Dringlichkeit dieser Thematik zu überzeugen. Ich mache das im Bewusstsein dessen, dass es mir wahrscheinlich auch heute nicht gelingen wird, weil ich annehme, dass auch heute Ihre Positionierungen vorgegeben und bereits gefestigt sind und unverrückbar festgelegt worden sind. Und trotzdem Herr Landeshauptmann, versuche ich es, weil ich überzeugt bin, dass zu einer qualitätvollen aber auch erschwinglichen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung mehr als die bloße Grundversorgung mit Trinkwasser, Energie sowie der Entsorgung von Müll und Abwasser gehören. Denn zusätzlich zur Abdeckung dieser elementaren Bedürfnisse gehören auch die Bereitstellung von Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und Seniorenheimen. Aber auch der öffentliche Verkehr sowie die Umwelt gehören zu diesen grundsätzlichen Aufgaben des Staates.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Internationale Erfahrungen, etwa bei der Privatisierung der Trinkwasserversorgung in Frankreich oder des Bahnverkehrs in Großbritannien, waren ja durchwegs negativ. Sie alle kennen diese Beispiele, sie sind oftmals schon hier angesprochen worden. Ich kann sie mir anzuführen ersparen. Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen waren die Folgen dieses Weges.

Ich glaube daher, dass es auch zu wenig ist, wenn Sie, Herr Landeshauptmann, in einer Aussendung feststellen und ich zitiere: "Das Land garantiert den Bürgern was sie brauchen, egal wer das für uns macht". Herr Landeshauptmann! Ich bin fest davon überzeugt, dass die Daseinsvorsorge nicht einfach auf den Nenner, egal wer das für uns macht, gebracht werden darf. Für uns Sozialdemokraten ist es nicht egal. Hier unterscheiden wir uns, denn Privatisierungen der Daseinsvorsorge beachten wir mit großer Sorge. Und wie die internationalen Beispiele es zeigen, kann es dann dazu kommen, wenn genug Geld aus diesen Unternehmungen herausgeholt worden ist, dann der Staat wieder viel Geld in die Hand nehmen muss, um wieder eigene Versorgungsfirmen aufzubauen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Aber mehr haben wir schon bei der Reparatur der Verstaatlichten bezahlt!") Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich bin fest davon überzeugt, dass nur die öffentliche Hand auf Dauer eine gute Qualität und erschwingliche Preise in der Grundversorgung für die Menschen sicherstellen kann. Und genau um das geht es ja, um diese Grundbedürfnisse und die Grundversorgung für die Menschen unseres Landes.

Und Sie werden daher verstehen, dass wir besonders sensibel sind. Gerade dort, wenn es um die Tendenzen in Richtung Liberalisierung und Privatisierung geht und wo diese von mir angesprochenen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen sind. Es geht uns um einen gleichberechtigten, diskriminierungsfreien und kostengünstigen Zugang zu den Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen dieses Landes. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Da sind wir uns vollkommen einig!") Es geht uns um ein flächendeckendes, umfangreiches und qualitativvolles Angebot dieser Leistungen, welches wir nachhaltig sichern wollen.

Und unser Ziel ist es daher, diese Daseinsvorsorge durch einen verfassungsrechtlichen Schutz abzusichern. Und wir glauben daher, dass es notwendig ist, dass dem Artikel 55 Absatz 5a folgender Satz angefügt wird, ich zitiere: Für alle sonstigen Unternehmungen, die Leistungen aus dem Bereich der Daseinsvorsorge erbringen, behält das Land Oberösterreich die bestehenden Anteile im Eigentum. Und genau um das geht es, Kollege Steinkellner, und auf Grund der Dringlichkeit ersuche ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Her

ren, über Ihren Schatten zu springen und diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zu erteilen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schürrer.

Abg. **Schürrer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Ja Helmut Kapeller! Du hast Recht, wenn Landeshauptmann Dr. Pühringer sagt, wir tun das was dem Land und seinen Bürgern gut tut. Das tun wir alle miteinander im Großen und Ganzen. Und man kann halt ein Land nicht schlecht reden, das so gut dasteht wie Oberösterreich. Und daher ist deine Sorge absolut unbegründet.

Und zum Zweiten, Karl Fraiss, deine Schwarzmalerei in diesem Zusammenhang mit der Gründung der Landesholding zieht sich ein bisserl wie ein roter Faden durch die Berichterstattung und deine Sorge, dass wir als Abgeordnete in dieser Causa nicht berücksichtigt werden, ist einfach unbegründet. Erstens ist das Thema nicht neu, sondern schon Jahre alt und ich weiß, dass wir schon öfters auch gemeinsam darüber gesprochen haben, dass es notwendig wäre, hier eine gewisse Zusammenfassung unserer Betriebe zu machen und eine Holding zu gründen, die nebenbei noch sehr, sehr große Vorteile für das Land und somit auch seine Bürger bringt. Und wer gegen diese Gründung der Holding ist, ist nicht am richtigen Weg, weil wir damit nicht Steuern sparen.

Und weil Kollege Winterauer gewisse Rechnungen angestellt hat, was die Gemeinden dadurch verlieren, also ich glaube das musst du noch einmal nachrechnen, denn das ist absolut falsch, was da interpretiert wird. Auch die Gemeinden sind nicht benachteiligt durch diese Gründung.

Der Landesrechnungshof hat uns empfohlen hier eine Veränderung vorzunehmen. Genauso hat unsere Finanzabteilung den Schritt zur Gründung der Holding sehr, sehr genau begründet und wenn man sich damit auseinandergesetzt hat, dann weiß man, dass diese Gründung dieser Holding auf jeden Fall richtig ist.

Und was die Dringlichkeit betrifft, die die SPÖ begründet mit dem Sonderlandtag, wir wissen warum wir das jetzt machen müssen und nicht beim nächsten Landtag, weil wir ansonsten das heurige Jahr damit verlieren.

Die Dringlichkeit der SPÖ auf eine neuerliche Änderung des Landesverfassungsgesetzes, dieser Antrag kann von der ÖVP nicht unterstützt werden, weil es, wie schon zum Teil begründet wurde, nicht sinnvoll ist. Die SPÖ hat in dieser Frage schon lange eine Position eingenommen, wo ich glaube, dass sie unseren Bürgern in Oberösterreich eher Angst macht und eine Panikmache ist, weil es absolut nicht stimmt, dass mit dem Beschluss zur Gründung dieser Holding ein Ausverkauf und eine Privatisierungswelle, die von der SPÖ immer als so schlecht hingestellt wird, vollzogen wird. Das stimmt einfach schlechthin nicht, dass das der Fall ist. Und wir haben als Vertreter alle Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen.

Und was die Daseinsvorsorge betrifft. Ich glaube, wir haben da schon öfter darüber diskutiert. Wir sind sehr wohl der Meinung, dass gewisse Bereiche sehr, sehr gut in der Aufsicht des Landes liegen müssen. Ich möchte aber auch, als ein Beispiel einer sehr positiven Privatisierung, den Schritt des Landes bestätigen, wo die SPÖ auch mitgestimmt hat. Es war ein einstimmiger Beschluss, dass zum Beispiel die Bergbahnen in Hinterstoder und auf der Wurzeralm und auf dem Hochficht privatisiert worden sind. Das ist auch eine Daseinsvorsorge für eine Region. Frau Landesrat Stöger! Die Menschen in den Tourismusregionen haben

sehr wohl auch Anspruch auf eine Wertschöpfung. Das sind die wichtigen Entscheidungen. Und ich sage Ihnen nur eine kleine Erfolgsgeschichte oder eine große Erfolgsgeschichte, die zum Beispiel diese Privatisierung ausgelöst hat. Seit 1999, wo dieser Betrieb größtenteils an Private verkauft worden ist, wurden in diesem Zeitraum zirka 27 Millionen Euro investiert, wurde der Umsatz dieses Unternehmens von 5 auf 10 Millionen erhöht, wurde bei den Dauerbeschäftigten eine Steigerung von 20 Mitarbeitern ausgelöst und wurde regional eine sehr, sehr positive Entwicklung ausgelöst. Und nebenbei gesagt hat in diesen 6 Jahren dieser größtenteils private Betrieb 20 Prozent an Erträgen ausgeschüttet, 20 Prozent vom Nominalwert. Das heißt, es ist einfach falsch in diesem Zusammenhang, mit der Gründung der Holding, von der Möglichkeit eines Ausverkaufs unserer Betriebe, dort wo das Land haupt- oder mehrheitlich beteiligt ist, zu sprechen.

Ich lade euch wirklich ein und bitte euch zur Sachlichkeit zurückzukehren, auch in diesem Zusammenhang und es zu unterlassen, wider besserem Wissen mit eurer Angstmache fortzufahren. Ich bitte wirklich darum. Es dient nämlich sonst nicht dem Land und seinen Bürgern. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich habe die Rede vom Kollegen Kapeller sehr aufmerksam verfolgt und ich kann deine Sorge, was zum Beispiel den Zustand der Eisenbahnen am Beispiel von England betrifft, durchaus verstehen. Ich bin ein Mensch, der sehr auf Infrastruktur angewiesen ist, auf eine Infrastruktur, die funktioniert, die den Menschen zur Verfügung steht. Und mit dem gleichen Engagement, wie ich mich für diese Sicherung der Dienstleistungen im öffentlichen Interesse einsetze, genauso vehement lehne ich die Reduzierung auf die Eigentumsverhältnisse ab.

Ich erlebe seit Jahren, dass zum Beispiel die Bundesbahn, was den Komfort und die Zuverlässigkeit zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen betrifft, absolut letzklassig ist. Sie hätte es in der Hand gehabt. Aber es gibt leider keinen Druck, der einen Dienstleister, so wie es zum Beispiel ein Taxiunternehmer oder ein anderer ist, der Konkurrenz hat, dazu zwingt endlich einmal nachzudenken, wie man den Menschen wirklich Dienstleistungen erbringen kann und ihnen nicht etwas vor die Nase setzt, das sie dann sozusagen akzeptieren müssen. Das ist ein Beispiel dafür, dass Eigentumsverhältnisse nichts über die Qualität der Dienstleistungen aussagen.

Und das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, dass diese Debatte, die ich durchaus interessant finde und ich habe wirklich dem Kollegen Kapeller zugehört und ich finde es schade, dass wir diese Diskussion nicht auf einer Ebene führen, die der Sache dient und uns über Dringlichkeitsanträge und Zweidrittelmehrheiten gegenseitig vorhalten, nichts für die Da-seinsvorsorge zu tun.

Das ist leider Gottes der Zustand. Wir werden deshalb heute noch einen Antrag einbringen, nicht dringlich, eben damit er nicht zu kurz diskutiert wird, damit wir uns im Ausschuss eingehend mit dieser Frage auseinandersetzen können, wo das Land seiner Verantwortung bezüglich der Dienstleistungen gerecht werden kann. Und ich glaube, es gibt einige Beispiele, wo das bereits gelungen ist. Ich habe das in meiner vorhergehenden Rede schon gesagt.

Nur eines, Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ! Was mich an der ganzen Sache etwas stört ist, dass der Versuch gemacht wird, die SPÖ sei quasi das Schutzschild gegen Verkauf.

Jetzt möchte ich Ihnen, damit das Ganze nicht zu ernst wird, damit wir nicht sozusagen mit dem Gefühl hinausgehen, jetzt bricht die Welt zusammen, weil Grüne, ÖVP und Freiheitliche dieser Eigentumsbeschränkung nicht zugestimmt haben. Es hat in Wien, ich rede jetzt nicht vom Burgenland, die Bank Burgenland ist eine eigene Geschichte, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Das mache ich!") das macht der Herr Landesrat Anschöber, ich denke ich nehme ein anderes Beispiel. Anlässlich des Cross Boarder Leasings des Wiener Kanals, das ist ein interessanter Fall, Wiener Kanal, gehört auch zur Daseinsvorsorge, wurde verleast und zurückgeleast. Es sagt Gemeinderat Thomas Reindl: "Cross Boarder Leasing ist eine sinnvolle Investition in und für die Stadt, da es wichtig sei, das Eigentum für die Stadt zu sichern. Es dürfen der Bevölkerung durch das Leasing keine Nachteile erwachsen". Na gut. Und er sagt, weltweit seien Leasinggeschäfte üblich und sie seien gut für die Sicherung der Daseinsvorsorge.

Jetzt frage ich Sie. Was machen Sie mit dieser Zweidrittelmöglichkeit, mit dieser Verfassungsmehrheit im Landtag? Ich denke, wir brauchen kein Sperren einer Politik, wir brauchen keine Verhinderung. Wenn ich an die Schulgesetze denke, wie lange wir uns bemüht haben in den Schulgesetzen die Zweidrittelmehrheit wegzubekommen, um wieder handlungsfähig zu sein.

Und eines zum Schluss: Es wird mit Sicherheit, solange die Grünen Regierungsverantwortung haben in diesem Land, keinen Verkauf von wesentlichen Dingen geben. Es wird immer Käufe und Verkäufe geben. Und das ist nämlich genau der Punkt, wo die Blockade einsetzen kann, wo die Politikunfähigkeit einsetzt. Das sind die Bereiche wie Zukäufe, wenn ein neues Spital gebaut wird, Verkäufe, wenn ein Objekt nicht mehr gebraucht wird, Leasingverträge wie zum Beispiel oder ähnliche Verträge wie in Vöcklabruck bei der Errichtung eines Spitals. Es wird immer Fragen über Eigentums- oder Beteiligungsanteile geben. Und ich denke, eine Partei mit Regierungsverantwortung, und da zähle ich die SPÖ auch noch dazu, kann es nicht zulassen, sich selbst so politikunfähig zu machen mit einer Zweidrittelmehrheit, die für besondere Anlässe vorgesehen ist und nicht für einen Bereich, wo die Politik Entscheidungen zu treffen hat. Deswegen werden wir weiterhin über die Daseinsvorsorge sehr eifrig und engagiert diskutieren, aber wir werden der Zweidrittelmehrheit nicht die Zustimmung geben. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es war sehr aufschlussreich, was Kollege Kapeller hier vom Rednerpult gesagt hat. Er, ich zitiere, sagte: "Nur die öffentliche Hand kann die Grundversorgung sicherstellen." Diesen Satz lasse ich einfach einmal wirken. Nur die öffentliche Hand kann die Grundversorgung sicherstellen. Wir wissen, dass das anders ist. Miteinander fördern wir die Vielfalt der Sicherstellung dieser Grundversorgung. Und ich habe gerade einige Bereiche, Rettungsdienste, viele, viele Vereine dargelegt. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Hat da die öffentliche Hand nichts damit zu tun?") Und ich weiß jetzt, wo der Grund und das Missverständnis auch vorliegt. Das hat sich jetzt des Antrags, Beilage 654/2005, die Gebietskörperschaften haben folglich die Aufgaben, ihren Bürgerinnen und Bürgern einen gleichberechtigten, diskriminierungsfreien und kostengünstigen Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Kann man unterschreiben. Und ein flächendeckendes, umfangreiches und qualitätsvolles Angebot nachhaltig zu sichern. Stimmt auch. Aber es fehlt was. Es fehlt neben der flächendeckenden, umfangreichen und qualitätsvollen Angebotssicherung auch die Angebotsvielfalt. Und die Angebotsvielfalt, sei es gerade in der Kultur, die hier wieder erwähnt wird, sei es in anderen Bereichen, der Dienstleistungsversorger unserer Mitmenschen sichert

erst die Qualität. Wenn ich rückdenke und glaube, ich kann durch eine Verstaatlichung eine Absicherung für die Zukunft machen, geht das genau auf Kosten der Vielfalt und damit auf Grund der Qualität. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "... Lies doch genau, Günther!") Kollege Frais, der Antrag, so wie er formuliert ist, und ich habe ihn genau gelesen, hier fehlt die Vielfalt und wir sind stolz auf die Vielfalt unserer vielen, vielen Einrichtungen, die privat organisiert sind, von der Bildung bis zur Kultur, von der Gesundheit bis zur Umwelt. Und diese Vielfalt sichert Qualität und deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen, wobei ich feststelle, dass dieser Beschluss nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln gefasst werden kann. Ich bitte Sie also, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 654/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit, ich weise ihn dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zu.

Einige Mitteilungen für Sie noch: Am 7. Juli hat die konstituierende Sitzung des gemischten Ausschusses, und zwar des Ausschusses für Verfassung und Verwaltung und des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten stattgefunden. Dabei wurden gewählt als Obmann Klubobmann Dr. Frais, erster Obmann-Stellvertreter Abgeordneter Arnold Schenner, zweiter Obmann-Stellvertreter Klubobmann Mag. Strugl, erste Schriftführerin Zweite Präsidentin Gerda Weichsler, zweiter Schriftführer Abgeordneter Franz Schillhuber. Und es sind auch eine Reihe von schriftlichen Anfragen in der Zwischenzeit eingelangt. Kopien bzw. die eingelangten Beantwortungen haben Sie auf Ihren Plätzen, oder wenn Sie dies so vereinbart haben, auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt bekommen.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und zwar zunächst zu den Beilagen 646/2005 und 647/2005. Das sind die Vorlagen der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Ermächtigung zur Einbringung von allen Landesbeteiligungen mit Ausnahme der Anteile an der Energie AG in eine OÖ Landesholding GmbH bzw. in drei Branchenholdings sowie betreffend die Ermächtigung zur Einbringung der Energie AG Oberösterreich in die OÖ Landesholding GmbH. Auf Grund des sachlichen Zusammenhalts werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede, aber selbstverständlich eine getrennte Abstimmung durchführen. Den Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer bitte ich, über beide angesprochenen Beilagen zu berichten.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Beilage 646/2005, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Ermächtigung zur Einbringung von allen Landesbeteiligungen mit Ausnahme der Anteile an der Energie AG in eine OÖ Landesholding GmbH bzw. in drei Branchenholdings. Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Finanzreferent lege ich Ihnen zwei Anträge der Oberösterreichischen Landesregierung mit der Bitte um Genehmigung vor. Als Finanzreferent habe ich am 12. April die im Landtag vertretenen Parteien im Wege über die Landesparteiobmänner und Klubobmänner über das Vorhaben der Gründung einer Landesholding informiert und ihnen angeboten, in der Finanzabteilung sämtliche Unterlagen, die zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren und die weiter verfügbar wurden, entsprechend einzusehen, damit rechtzeitig Information über dieses wichtige Vorhaben gegeben ist. Die Oberösterreichische Landesregierung hat dann über meinen Antrag am 11. Juli 2005 die OÖ Landesholding GmbH, kurz LAHO, errichtet. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 646/2005.)

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge ohne Vorberatung in einem Ausschuss beschließen:

1. Der Oö. Landtag ermächtigt die Oö. Landesregierung zur Einbringung der in der Beilage 646/2005 angeführten Beteiligungen des Landes Oberösterreichs in die OÖ Landesholding GmbH, eine zu 100 % im Eigentum des Landes stehende Gesellschaft, oder in eine der drei Branchenholdings für Thermen, Seilbahnen und Verkehr, die ihrerseits zu 100 % im Eigentum der OÖ Landesholding GmbH stehen.

2. Diese Ermächtigung wird unter folgender Bedingung erteilt: In analoger Anwendung der Bestimmung des Art. 55 L-VG und des Art. III Z. 3 des Vorberichtes zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 hat die Oö. Landesregierung die Übertragung (z.B. Veräußerung, unentgeltliche Abtretung, Einbringung) von Anteilen an den zu gründenden drei Branchenholdings sowie an den in Z. 1 genannten Gesellschaften bzw. Genossenschaften an andere Rechtsträger dem Oö. Landtag zur Genehmigung vorzulegen. Diese Vorlagepflicht gilt unabhängig davon, ob die Beteiligungen von der OÖ Landesholding GmbH selbst oder von einer der drei Branchenholdings gehalten werden. Die Vorlagepflicht gilt jedoch nicht für die sofortige oder spätere Übertragung einer oder aller dieser Beteiligungen gemäß Z. 1 durch die OÖ Landesholding GmbH in eine unter ihrer Beherrschung stehende Tochtergesellschaft.

Für die Vorlagepflicht gelten die in Art. III Z. 3 des Vorberichtes zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 genannten Bedingungen sinngemäß.

Beilage 647/2005, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Ermächtigung zur Einbringung der Energie AG Oberösterreich in die OÖ Landesholding GmbH. Ich stelle den zweiten Antrag (Beilage 647/2005) und erspare mir jetzt nochmals die gesamte Verlesung und stelle fest, dass sich nur Folgendes ändert:

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge ohne Vorberatung in einem Ausschuss beschließen:

1. Der Oö. Landtag ermächtigt die Oö. Landesregierung zur Einbringung folgender Beteiligung des Landes Oberösterreichs in die OÖ Landesholding GmbH, eine zu 100 % im Eigentum des Landes stehende Gesellschaft: die Energie AG Oberösterreich.

2. Diese Ermächtigung wird unter folgender Bedingung erteilt: Unter Beachtung des Art. 55 Abs. 5a Oö. L-VG und in analoger Anwendung der sonstigen Bestimmungen des Art. 55 Oö. L-VG und des Art. III Z. 3 des Vorberichtes zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 hat die Oö. Landesregierung die Übertragung (z.B. Veräußerung, unentgeltliche Abtretung, Einbringung) von Anteilen an der Energie AG durch die OÖ Landesholding GmbH an andere Rechtsträger dem Oö. Landtag zur Genehmigung vorzulegen. Für die Vorlagepflicht gelten die in Art. III Z. 3 des Vorberichtes zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 genannten Bedingungen sinngemäß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Finanzreferent bitte ich Sie, diesen beiden Anträgen die Zustimmung zu geben, da damit drei wichtige Ziele für die Landespolitik verfolgt werden: die strategische Ausrichtung, die Nutzung des Gruppenbesteuerungsvorteils und nicht zuletzt durch die Zusammenfassung in Branchenholdings eine bessere Vernetzung der Betriebe in den jeweiligen Themenfeldern. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren und entscheiden heute über das gesamte oberösterreichische Landesvermögen, über unser Familiensilber, und für diese heutige Sit

zung wurden Heerscharen von Anwälten beschäftigt, Steuerberater, Geschäftsführer, Beamte, zwei Millionen Euro Beratungshonorare ausgegeben, und die erste Frage, die sich aus so einem großen Aufwand ergibt ist die: Wie viele neue Arbeitsplätze wurden oder werden durch diese Aktivitäten geschaffen? Antwort: Kein einziger. Zweite Frage: Haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes etwas von diesen Maßnahmen und Aktivitäten? Werden die Energiepreise niedriger, haben sie einen Vorteil? Auch kein einziger Vorteil ersichtlich. Also erhebt sich die Frage, wozu ist dieser ganze Aufwand? Erste Antwort, die Schwarz-Grün liefert: Um Steuer zu sparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine eigenartige Philosophie, wenn man allgemein bedauert, dass die Konzerne, die Unternehmen mit großen Gewinnen immer weniger Steuern bezahlen und dann denkt selber die öffentliche Hand nach, welche Modelle gibt es, um Steuerzahlungen zu reduzieren (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Aber die Linzer nicht!") und die eigenen Steuereinnahmen damit zu verschlechtern. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Aber alle anderen acht Bundesländer haben es gemacht inklusive Wien und Burgenland!") Diese Modelle führen dazu, dieses Steuermodell führt dazu, dass das Land Oberösterreich und die oberösterreichischen Gemeinden weniger Steuer einnehmen. (Beifall) Und das ist genau berechnet worden, meine Damen und Herren, weniger Steuern einnehmen werden. 2006 das Land Oberösterreich 70.000 Euro, 2007 100.000 Euro, ähnliches gilt für die oberösterreichischen Gemeinden. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist aber Finanzakrobatik!") Es ist völlig logisch, Sie wissen als Finanzausgleichsverhandler ja, dass die Körperschaftsteuer in den Finanzausgleich eingeht. Wird weniger einbezahlt, bekommen das Land und die Gemeinden auch weniger zurück. Ich habe Ihnen sogar die genauen Beträge genannt. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Ein Satz Unterbrechung: Da müssten wir uns ja wünschen, dass wir dem Grasser mehr Steuer zahlen dürfen. Weil dann sind wir wieder im Vorteil. Also die Philosophie kann ich nicht teilen!") Nein, genau das Gegenteil ist der Fall, Herr Landeshauptmann. Grasser und Sie denken nach, wie Sie die eigenen Einnahmen reduzieren können. Dieses Modell, das Sie hier vorschlagen, reduziert die Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Wieso machen es dann die Wiener und die Burgenländer, überall dort, wo SPÖ-Landeshauptleute sind? Wieso machen es die?") Kollege Stockinger, darauf werde ich noch gerne eingehen.

Nur, meine Damen und Herren, diese Landesholding wäre für diese Steuereinnahmenreduzierung ja gar nicht notwendig. Sie verschweigen das. Die Energie AG kann selber das Gruppensteuerprinzip nutzen und wird es nutzen, und die Hypo-Bank als die beiden Gewinnbringer nutzt auch den Gruppensteuervorteil selber. Also die Steuerreduktion wäre ohne Landesholding genauso gekommen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Nein!") Wir stehen heute deswegen hier am 15. September, Sondersitzung (Zwischenrufe: "12. September!"), 12. September, weil wir bis 15. September vor der Hypo-Bank unsere Gruppenerklärung abgeben müssen, das Land, und nicht nachher, weil es sonst nicht geht. Aber Hypo-Bank und Energie AG nützen den Steuervorteil auch alleine. Also die Antwort, wir brauchen die Landesholding für den Steuervorteil - (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Wie geht denn das?") Na ganz einfach, in der Energie AG mit den Tochterunternehmen, am 29. September im Aufsichtsrat ist das drinnen, das Modell ist fix und fertig, und bei der Hypo-Bank für die WAG-Wohnungen, das Gruppensteuermodell war ganz klar ausgehandelt, dass sich nur unter diesem Aspekt der Kauf der Wohnungen überhaupt rechnet. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Aber es soll schon dem Land auch nützen!") Bitte unterbrechen Sie mich doch nicht dauernd. Richtig ist, dass beide Unternehmen den Gruppensteuervorteil genützt hätten, dass dazu die Landesholding überhaupt nicht notwendig ist. Also die erste Antwort, wir brauchen diese Landesholding, um Steuernachteile für das Land Oberösterreich zu

lukrieren, weniger Einnahmen, ist nicht notwendig, die beiden Unternehmen hätten das alleine tun können. (Beifall)

Zweite Antwort, die immer wieder gegeben wird: Wir beabsichtigen damit eine strategische Ausrichtung unserer Beteiligung. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Wie es der Rechnungshof vorgeschlagen hat!") Ich komme zum Rechnungshof, Herr Stockinger. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Sei nicht so nervös, Stockinger!") Zwei nebenberufliche Beamte, meine sehr geehrten Damen und Herren, (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Das kenne ich ja schon alles, das wird ja nicht mehr gescheiter, je öfter ...!") zwei nebenberufliche Beamte der Finanzabteilung sollen dieses strategische Management, diese strategische Ausrichtung erledigen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Falsch! Hauptberufliche Beamte machen das nebenberuflich!") Gut, zwei hauptberufliche Beamte sind es jetzt, im Regierungsbeschluss steht noch nebenberuflich, sie sind heute hauptberuflich, zwei tüchtige junge Beamte sollen das leisten. Aber bei Energie, Wasser, Müll sind die beiden dann klüger als die drei Energie AG-Vorstände, wie der Herr Windtner, der Herr Steinecker, der Herr Pumberger, weil sie müssen ja die neuen Strategien vorgeben. Bei der Gesundheit sind die beiden dann klüger als der Dr. Geck und der Dr. Koblmüller bei der gespag, weil denen werden sie dann die Strategie erklären. Beim Nationalpark sind die beiden klüger als der Dr. Mayrhofer, der Geschäftsführer dort. Bei den Fachhochschulen sind sie klüger als der Dr. Reisinger, beim Flughafen sind sie klüger als der Dipl.-Ing. Kunesch, beim Verkehrsverbund sind sie klüger als der Dipl.-Ing. Kubasta. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Da sehen Sie, wie gescheite Leute wir haben!") Also die beiden Wunderkinder, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir nicht überfordern. Ich sage, sie sind zwei tüchtige Beamte, aber in diesem Bereich waren sie noch nicht tätig und solche Wunderkinder gibt es selbst bei uns in der Landesverwaltung nicht. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Da haben Sie eine Ahnung!") Ein strategisches Management durch zwei nebenberufliche Beamte gibt es sicher kein einziges Mal mehr auf dieser Welt, weder bei den anderen Bundesländern oder bei den von Ihnen bisher genannten Betrieben. (Beifall)

Also das strategische Management ist auch nicht die wirkliche Antwort, denn das wird nicht stattfinden mit diesen beiden. Bleibt eigentlich nur mehr als ein Grund für die Schaffung dieser Landesholding der Ausverkauf. Es bleibt kein anderer rationaler Grund übrig. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "So wie in der Steiermark, in Wien, in Niederösterreich, in Burgenland, in Salzburg!") Es bleibt kein anderer Grund übrig und es wurden ja auch schon die Modelle dafür ausgearbeitet. Die Frage ist, gibt die Energie AG in dieser Holding einen Sinn? Also steuerlich brauchen wir sie nicht, von der Unternehmensstrategie her ist die Frage, macht es einen Sinn, wenn die Energie AG in dieser Holding drinnen ist. Der Rechnungshofbericht, Herr Dr. Stockinger, hat nicht verlangt, dass wir die Energie AG mit der Grünberg-Seilbahn in eine Gesellschaft geben. Der Rechnungshofbericht hat gesagt, für die Beteiligungsstrategie sind Ziele vorzugeben und zu formulieren, aber nicht so eine Konstruktion zu wählen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Und das wird die Verantwortung des Aufsichtsrates werden!") Denn der Herr Strugl und der Herr Anschober sagen ja, sie haben sich so sehr beschäftigt mit der Materie. Herr Strugl und Herr Anschober, ich frage Sie, wie viele Mitarbeiter hat die Energie AG im Inland und wie viele hat sie im Ausland? (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Sind wir jetzt bei einer Schulprüfung oder was?" Heiterkeit.) Ich frage Sie nur, Sie haben sich ja intensiv damit auseinandergesetzt. Im Inland hat die Energie AG (Unverständliche Zwischenrufe), genau, im Inland hat sie 1.700 Mitarbeiter, im Ausland hat sie in der Zwischenzeit 5.000 Mitarbeiter. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Stimmt nicht! Es gibt auch inländische Töchter!") Wissen Sie, welche Gesellschaften aus dem Ausland in diese Landesholding nach Ihrem Antrag hineinkommen? Ich darf Ihnen einige Beispiele vorlesen. Die AVE odpadové hospodářství, die AVE Magyarország Hulladék

gazdálkodási, Vodovody a kanalizace Jižní Čechy, Vodovody a kanalizace Beroun, das sind die Gesellschaften, die Sie in die Landesholding hinein haben wollen. (Beifall)

Und Sie sagen, Schwarz-Grün hat mich zu diesem gemeinsamen Sprachkurs ja nicht eingeladen. Hätten Sie das getan, hätten wir die Möglichkeit genutzt, weil da hätten wir Ressourcen und Energie sparen können, Kollege Anschöber. Aber Tatsache ist, dass das überhaupt keinen Sinn ergibt, und dass das der Rechnungshof auch nicht verlangt hat. Ich möchte daher noch einmal festhalten, für die Energie AG, den Steuervorteil, Gruppensteuervorteil, kann die Energie AG selber nützen, über Unternehmensstrategien soll sie selber entscheiden, und nicht die beiden nebenberuflichen Beamten. Ich glaube einfach, und darum möchte ich hier das Wort wirklich noch sehr ausführlich ergreifen, dass Steuervorteil als Grund für die Landesholding wegfällt, dass strategisches Management wegfällt und dass als einziger Grund wirklich nur der Ausverkauf übrig bleibt. Sie können sonst auch nicht erklären, warum zum Beispiel die Gespag da drinnen ist. Die Gespag ist ein gemeinnütziges Unternehmen, kann für das Gruppensteuerprinzip überhaupt nicht herangezogen werden. Aber richtig ist auch, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Für die strategische Ausrichtung!) die machen dann der Herr Widera und die Frau Licka nebenberuflich, genau. Das sind die super Experten für die Gesundheit. Richtig ist allerdings, dass im März bereits in der Gespag diese Konzepte entwickelt wurden, wenn eine Landesholding kommt, dann können die Spitalsimmobilien verkauft werden. Das ist richtig, das liegt vor. Und das ist auch der Grund, Kollege Trübswasser, warum wir die Zweidrittelsicherung verlangen, die wir fünfzig Jahre nicht verlangt haben, weil fünfzig Jahre lang ist niemand auf die Idee gekommen, unsere Spitalsimmobilien zu veräußern, in einem eigenen Konzept dafür. Das ist der wirkliche Grund, warum wir eine Absicherung brauchen. Wie gesagt, der gigantische Aufwand, der hier getrieben wurde, dient dem Ausverkauf, die anderen Argumente fallen leider flach.

Und nun zum Handwerklichen selber. Die Landesregierung und der Landtag beschließen diese Landesholding ohne Eröffnungsbilanz, wir haben Sie für heute Nachmittag bekommen. 1,62 Milliarden Euro. Der Landtag hat diese Eröffnungsbilanz nicht zur Verfügung. Auch die Landesregierung hat sie beim ersten Beschluss nicht zur Verfügung gehabt. Die Zustimmungserklärungen der Miteigentümer liegen nicht vor. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Die können ja noch gar nicht vorliegen!") Sie liegen nicht vor, sie könnten sehr wohl vorliegen, aber sie liegen nicht vor. Und sie liegen auch deswegen nicht vor, weil viele Miteigentümer dieser Konstruktion misstrauen. Und daher Zusatzbedingungen stellen. Zum Beispiel bei der Hypo-Bank wissen wir, dass der Miteigentümer verlangt, dass, sollten Anteile von der Hypo-Bank verkauft werden, die Hypo-Bank sofort wieder in den Landesbesitz zurückkehrt. Heraus aus der Holding in den Landesbesitz. Weil er halt Angst hat, dass die 51 Prozent der Hypo plötzlich anderen Eigentümern gehören könnten, anderen Banken. Die will also eine Absicherung und eine Garantie. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Der will ganz was anderes!") Andere Eigentümer, ich komme noch darauf, was er sicher auch noch wollen wird. Andere Eigentümer wollen auch eine Absicherung und Garantie haben gegen den Ausverkauf, damit sie ihre Zustimmung geben, weil sie eben dieser Konstruktion so kein Vertrauen schenken. Es liegt kein Gruppensteuervertrag vor. Neben den Zustimmungserklärungen, dass die Anteile in die Holding hereinkommen, ist auch noch ein eigener Vertrag, eine eigene Zustimmung wiederum von jedem Miteigentümer notwendig, dass das Gruppensteuerprinzip überhaupt funktionieren kann. Ich bin gespannt, ob die alle freiwillig, ohne Bedingungen, ohne irgendetwas sagen werden, jawohl, nützt die Steuervorteile, wir selber haben dadurch zwar einen Nachteil, aber wir stimmen dem zu, wir unterschreiben das. Ich bin wirklich gespannt, ob das so funktionieren wird. Aber auch diese Gruppenverträge liegen nicht vor. Es gibt keine detaillierten Verlustvorträge, ich habe in der Landesregierung gebeten um eine Aufstellung, welche Betriebe genau die Verluste der Zu

kunft liefern werden. Und man sagt, das wird man nachreichen. Gibt es bis jetzt noch immer nicht. Es gibt nur die KPMG-Studie mit der Gesamtsumme, aber keine Detailaufstellung dafür. Warum das nicht gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnisnahme.

Nächster Punkt. Handwerklich. Keine Ausschreibung der Geschäftsführerin und des Geschäftsführers bei der Landesholding, und auch bei den Unterholdings. Das ist gegen das Oberösterreichische Objektivierungsgesetz, das ist gegen das Stellenbeschreibungsgesetz. Sie wissen das ganz genau, und trotzdem wird das so durchgeführt. Das ist sicher die einzige Unternehmung mit einer Bilanzsumme von 1,6 Milliarden Euro, wo nebenberuflich zwei Geschäftsführer eingesetzt werden und nicht ausgeschrieben werden. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das ist ja keine operative Holding, Herr Kollege, sagen Sie das doch dazu, das ist ja eine Finanzholding!") Wenn sie operativ nichts tun, können Sie auch keine Strategien machen, das ist eben der große Widerspruch. (Beifall)

Also, vom handwerklichen ist diese Vorgangsweise kein Vorbild für andere Bundesländer oder andere solche Aktionen und Gesellschaftsgründungen.

Zum Demokratiepolitischen, meine Damen und Herren! Es ist in der Landesholding keine Arbeitnehmervertretung vorgesehen, es sind in den Branchenholdings derzeit keine Arbeitnehmervertretungen vorgesehen. Und das wird in Oberösterreich zum Dauerzustand. Die Fachhochschul-GesmbH ohne Aufsichtsrat, ohne Arbeitnehmervertretung, Theater-GesmbH ohne Arbeitnehmervertretung, die LAHO ohne Arbeitnehmervertretung, die Branchenholdings ohne Arbeitnehmervertretung, ich halte das für demokratiepolitisch mehr als bedenklich. Die Arbeitnehmervertretung soll nicht um ihre Rechte gebracht werden, sondern in die Tätigkeit der Gesellschaft mit eingebunden werden. Das ist eine Forderung von uns. (Beifall, Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das ist böse, was Sie hier sagen, weil Sie von mir aus einem persönlichen Gespräch wissen, dass, sobald ein Branchen- oder ein Holdingaufsichtsrat gebildet ist, selbstverständlich die Arbeitnehmer ihre Vertretungsrechte bekommen, aber das ist Voraussetzung. Sagen Sie bitte hier nicht die Unwahrheit!") Ich zitiere Ihren Regierungsantrag, den sie mit 5 : 4 durchgedrückt haben, da sind keine Arbeitnehmervertreter drinnen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Weil es jetzt rechtlich gar nicht geht!") Und das, was heute der Landtag beschließt, auch hier sind keine Arbeitnehmervertreter drinnen, und in der Fachhochschule sind bis heute keine Arbeitnehmervertreter drinnen im Aufsichtsrat.

Und nun zu den Eigentümerrechten selber noch einmal. Unterhalb der Landesholding führen dann die beiden nebenberuflichen Geschäftsführer, die operativ nichts tun, die Eigentümerfunktion aus. Also, Sie ernennen Aufsichtsräte, Sie ernennen Geschäftsführer, das ist alles operatives Nichtstun, alles was bisher die Landesregierung entschieden hat in diesen Unternehmungen, wo die Landesregierung verantwortlich war, führen dann diese beiden, nicht operativen, nebenberuflichen Geschäftsführer aus. Wenn das mehr Demokratie und mehr Transparenz sein soll als bisher, dann verstehe ich Demokratie auf jeden Fall anders. Eine Verbesserung der Demokratie und der Transparenz ist diese Konstruktion ganz sicherlich nicht.

Zu den Grünen, zu Ihrem Verhalten. Sie stimmen dieser Konstruktion, dieser Schulden- und Ausverkaufskonstruktion, die jetzt übrig bleibt, zu, obwohl Sie die Details nicht kennen, und haben trotzdem, und haben argumentiert, wir sind zwar gegen diese Maßnahmen im Allgemeinen, aber wenn es die anderen auch tun, dann machen wir es doch auch. (Unverständliche Zwischenrufe) Steht in Ihrer Pressekonferenzunterlage drinnen. Oder noch genauer kann ich es Ihnen sagen, Kollege Anschober hat am Donnerstag in den Oberösterreichi

schen Nachrichten gesagt, das ist heute vor fünf Tagen: Den Herausforderungen der Globalisierung stelle sich keine Region in Europa mit einer Strategie, sagt Anschöber. Oberösterreich solle aktiv werden. Ein Steuersenkungswettbewerb kann nicht die Lösung sein, der führt nur zu Umwelt- und Sozialdumping, sagt Anschöber. Und heute beschließen Sie diese Steuersenkungen, fünf Tage später, weil das Land Oberösterreich weniger Steuern einnehmen wird, also innerhalb von fünf Tagen einmal so, und zum anderen so, das ist mehr als unverständlich, diese Linie. (Beifall)

Wenn Sie andere Unternehmen anführen, dann führen Sie doch die Linz AG an. Die hat ganz klar im Leitbild drinnen, die kommunale Versorgung versichern, 0 Privatisierung, 100-prozentig im öffentlichen Besitz bleiben, das wäre die richtige Daseinsvorsorge. Nur zufällig hat da die ÖVP dagegen gestimmt, nebenbei bemerkt, gegen diese wirklich gute Daseinsvorsorge, gegen dieses gute Unternehmen. Und ich darf Ihnen nur ein Zitat sagen, auch in Richtung Kollegen Steinkellner, was die private Daseinsvorsorge betrifft, die ja so super ist. Norbert Blüm hat am vergangenen Freitag auf Einladung von Präsident Kohl die Festrede gehalten zu 25 Jahre ASVG, 50 Jahre ASVG im Parlament. Der Arbeitsminister und Sozialminister aus der CDU-Regierung Kohl. Wissen Sie, was für ein Beispiel er genannt hat? Er hat gesagt, schauen Sie sich die private Daseinsvorsorge an am Beispiel New Orleans. Die, die ein Auto gehabt haben, sind raus gekommen, die, die kein Auto gehabt haben, die haben drinnen bleiben müssen, und haben die Probleme gehabt. So eine Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Und ich erinnere Sie daran, dass das einfach ein wichtiges Thema ist, und dass die Daseinsvorsorge ganz besonders entscheidend ist, und dass Sie Ihre Haltung auf jeden Fall ändern sollten. (Beifall)

Ich darf zusammenfassen. Die Landesholding ist für Steuervorteile überhaupt nicht notwendig. Sie ist für ein strategisches Management nicht geeignet. Die Rechnungshofvorgaben, Ziele für die Beteiligungsstrategie des Landes zu formulieren, ist nicht erfüllt. Es gibt kein einziges Ziel oder eine Vorgabe. Alle Vorschläge der SPÖ auf Abänderung oder Ergänzung wurden abgelehnt. Alle Vorschläge, nicht ein einziger wurde angenommen. Alle Vorschläge sind abgelehnt worden, und es gibt kaum einen Versuch, oder keinen Versuch einer gemeinsamen Lösung. Daher möchte ich Sie noch einmal ersuchen, und Ihnen vorschlagen, Schwarz-Grün soll die letzte Chance heute hier in dieser Sitzung nützen, den Antrag abzusetzen. Diese Landesholding ist keine gute Konstruktion, aus ihr gehen keine positiven Impulse hervor, da gibt es keine neue Aufbruchsstimmung, da gibt es keine neuen Arbeitsplätze, es gibt nur weniger Steuereinnahmen für das Land, und die Möglichkeit auszuverkaufen. Was anderes kommt nicht heraus, daher ersuche ich Sie, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Wenn Sie das aus irgendwelchen Zwängen nicht können, die wir nicht wissen, dann schlage ich noch einmal eine gemeinsame Beschlussfassung vor, sichern wir die Landesunternehmen mit Zweidrittelmehrheit gegen Ausverkauf ab, dann bekommen Sie die Zustimmung der SPÖ zu dieser Vorgangsweise, wenn Sie diesen Ausverkauf planen und haben wollen, dann können wir keine Zustimmung geben. Wir wollen den Menschen Sicherheit geben, wir wollen unseren Unternehmen Sicherheit geben, und wir wollen diesem Ausverkauf einen entsprechenden Riegel vorschieben. Ich danke Ihnen für die lange Aufmerksamkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grünen bekennen sich ausdrücklich zu einer engagierten, strategischen Beteiligungspolitik der öffentlichen Hand. Die ist wichtig aus regionalwirtschaftlichen Fragen heraus, denn damit können wir regionalwirt

schaftliche Impulse setzen. Das ist auch beschäftigungswirksam, Herr Kollege Haider, das ist wichtig als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument, und eine engagierte, strategische Beteiligungspolitik der öffentlichen Hand ist auch der beste Schutz der öffentlichen Verantwortung für die Bereiche der Daseinsvorsorge. Und wenn Sie, Herr Kollege Haider, jetzt formulieren, zwei Geschäftsführer, da bin ich ja sehr froh, dass Sie gesagt haben, die Sie durchaus schätzen, können keine Strategien umsetzen, dann haben Sie offensichtlich das Grundprinzip dieser Konstruktion nicht verstanden. Das ist ja nicht ihre Aufgabe, Strategien zu entwerfen, das ist die Aufgabe der Politik, des Aufsichtsrates, und Sie sind herzlich eingeladen dazu mit uns an konkreten Strategien zur Absicherung dieser Interessen zu arbeiten. (Beifall)

Und das ist die Verantwortung eines Regierungsmitgliedes aus meiner Sicht, und nicht Oppositionspolitik um jeden Preis zu betreiben, wie Sie das jetzt gerade bewiesen haben. (Beifall)

Eine langjährige Forderung der Grünen war es, die bestehenden Beteiligungen des Landes Oberösterreich, und es geht insgesamt um rund 13.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Summe betroffen sind. Diese unter einem Dach zu vereinen, damit sie besser koordiniert werden können, und damit eine Umsetzung von Strategien im Interesse des Landes verbessert realisiert werden kann. Damit ist eine moderne Beteiligungspolitik möglich, und das war und ist unser prioritäres Ziel bei der Gründung dieser Landesholding. Die steuerlichen Effekte sind für uns ein angenehmer Nebeneffekt, aber ich sage ganz offen, die strategische Frage einer öffentlichen Beteiligungspolitik ohne Einmischung in das operative, unmittelbare Geschäft ist für uns die Kernaufgabe, und das Kernziel dieser Gründung der Landesholding, und genau das waren auch die Ursachen dafür, dass der Landesrechnungshof eine derartige Ordnung der Landesbeteiligung unter einem Dach gefordert hat, was wir jetzt in diesem Sinn umsetzen.

Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen. Wir haben in diesem Haus schon mehrfach darüber diskutiert, ob es nicht Sinn machen würde, das war mitten in der Voest-Debatte, Sie können sich sicher erinnern, ob es nicht Sinn machen würde, öffentliche Beteiligungen auch an wichtigen Leitbetrieben zumindest zu diskutieren. Und ich glaube, diese Landesholding könnte und sollte sich genau in Richtung einer derartigen Beteiligungsgesellschaft weiterentwickeln. Wir haben damit genau das Forum, genau das Forum, um das zu verwirklichen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, der mir persönlich sehr, sehr wichtig ist. Wir haben alle miteinander, und ich war sechs Jahre Klubobmann der Grünen in diesem Haus, miterlebt, wie schwierig es ist, als Landtagsabgeordneter, als Landtagsabgeordnete die bestehenden Landesbeteiligungen tatsächlich von diesem Haus aus auch zu kontrollieren. Und ich habe zig Anfragen gehabt, und wir als Fraktion, wo uns dargelegt wurde, es ist keine direkte Fragemöglichkeit in ganz bestimmten Bereichen der Landesunternehmungen gegeben. Und genau das ist jetzt korrigiert, indem alle Regierungsfraktionen im Aufsichtsrat vertreten sind, in dem, und ich halte das demokratiepolitisch für wichtig, auch die FPÖ vertreten ist, und das Fragerecht und Kontrollrecht hat, besteht für dieses Haus die gesamte Kontrollmöglichkeit. Das heißt, wir schaffen erstmals eine breite politische und öffentliche Transparenz über die Vorgänge in dieser Landesholding, und auch das ist ein wichtiger, für mich ein sehr wichtiger Fortschritt. Der Landesrechnungshof hat die Errichtung einer Ordnung der Landesbeteiligungen in einer Hand gefordert. Wir haben das durchgesetzt und umgesetzt und der Landesrechnungshof prüft nach meinem Informationsstand derzeit auch diese Gründung, und ich begrüße das sehr. Denn das ist eine begleitende Kontrollarbeit, und ich sage für mich, wenn es da ganz konkrete Vorschläge gibt, Kritikpunkte gibt, dann werden wir uns das sehr, sehr genau anschauen und dem auch nachkommen.

Nächster Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie formulieren, dieser wichtige Schritt sei übereilt realisiert worden. Da muss ich Ihnen sagen, war ich bei etlichen Sitzungen im April, ich weiß jetzt das Datum nicht mehr genau, Mitte April, Anfang April des heurigen Jahres dabei, wo Ihnen alle Details vorgelegt wurden, wo Sie immer wieder eingeladen wurden, dazu Ihre Ideen einzubringen, Korrekturvorschläge einzubringen, und so weiter und so fort, das ist in den Details nicht passiert. Und, wichtiger Punkt, und ich halte es eigentlich für schade, dass wir in diesem Stil und bei dieser Angelegenheit die wichtige Frage, die der Kollege Kapeller tatsächlich bereits vor Monaten thematisiert hat, und das ist sehr zu begrüßen in diesem Haus, diskutieren, nämlich die Fragenbereiche der öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge. Ich halte das bei dem, was sich in ganz Europa abspielt, in Folge Globalisierung, in Folge Budgetdruck auf die Kommunen und so weiter und so fort, für eine extrem wichtige Angelegenheit. Und wenn dieser Aufsichtsrat die Aufgabe der strategischen Steuerung ernst nimmt, hat er genau diese Möglichkeiten in diesem Bereich. Öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge zu realisieren und zu verwirklichen. Und wie das auch gehen kann, dass es nicht nur, auch, aber nicht nur eine Frage der Besitzverhältnisse ist, haben wir alle miteinander im Juli diesen Jahres bewiesen, indem wir einstimmig in diesem Haus die Zukunftsstrategie Trinkwasser beschlossen haben, und die Kolleginnen und Kollegen, die in der Plattform direkt mitgearbeitet haben, eineinhalb Jahre hindurch, haben ganz genau diesen Punkt der Frage drohender Liberalisierungen in einem Kernbereich der Daseinsvorsorge diskutiert und auch fixiert. Und da haben wir ja gesehen, dass es ganz maßgeschneiderte Antworten geben kann auf Drohungen der Liberalisierung, und geben muss. Im Beispielsbereich der Trinkwassersicherung ist das ganz stark als ein Baustein die Frage einer sehr regionalen Struktur, die Aufrechterhaltung und Stärkung dieser regionalen Versorgungsstruktur, denn je dezentraler eine Trinkwasserversorgung strukturiert ist und gelenkt und geleitet wird, desto schwieriger ist ein Einstieg eines großen Multis, ein Ausverkauf oder Ähnliches. Das heißt, ich stimme dem zu, dass wir uns grundsätzlich überlegen müssen wie die Antworten der öffentlichen Hand auf die Daseinsvorsorge und die Umsetzung dieser öffentlichen Verantwortung ausschauen müssen und da haben wir, und da gebe ich manchem Vorredner durchaus Recht, Zeitdruck. Zeitdruck, weil der Druck, der in Richtung Liberalisierung geht, ein sehr rascher und intensiver ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedaure es wirklich sehr, wie diese öffentliche Debatte seitens der SPÖ geführt wurde, denn da ist viel, viel Verunsicherung verwirklicht worden. Das ist aus meiner Sicht Politik mit Ängsten, mit Sorgen. Und ich halte das für nicht verantwortbar, diese Politik mit Ängsten und Sorgen der Bevölkerung zu machen aus parteipolitischen Gründen. Ich glaube nicht, dass das politisch verantwortbar ist, dass das seriös ist. Es geht um 13.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Aufsichtsrat geöffnet wird für den Betriebsrat, damit hier auch für den Betriebsrat eine volle Transparenz und Kontrollmöglichkeit vorhanden ist. Und Herr Kollege Haider, es kann ja nicht sein, dass jetzt in diesem Konstrukt die Betriebsräte vertreten sind im Aufsichtsrat, weil der Konzernbetriebsrat noch nicht gegründet ist, aber wir haben diese Einladung ausgesprochen. Ich habe etliche Signale seitens der Gewerkschaft und von führenden Betriebsräten, dass diese Einladung, sich an diesem Aufsichtsrat zu beteiligen, angenommen wird. Und ich halte das dann für einen wichtigen Fortschritt, denn ohne Betriebsräte wäre es tatsächlich auf lange Sicht bzw. auch kurzfristig keine sinnvolle Konstruktion. (Beifall)

Wissen Sie, Politik mit Ängsten, vielleicht hat man da kurzfristig politischen Erfolg, vielleicht gewinnt man ein paar Umfragen, vielleicht gewinnt man auch Wahlen. Ich glaube, langfristig ist das keine seriöse und verantwortungsvolle Regierungspolitik. Und ich kann Ihnen sagen

aus grüner Sicht einen Ausverkauf wie etwa durch die SPÖ Burgenland oder Cross-Border-Leasing-Modelle wie durch die SPÖ Wien und durch die SPÖ Salzburg wird es mit Grünen dezidiert nicht geben. (Beifall)

Und schauen wir uns das doch an, wie machen das andere Bundesländer? Wie macht das zum Beispiel die SPÖ Niederösterreich? Die SPÖ Niederösterreich hat vor wenigen Monaten lautstark applaudierend der Gründung der niederösterreichischen Landesholding zugestimmt. (Unverständlicher Zwischenruf Landesrat Ackerl) Kollege Ackerl, ich will jetzt euren parteiinternen Disput nicht kommentieren. Das ist eure Angelegenheit, das solltet ihr für euch regeln.

Die SPÖ Salzburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat vor wenigen Wochen die Gründung einer BeteiligungsGesmbH. beschlossen, nichts anderes aus meiner Sicht. Die SPÖ Wien hat die Gründung der Wien-HoldingGesmbH. beschlossen und ich zeige Ihnen hier, wie viele Landesunternehmen von Wien in dieser Landesholding Wien versammelt sind. Da geht es quer durch strategische Beteiligungsnotwendigkeiten und Beteiligungsformen. Und wissen Sie, von wann diese Gründung dieser Landesholding Wien stammt? Sie stammt aus dem Jahr 1974. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Gescheite Leute diese Wiener!") Kollege Ackerl sagt, gescheite Leute die Wiener. O.k. wir machen es 31 Jahre später gebe ich zu. (Unverständliche Zwischenrufe) Und wenn Sie das eine kritisieren, dass eine Landesholding die Türöffnung für den Ausverkauf ist und gleichzeitig 31 Jahre diese Landesholding in Wien funktioniert, dann glaube ich, ist das auch keine seriöse Bewertung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in ganz Österreich in allen Bundesländern die Landesholdings begrüßt werden und dasselbe in Oberösterreich verteufelt wird, gibt es für mich nur zwei Möglichkeiten, entweder Burgstaller, Häupl, Niessl, Bodini, Voves, 1. September des heurigen Jahres hat er die Landesholding Steiermark gefordert. Das sind neoliberale Ausverkäufe. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Dobusch!") Das ist die eine Möglichkeit, Bürgermeister Dobusch, neoliberaler Ausverkäufer oder Sie machen populistische Politik. Die zwei Möglichkeiten gibt es, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "..... das gibt es nur in Oberösterreich, das gibt es in anderen Bundesländern nicht!") Herr Kollege Haider, das glauben Sie doch selbst nicht was Sie da sagen. Manchmal warte ich ja darauf, dass Sie zu lächeln beginnen, weil sehr ernsthaft war dieser Zwischenruf jetzt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ. Ich richte am Schluss einen Appell an Sie, geben Sie sich einen Ruck, nehmen Sie eine landespolitische Verantwortung wahr, riskieren Sie nicht mögliche Millionenverluste, in dem Sie die Einbringung der Energie AG in diese Konstruktion verhindern, machen Sie eine verantwortungsvolle Regierungsarbeit und nicht Populismus und Opposition um jeden Preis. (Beifall. Zwischenruf links: "Jawohl Herr Lehrer!")

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Strugl das Wort.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum braucht Oberösterreich eine Landesholding? Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider ist darauf eingegangen. Ich möchte es auch tun. Erstens einmal, es gibt eine klare Rechnungshofempfehlung dazu und es gibt im Wesentlichen zwei Hauptargumente. Das eine ist generell das Beteiligungsmanagement des Landes und die strategische Ausrichtung und das andere ist ein finanzpolitisches Argument, das sind insbesondere die Steuervorteile, die aus der Gruppenbesteuerung lukrierbar sind.

Der Direktor des Rechnungshofes Helmut Brückner hat sich in einem Interview mit einer Tageszeitung in der Form dazu geäußert, dass er zu seiner eigenen Anregung kommentiert hat, die Landesholding ist von der Organisationsform her eine taugliche Variante. Also er hat das auch aus seiner fachlichen Sicht positiv beurteilt. Das unterscheidet sich jetzt von Ihrer Sicht der Dinge, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, aber es ist halt, wie gesagt, die Sicht des Landesrechnungshofes, die Sicht des Fachmannes. Er hat natürlich auch dazugesagt und damit bin ich beim zweiten Argument, dass der Steuervorteil natürlich dann interessant ist, wenn man die Energie AG miteinbringen würde. Das liegt an der Zustimmung der SPÖ. Es liegt an Ihnen, ob Sie es dem Land Oberösterreich ermöglichen, dass es einen finanziellen Vorteil erhält aus diesem Titel oder eben auch nicht.

Nach dem wir nicht die einzigen sind, die eine derartige Überlegung angestellt haben, kann es so falsch nicht sein. Der Rechnungshof sagt, es ist tauglich, die anderen Ländern inklusive auch andere Gebietskörperschaften sehen das so. Der Herr Landesrat Anschöber hat das angesprochen und im Übrigen sind es nicht nur SPÖ-Organisationen, die ihren eigenen Untergang beschließen wollen, die dafür gestimmt haben. Herr Landesrat Ackerl, die Wiener werden ja wohl wahrscheinlich nicht in diese Kategorie zählen für Sie oder die Salzburger. Aber es gibt wohl (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Theoretisch!") naja, es gibt wohl offensichtlich doch sehr gute Argumente für eine solche Konstruktion. Und wenn man das nicht parteipolitisch betrachtet, dann müsste man, wenn man jetzt das anschaut, eigentlich sagen, man muss dafür sein. (Zwischenruf links: "Dagegen!") Die SPÖ ist es trotzdem nicht im Gegensatz zu den anderen Parteien hier im Land.

Und ich möchte daher jetzt die umgekehrte Frage stellen. Warum denn nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ? Ich habe heute in der Früh noch gelesen in der Zeitung, dass Klubobmann Frais gesagt hat, da geht es um das Prinzip. Also welches Prinzip ist das, das hier gemeint ist? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Steht eh dabei, zitiere es dazu!") Ich meine, ja, aber meiner Meinung nach ist das ein falsches Argument, das hier angewendet wird. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das ist wieder etwas anderes. Das ist ganz etwas anderes. Das ist nicht verfälscht!") Ich zitiere es ja eh vollständig. Karl, du brauchst dich nicht aufzuregen. Im Gegensatz zu dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider möchte ich das ganze Zitat sagen, aber ich komme noch darauf zurück.

Also ich interpretiere das anders. Für mich sieht das so aus, dass es Ihnen darum geht, dass Sie haben wollen, dass grundsätzlich ohne die SPÖ in diesem Landtag nichts mehr zu beschließen ist. Daher muss überall eine Zweidrittelmehrheit vorgesehen werden. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Das stimmt überhaupt nicht!") Dass, meine Damen und Herren, ja es freut mich, dass Sie das auch noch bestätigen, Herr Landesrat Ackerl, denn damit (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Stimmt überhaupt nicht!") a, es stimmt nicht. Ich habe geglaubt, Sie geben mir jetzt Recht. Aber ehrlich gesagt, das kann es auch nicht sein, das ist doch ein politischer Justamentstandpunkt, der dem Land Oberösterreich in Wirklichkeit sehr teuer kommt. Denn Sie wissen selbstverständlich schon, dass die Rechte des Landtags dadurch nicht verändert werden. Sie wissen selbstverständlich schon, dass die Rechnungshofkontrolle dadurch nicht verändert wird. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Wieso kommt es Oberösterreich teuer, wenn die Energie AG alleine genau dasselbe Steuerprinzip verfolgt. Es kommt genau dasselbe Ergebnis heraus, ohne dass die beiden Landesbeamten auf die Energie AG Einfluss nehmen können. Warum soll das Land Schaden erleiden, wenn die Energie AG alleine genau dasselbe macht?") Das kann ich Ihnen erklären, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, und wenn Sie sich genau erkundigt hätten, dann wüssten Sie es heute auch.

Natürlich haben Unternehmen wie die Energie AG oder die Hypo die Möglichkeit in ihren Gruppen, wo sie in verschiedenen Konstruktionen entweder durch Töchter oder andere Beteiligungen sind, Gruppensteuervorteile zu lukrieren. Das tun sie auch. Aber Sie sollten wissen, dass dann noch ein Volumen übrig bleibt, das eben dann nicht mehr abgeschöpft werden kann und davon reden wir. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Die Energie AG nicht!") Und selbstverständlich und dann würde ich Sie bitten, wir haben Ihnen das ja angeboten bei den entsprechenden Fachleuten nachzulesen. Das wurde durchgerechnet und es bleiben über 3,3 Millionen im nächsten Jahr, 4,9 Millionen in Euro gehalten im übernächsten Jahr, was nicht durch diese Gruppen abgeschöpft werden kann und was das Land durch eine Holding lukrieren kann. Und wenn Sie der nicht zustimmen, dann verlieren wir dieses Geld, und wenn Sie sich erkundigt hätten, dann wüssten Sie das heute. Und das ist ja so bedauerlich, ehrlich gesagt. (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Es gibt da noch immer den Steuervorteil der Unternehmen als Vorteil des Landes!") Nein, es gibt einen darüber hinaus wachsenden Vorteil. Ich sage es Ihnen noch einmal. Es ist so. (Unverständlicher Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider) Nein. Sie können aber gerne bei den, auch wenn es Ihnen jetzt nicht in die Argumentation hineinpasst, haben Sie jetzt leider nicht Recht. Und daher verstehen wir einfach nicht, warum Sie diesen Vorteil preisgeben.

Und ein zweites Argument von der SPÖ. (Zwischenruf Abg. Schenner: "...Zweidrittelmehrheit!") Das ist auch ein guter Einwand Herr Kollege Schenner. Ich bin dir sehr dankbar dafür. Es gibt eine Unternehmung, wo die Zweidrittelmehrheit bereits festgeschrieben ist in der Landesverfassung. Das ist zufällig genau das Unternehmen, das uns in die Lage versetzen würde, ein richtig ordentliches Volumen zu lukrieren und da sagt die SPÖ trotz Zweidrittelmehrheit Nein. Bitte erklären Sie mir das. Das versteht nicht nur da herinnen niemand, sondern eigentlich keiner. Und das ist eigentlich sehr bedauerlich. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Das ist ein totaler Widerspruch!")

Meine Damen und Herren! (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Fragt den Energie AG-Vorstand, ob er der Landesholding zustimmt!") Das haben wir ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ein anderes, ausgesprochen wirklich skurriles Argument: Sie plädieren ernsthaft dafür, man soll auf Steuervorteile für das Land verzichten, dadurch die Einnahmen des Finanzministers erhöhen, um im Wege des Finanzausgleiches einen Teil dieser Mehreinnahmen wieder zu bekommen. Meine Damen und Herren von der SPÖ, wo haben Sie denn Ihren wirtschaftspolitischen Hausverstand gelassen? Das ist doch völlig absurd, das würde weder ein Arbeitnehmer noch ein Unternehmer machen. Dann müsste man denen ja sagen, macht keine Arbeitnehmerveranlagung, weil es gut ist, wenn der Finanzminister mehr einnimmt, weil dann haben wir mehr Geld zur Verfügung, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Das hat jetzt der deutsche Steuerprüfer der Merkl vorgeschlagen!") beispielsweise für die Daseinsvorsorge. Aber das kann doch nicht ihr Ernst sein, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Alle Bundesländer machen das, erhöhen damit den finanziellen Spielraum des Landes. Und Sie sagen, wir machen das nicht, wir wollen, dass wir mehr Steuern zahlen, vielleicht kriegen wir etwas davon wieder zurück. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Das habe ich nicht gesagt!") Aber sinngemäß meinen Sie das damit. (Beifall) Das ist doch verrückt. (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "...Ich habe Ihnen gesagt, die Energie AG wird den Steuervorteil auch alleine nützen können!") Aber nicht zur Gänze, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (Unverständlicher Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider) Sie sagen, (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Fünf Euro nach Wien und einen zurück!") der Finanzminister soll mehr von uns bekommen

und (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Das war die Aussage!") dann hoffen Sie, dass wir einen Teil davon zurückbekommen. Da sind Sie ein schlechter Kaufmann, darf ich Ihnen sagen. Und es ist kein gutes Geschäft für Oberösterreich. Also das kann man, glaube ich, weder dem Bürger noch dem Land Oberösterreich zumuten.

Und noch ein Wort, weil Sie gesagt haben, die beiden Landesbeamten sind offensichtlich Ihrer Meinung nicht in der Lage (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Doch, sind tüchtig, habe ich gesagt!") ja haben Sie gesagt, aber nicht in der Lage ein strategisches Beteiligungsmanagement von Seiten des Landes Oberösterreich zu führen. Also um das klar zu stellen, es geht nicht um operative Strategien der Einzelunternehmer, es geht weder um die Strategie der Energie AG, noch um die Strategie der Hypo, noch um die operative Strategie der Fachhochschulen, davon hat kein Mensch geredet, übrigens auch nicht der Rechnungshof. Wenn Sie das so darstellen, dann ist das eine Verdrehung der Tatsachen. Es geht um das Beteiligungsmanagement des Landes und das trauen wir diesen beiden Beamten auf jedem Fall zu. Und daher glaube ich, ist das, so wie auch der Herr Rechnungshofsdirektor gesagt hat, jedenfalls eine taugliche Konstruktion. Was die SPÖ hier macht und das verurteile ich, sie versucht einmal mehr den Leuten einzureden, dass es darum geht, wichtige Grundlagen letztlich auch in der Daseinsvorsorge zu gefährden. Sie sagen: Ausverkauf, Verscherbeln und so weiter.

In einer Presseaussendung neulich haben Sie gesagt, wir sollten aus dem Voest-Verkauf lernen. Ja, wir können aus dem Voest-Verkauf schon was lernen, nämlich dass es in diesem Fall eine richtige Strategie gewesen ist. Sie haben gesagt, es bringt keine Arbeitsplätze, insgesamt bei der Landesholding, es bringt keine Arbeitsplätze in dem Sinn in der Verwaltung. Da haben Sie Recht, aber wenn wir den finanziellen Spielraum des Landes dadurch vergrößern, können wir regionalpolitische Akzente setzen. Und das haben wir auch schon x-mal nachgewiesen, dass hier auch lokale und regionale Effekte entstehen. Das wurde uns auch bestätigt von den entsprechenden Wirtschaftsforschern. Und daher verstehe ich hier Ihre Argumentation nicht. Ihnen geht es ganz einfach ums Angstmachen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Im Gegenteil!") Und jetzt ist es auch noch so, dass uns das eine Stange Geld kostet. Das ist bedauerlich, meine Damen und Herren. Das glaube ich, ist auch nicht gut für Oberösterreich. Man kann das oder man kann es sich nicht so einfach machen.

Und ich habe es schon einmal gesagt, die Landesholding ist wirklich der schlagende Beweis dafür, dass die SPÖ auch dann, wenn ein Schaden für das Land entsteht, bereit ist, die Parteiinteressen vor die Landesinteressen zu stellen. (Zwischenruf links: "Das ist eine Frechheit!" Unverständliche Zwischenrufe) Das ist keine Frechheit, das ist meine politische Bewertung und ich kann das auch belegen mit Ihrem Verhalten in diesem Haus, meine Damen und Herren. (Beifall) Ich möchte Ihnen, um das zu untermauern, zwei Zitate vorlesen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Frau Präsidentin, ich ersuche bitte um Unterbrechung für eine Klubobmännersitzung!") Zweite Präsidentin: Selbstverständlich. Herr Klubobmann unser Gebrauch, unsere Gepflogenheit ist so, dass so bald ein Klubobmann unterbricht, eine Unterbrechung stattfindet. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen und ich werde dann die Sitzung unterbrechen lassen. Unverständliche Zwischenrufe)

Frau Präsidentin, wenn das so gewünscht ist, dann werde ich zum Schluss kommen mit zwei Zitaten, mit denen ich noch einmal nachweisen möchte die Widersprüchlichkeit in der SPÖ-Vorgangsweise. Wir sagen Ja zur Holding, wenn der Schutz vor Ausverkäufen garantiert ist. Erich Haider am 9. August 2005. Bei der Energie AG ist das so und trotzdem stimmen Sie dagegen. Und das Zweite: Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, sondern wir wollen, dass

für Verkäufe eine Zweidrittelmehrheit im Landtag nötig ist. Ist bei der Energie AG gegeben und trotzdem stimmen Sie dagegen. Das, meine Damen und Herren, ist widersprüchlich, das, meine Damen und Herren, ist auch eine Politik, die wir ablehnen. Dazu stehe ich auch und deswegen bin ich auch enttäuscht, dass die SPÖ trotz der Argumente, die auf dem Tisch liegen, die nicht nur wir teilen, dass sie trotzdem dagegen stimmt, obwohl klar ist, dass das Land einen Nachteil dadurch hat. (Beifall)

(Unterbrechung der Sitzung: 12.20 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.21 Uhr)

Zweite Präsidentin: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte Herrn Klubobmann Strugl um seine Wortmeldung.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine unterbrochene Rede fortsetzen. Wir haben uns in der Klubobmännerkonferenz auch auf eine Vorgangsweise verständigt. Ich möchte aber auf das auch eingehen, weil es mir wichtig ist an dieser Stelle. Ich wurde kritisiert von der SPÖ, weil ich gesagt habe, und es wurde das Protokoll auch entsprechend uns zur Verfügung gestellt, „die Landesholding ist wirklich der schlagende Beweis dafür, dass die SPÖ, auch dann, wenn ein Schaden für das Land entsteht, bereit ist, die Parteiinteressen vor die Landesinteressen zu stellen“. Das war meine Aussage. Daraufhin gab es einen Zwischenruf von Seite der SPÖ: „Das ist eine Frechheit!“ Und dann habe ich gesagt, das ist keine Frechheit, das ist meine politische Bewertung und ich kann das auch belegen mit Ihrem Verhalten hier im Haus. Und das war sozusagen, wenn Sie so wollen, die inkriminierte Passage.

Ich möchte zwei Dinge dazu sagen: Erstens halte ich diese Kritik in vollem Umfang aufrecht, weil ich der Meinung bin, dass, obwohl wir wissen, und es ist belegt, dass durch die Tatsache, dass die Energie AG nicht in diese Landesholding eingebracht wird, das Land einen Steuervorteil verliert. Das ist unbestreitbar. Daher entsteht hier ein Schaden für das Land. Und ich habe zwei Zitate auch zur Untermauerung nochmals angeführt, beide von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, beide stammen aus dem letzten Monat, eines am 9. und eines am 12. August, wo er sagt, wir sind dann dafür, wenn der Schutz vor Ausverkauf durch die Zweidrittelmehrheit gewährleistet ist. Und dieser Schutz ist bei der Energie AG vorhanden. Und diesen Widerspruch wollte ich aufzeigen, und daher nehme ich auch diese Kritik nicht zurück.

Das Zweite: Mir persönlich tut es als Klubobmann sehr leid, dass man eine Möglichkeit, die wir einvernehmlich uns gegeben haben, nämlich in gravierenden Fällen durch eine Fraktion die Unterbrechung der Sitzung zu verlangen, dass das in dieser Form angewendet wurde. Warum? Für mich ist das eine Ultima Ratio, nämlich dann, wenn wirklich ein derart gravierender Vorfall eintritt, wo man sagt, das möchten wir jetzt gemeinsam in der Obmännerkonferenz besprechen. Ich habe eine politische Kritik hier formuliert, eine politische Bewertung vorgenommen. Ich habe niemanden persönlich beleidigt oder herabgesetzt, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „So ist es!“) sondern ich habe ein politisches Verhalten kritisiert, und das muss einem Abgeordneten in diesem Haus erlaubt sein. Und wenn man dann sozusagen dem Abgeordneten mehr oder weniger das Wort dadurch entzieht, indem man die Sitzung unterbricht und ich auch die Möglichkeit nicht habe, meine Rede zu beenden, dann bedauere ich das sehr. Denn das gehörte eigentlich nicht zu den Gepflogenheiten bisher. Zumindest hat man die Möglichkeit gehabt, zu Ende zu sprechen. So viel möchte ich dazu sagen. Das ist das, was mir persönlich leid tut, denn meiner Meinung nach hat die Dis

kussion vor allem eines gebracht, nämlich den Austausch von Argumenten. Da hat sowohl der Landeshauptmann-Stellvertreter Haider hart kritisiert, was wir hier machen, und das auch entsprechend politisch bewertet, ich habe dasselbe gemacht. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn das dazu führt, dass man Sitzungen unterbricht, dann könnte ich aus Sicht der ÖVP-Fraktion in jeder Landtagssitzung drei- bis viermal eine Unterbrechung verlangen, wenn eine politische Kritik, mit der ich nicht einverstanden bin, hier am Rednerpult formuliert wird. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann es nicht sein. Das wollte ich an dieser Stelle dazu sagen. (Beifall)

In der Sache selber möchte ich noch einmal einen Appell an die SPÖ richten, weil es wie gesagt in früheren Perioden möglich war, dann, wenn es wirklich um zentrale Interessen des Landes gegangen ist, dass man wirklich an einem Strang zieht und wie gesagt auch die Parteiargumente hintanstellt. Heute ist es so, dass drei Fraktionen in diesem Haus der Landesholding zustimmen werden in Form einer Ermächtigung, dass die Einbringung der Energie AG in dieses Konstrukt nur mit den Stimmen der SPÖ möglich ist, und ich wiederhole noch einmal, wenn wir die Energie AG einbringen können, wird der Steuervorteil des Landes ein anderer, ein größerer sein. Das ist das Interesse des Landes. Ich appelliere noch einmal an die Adresse der SPÖ, das zu bedenken in ihrem Stimmverhalten.

Wir haben vereinbart, dass der Kollege Frais sich gleich nach mir meldet zu einer tatsächlichen Berichtigung, um seinen Standpunkt zu formulieren, auch als politische Gegenthese sozusagen, das ist für mich auch völlig korrekt, und das hätte eigentlich auch an dieser Stelle von ungefähr einer Stunde oder eineinviertel auch genügt. Danke sehr. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist gemeldet Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute der Kollege Strugl meiner Partei nach einer längeren Diskussion unterstellt, dass wir etwas zum Schaden Oberösterreichs aus parteipolitischen Interessen heraus machen, dann war dies, und zu dem stehe ich, Kollege Strugl, eindeutig zu tief gegriffen, eine Vorgehensweise, wie man wirklich nicht miteinander umgeht, ein Begriff, den wir bisher in der Form nicht gehabt haben. Wenn du in die Geschichte gegriffen hast, dann möchte ich schon dazu auch sagen, dass es bislang möglich war, immer dort Kompromisse zu finden, wo man gewusst hat, man kann sich auch miteinander finden. Nur bei der bisherigen Vorgangsweise bei der Landesholding, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gilt es jetzt richtig zu stellen: Der Herr Landeshauptmann ist Zeuge, auch wenn er gesagt hat, wie hätten uns nicht gerührt. Bei der ersten Sitzung habe ich bereits gesagt, wir brauchen eine Absicherung, denn so, wie es in der Gesellschaftserklärung drinnen steht, ist es nicht denkbar, denn da steht „An- und Verkauf von Landesbeteiligungen“ drinnen. Da haben wir gesagt, wir brauchen eine Zweidrittelabsicherung vom Landtag. Das war dein Punkt, wo du gesagt hast, kommt für dich nicht in Frage.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute zwei Anträge eingebracht, wo wir, wenn schon die zwei Drittel nicht so generell akzeptiert sind, über die Daseinsvorsorge eine Vernunftdiskussion führen, wo wir gesagt haben, es soll doch bitte so sein, dass das, was der Obsorge dient, etwas völlig anderes als eine wirtschaftliche Interessensverfolgung darstellt, auch diese beiden Anträge sind kategorisch ohne Dringlichkeit oder deren Dringlichkeit abgewiesen worden. Dringlich hätten sie heute behandelt werden müssen. In der nächsten Ausschusssrunde ist es bestenfalls, Kollege Trübswasser, ein Bekenntnis, dass

man eh darüber gesprochen hat. Mehr ist es nicht. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: „Daseinsvorsorge wird uns noch länger beschäftigen!“)

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Zweidrittelmehrheit eine sehr sehr einfache und ehrliche Formel in den Raum gestellt. Wenn der Herr Landeshauptmann und der Kollege Strugl mehrfach erklären, dass ohnedies überhaupt nichts verkauft wird, und wenn sie dazu stehen, die beiden, dann wäre es ein Einfaches gewesen, im Sinne von Landesinteressenswahrung, ohne irgend jemanden einen Schaden vorwerfen zu müssen, zur Wahrung der Interessen des Landes dieser Zweidrittelabsicherung gegen Ausverkäufe zuzustimmen. (Beifall) Denn eines, Kollege Strugl und Herr Landeshauptmann, ist schon eine Tatsache: Für einen Kompromiss sind immer zwei notwendig. Und wenn die einen sagen, meine hundert Prozent stehen, da wird nicht mehr daran gefeilt, und der andere bemüht sich dreimal darum, einen Kompromiss herbei zu bringen, aber ich werfe ihm dann trotzdem vor, dass er einen Schaden produzieren wird, dann muss ich jetzt wirklich sagen, bitte, geht in euch, denkt nach, es geht nicht um uns, sondern ein Kompromiss wäre bei euch besser und leichter möglich gewesen. (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Jetzt möchte ich wissen, was er jetzt berichtigt hat!“)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Nach dieser kurzen tatsächlichen Berichtigung fahren wir in der Tagesordnung fort mit den Wortmeldungen. Was mich bei der Diskussion heute wirklich so eigenartig berührt, das ist wirklich die Diskussion um den zweiten Antrag, der heute steht, die Einbringung der Energie AG, wo der Rechnungshof klar und deutlich sagt, dass die Energie AG natürlich finanziell sondern auch strategische Vorteile bringt in einer Gesamtholding, und dass wir heute quasi dabei sind, zwei Holdings zu gründen. Im Übrigen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, der Rechnungshof hat die Holding, zumindest der Rechnungshofpräsident, die Holding als durchaus taugliche Variante von einer Organisationsform genannt. Er hat, glaube ich, damit ausgedrückt, was die Aufgabe des Rechnungshofes ist, ex post zu prüfen. Das heißt, den Rechnungshof quasi in die Entstehung einzubinden hieße, ja ihm nachträglich die Kontrolle auch zu erschweren wenn nicht sogar unmöglich zu machen.

Ich möchte nach den letzten Wochen, wo Ausdrücke gefallen sind wie Ausverkauf von Krankenhäusern, Verkaufsplattform, Grüne gefährden Daseinsvorsorge, das ist eine Unterstellung Karl Frais, die über das, was Kollege Strugl, und ich bin einer, der Kraftausdrücke nach Möglichkeit hier vermeidet, weil es nicht der Platz ist dafür, aber Gründe gefährden Daseinsvorsorge ist natürlich schon eine heftige Geschichte. Oder Landesspitäler und Tassilo Therme vor Ausverkaufskurs. Das sind nur einige Auszüge aus der letzten Zeit. Da ist es natürlich schwierig, von einer Sachdiskussion zu reden. Ich möchte aber dennoch die insgesamt acht Punkte, um die ich Sie ersuche, zuzuhören, die acht Punkte nennen, die für uns maßgebend sind und waren bei der Errichtung dieser Landesholding:

Grundsätzlich als ersten Punkt, die Gesamtbeteiligungsstrategie über eine Holding, ist eine langjährige Forderung der Grünen.

Punkt zwei: Es geht hier nicht nur um Lukrierung von Steuervorteilen, die sind auf Grund einer momentanen Situation der Steuergesetzgebung vorhanden, uns geht es um die Gesamtbeteiligungsstrategie, nämlich dass wir im strukturellem Bereich die politische Verantwortung wahrnehmen, in der Zielrichtung, in der Ausrichtung der Gesellschaften, aber im operativen Bereich die Politik draußen lassen. Das ist ein Grundsatz, den wir nicht nur hier, sondern immer vertreten haben.

Drittens, und ich stelle eindeutig fest, die Landesholding ist keine Privatisierung. Es wird an den Eigentumsverhältnissen der beteiligten Unternehmen an der Landesholding kein Jota geändert.

Viertens: Das Modell folgt dem Grundsatz der Grünen, dass sich die öffentliche Hand aus dem operativen Geschäft zurückziehen soll. Kollege Anschöber hat das schon genannt.

Fünftens: Wir sind voll dabei, dass die Rechte der Betriebsräte in den Aufsichtsräten wahrgenommen werden. Wir haben mehrfach erklärt, und stehen da in Übereinstimmung mit dem Finanzreferenten, dass selbstverständlich ein Konzernbetriebsrat auch in den Aufsichtsrat kommen würde. Jetzt ist die Arbeitnehmervertretung am Zug. Eine Vermischung, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, mit der Theater und Brucknerhaus AG ist eine jener Ungenauigkeiten, die wir in der letzten Zeit so oft gehört haben. Sie wissen ganz genau, dass wir uns hier auf Bundesrecht berufen müssen. Sie wissen ganz genau, dass das Gesetz auf Bundesebene nicht von uns, sondern von einer SPÖ-dominierten Regierung seinerzeit gemacht wurde. Und Sie wissen ganz genau, dass wir uns bemühen um eine Änderung, dass so bald als möglich der Betriebsrat in den Aufsichtsrat dieser Theater AG einziehen kann. Das wissen Sie. Und wider besseren Wissens haben Sie vermischt eine noch nicht gegründete AG mit einem noch nicht gegründeten Betriebsrat, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die Grünen oder die ÖVP wären arbeitnehmerfeindlich und drängen die Arbeitnehmervertretungen aus den Aufsichtsräten zurück. Das ist einfach nicht die Wahrheit.

Sechstens: Die Holding bietet, nachdem was wir in Erfahrung gebracht haben mit den Beratern und Beraterinnen, mit denen wir uns ausgetauscht haben, volle Transparenz, vor allem für den Landtag. Was bisher nur über Umwege zu erfragen war, ist jetzt direkt über den Aufsichtsrat zu erfragen.

Siebtens: Gruppenbesteuerung. Die Gruppenbesteuerung ist etwas, was wir auf Bundesebene abgelehnt haben. Das ist richtig. Aus verschiedenen Gründen. Vor allem auch wegen der Auslandsbeteiligungen, die dann ihre Verluste nach Österreich schieben können. Aber wir haben es in Oberösterreich mit Gesellschaften zu tun, die keine Auslandsverluste haben, die zu hundert Prozent oder zu einem Großteil im Landeseigentum stehen. Und wir können in Oberösterreich auf den Steuervorteil nicht verzichten. Und, Kolleginnen und Kollegen, wenn ich Sie alle einzeln frage, nehmen Sie nicht auch Steuervorteile insofern in Kauf, als Sie zum Beispiel Kosten, die Ihnen auf Grund Ihres Berufes erwachsen, auch abschreiben? Selbstverständlich nimmt jeder und jede von uns die Möglichkeiten, die das Steuerrecht bietet, in Anspruch. Auf der anderen Seite zu sagen, wir wollen als Land Oberösterreich Mittel, die sonst in den Bundeshaushalt fließen, nicht für das Land lukrieren, wäre wahrscheinlich ebenso skurril, als wenn jemand sagen würde, ich verzichte auf zum Beispiel meinen Pendlerfreibetrag, weil ich der Ansicht bin, der Staat braucht mehr Geld. Also bitte, wenn Sie mir das erklären, könnte ich Ihre Argumentation besser verstehen.

Was Stadtrat Mayr gesagt hat und was Kollege Frais zuletzt in seiner Abschlusspressekonferenz verdeutlicht hat, dass wir quasi Steuervorteile auf Kosten der Gemeinden machen, habe ich mir ausgerechnet, Kollege Frais. Bei einem Steuerersparnis von einer Million Euro, langfristig wird das ungefähr der Betrag sein, fallen ganze 45 Euro im Durchschnitt auf eine Gemeinde. Nämlich 0,04 Prozent dieses Steuervorteils. Und wenn ich davon ausgehe, dass das Land Oberösterreich kein Privatmensch ist, der das Geld mit einem teuren Urlaub oder einem teuren Auto auf den Kopf stellt, sondern dass es sich um öffentliche Mittel handelt, die der öffentlichen Hand wieder zugute kommen, mit denen das Land, so nehme ich an, auch Projekte in den Gemeinden realisieren wird, so sehe ich den Konnex zwischen dieser

Steuerersparnis, die nicht auf unserem Mist gewachsen ist, die nicht auf unserer Steuerinitiative beruht, aber die nun einmal vorhanden ist.

Und letztens, das habe ich eingangs schon gesagt, der immer zitierte Rechnungshof hat selbstverständlich mit Aufmerksamkeit die Entstehung dieser Holding verfolgt und das erste Urteil von Rechnungshofdirektor Brückner konnten wir in der Zeitung lesen. Wir sind froh, dass diese Holding weiter geprüft wird und wir werden das Ergebnis nach Vorliegen zur Kenntnis nehmen und uns danach richten.

Eines, was ich noch zumindest ansatzweise richtig stellen muss: Das ist die von Karl Frais behauptete Tatsache, diese Landesholding ist als Verkaufsplattform gegründet und er führt an, dass der An- und Verkauf von Beteiligungen das Unternehmensziel sei. Wenn er das behauptet, verschweigt er 12 weitere Unternehmensziele, die fein säuberlich aufgelistet sind. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Insbesondere der An- und Verkauf, Kollege Trübswasser!") Es stehen insgesamt 12 Unternehmensziele drinnen, die natürlich auch den Verkauf und Kauf von Immobilien oder Beteiligungen umfassen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Insbesondere An- und Verkauf!") Aber das ist nicht der Hauptzweck oder der alleinige Zweck, der versucht wird zu suggerieren dieser Gesellschaft, sondern gehört zu den Gesellschaftsaufgaben, zu den Gesellschaftsfeldern, die alle haben.

Zuletzt, Kolleginnen und Kollegen, komme ich noch zur Zweidrittelmehrheit. Die Zweidrittelmehrheit wird bekanntlich Verfassungsmehrheit genannt. Und die Verfassungsmehrheit ist einer jener Güter, die ermöglichen soll, dass eine Republik nicht nach einer Wahl zu Ende ist, sondern weiter geht und dass verschiedene demokratische Grundsätze Bestand haben über Regierungen hinaus. Wir beschäftigen uns aber mit einem Bereich, der im Rahmen des Budgets die Finanzverwaltung des Landes Oberösterreich betrifft und das machen auch die anderen Bundesländer.

Es gibt kein Bundesland, ob es nun eine Holding hat oder keine Holding hat, wo Eigentumsbeteiligungen, wo Zu- und Verkäufe einer Verfassungsmehrheit unterliegen. Es wäre ja wahrscheinlich absurd, so denken sich Bürgermeister Häupl oder andere, die Landesregierungen vorstehen, es wäre ja absurd, dass ich mir eine wirtschaftspolitische Maßnahme, eine Maßnahme, die gesellschaftsrechtlich notwendig wäre, wie der Verkauf von überflüssigen und nicht mehr benötigten Immobilien, dadurch blockieren lasse, dass ich eine Zweidrittelmehrheit darüber stülpe.

Kolleginnen und Kollegen! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass weder in Wien noch in Niederösterreich noch im Burgenland noch in Kärnten Landesholdings mit solcher Hypothek in die Welt gesetzt wurden. Und wenn ich mir ansehe, dass laufend Immobilien ge- und verkauft werden, dass laufend auch Finanzmaßnahmen gesetzt werden oder dass auch wahrscheinlich, hoffentlich sage ich, Beteiligungen geändert werden, wenn wir wo Partnerunternehmen bekommen, wie zum Beispiel für die Thermen, wo wir froh sein sollten, wenn es zu Partnergesellschaften kommen sollte, dass wir in jedem Fall die Zweidrittelmehrheit brauchen, ist absolut untragbar.

Verfassungsmehrheiten, Kolleginnen und Kollegen, werden auch sehr lange diskutiert, wie zum Beispiel im Bereich der Schulen, wenn man sie wieder los haben will. Die Zweidrittelmehrheit in den Schulgesetzen hat dazu geführt, dass jahrzehntelang ein Reformstau angewachsen ist und nach langen Bemühungen hat man heuer diese Zweidrittelmehrheit wegbekommen.

Und ich versuche jetzt so zu formulieren, Kollege Fraiss, ich versuche so zu formulieren, dass ich wirklich niemanden verletze. Aber es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass die SPÖ das Schutzschild für Entgleisungen oder Verkäufe, die nicht in deinem Sinn zum Beispiel stattfinden sollen, weil die SPÖ tatsächlich in anderen Bundesländern, mag sein, dass das eine andere ist, aber vielleicht denke ich ist es doch die selbe SPÖ, ob im Burgenland, in Wien oder in Salzburg, immer wieder an Geschäftsausweitungen denkt, an die nicht einmal die Grünen denken. Und ich halte hier ausdrücklich fest, dass es alle diese Schreckensszenarien, Verkauf von Spitälern, was immer das bedeutet, Verkauf der Tassilo Therme, dass die Landesholding eine Verkaufsplattform ist, mit den Grünen nicht geben wird. Und das hat es die letzten 40, 50 Jahre ohne Zweidrittelmehrheit nicht gegeben. Erst jetzt, wo die SPÖ nicht mehr ihre Regierungsverantwortung in der Form spürt wie früher, soll die Zweidrittelmehrheit kommen.

Mich wundert dieses Angebot, das heute gekommen ist, dass man zustimmen würde dieser grauslichen Holding, gäbe es diese taktische Zweidrittelmehrheit. Das hat mich schon sehr berührt, weil es gezeigt hat, dass nicht alleine sachliche Gründe zu dieser Ablehnung geführt haben. Und so habe ich etwas, was Michael Strugl vor mir gesagt hat, mit anderen Worten formuliert, um nicht Gefahr zu laufen, dass die Sitzung wieder unterbrochen wird.

Und Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns mit dieser Holding mit den Bundesländern Wien, Kärnten, Niederösterreich und wie auch in der Steiermark angestrebt, in sehr guter Gesellschaft. Wir werden dieser Konstruktion zustimmen und wir verwenden vom ersten Tag an alle unsere Anstrengungen, damit wir dieser Holding jene strategische Ausrichtung geben, die dem Land Oberösterreich gut tut, die diese Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik braucht. Ich danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir Freiheitlichen stimmen der Konstruktion der Holding zu. Wir ziehen etwas nach, was in anderen Ländern schon gang und gäbe ist. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Aber man übersieht etwas, was vielleicht auch demokratiepolitisch ganz bedeutend sein kann. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Regierungsmitgliedern. Erstmals und das freut mich schon, gibt es auch eine klare Haftung, erstmals gibt es nicht nur eine politische Haftung für die Regierungsmitglieder, sondern eine ganz klare ausjudizierte Haftung für Aufsichtsräte. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Auch für die mit beratender Stimme?") Nein für die nicht, nur für die Aufsichtsräte, die ein Stimmrecht haben. Da gibt es eine ganz klare Judikatur und das ist wunderbar für dieses Land, denn all jene die meinen, dass Politiker für ihre Entscheidungen auch zur Haftung herangezogen werden sollten und können, werden ab dem Zeitpunkt, wo die Regierung automatisch auch im Aufsichtsrat mit Sitz und Stimme entsprechende Verantwortung übernommen hat, auch zur Haftung gezogen werden können. Durchaus ein richtiger Schritt.

Es entscheiden letztlich die Gleichen darüber, wie die strategische Ausrichtung über unser Land und über unsere Landesunternehmungen erfolgen wird. Beteiligt durch die Finanzabteilung, die ja das bis jetzt auch macht, allerdings anders in der Regierung zugeordnet, ist es ja durchaus interessant. Und da verstehe ich ja die Sorge der SPÖ nicht, die jetzt mit 4 Aufsichtsräten, mit dem Aufsichtsratsvorsitzendenstellvertreter auch in dem einzigen Ausschuss, der gebildet wurde, vertreten ist. Und natürlich viel mehr Einfluss hat darüber, weil Aufsichtsräte und die Rechte der Aufsichtsräte ganz woanders geregelt sind und nicht eine

Konstruktion auch nachgebildet hätte werden können, dass also die Landesregierung mit Mehrheit beschließt, Eigentümerversorger ist der Landeshauptmann und sonst niemand. Auch das wäre eine Möglichkeit gewesen.

Also sehe ich mehr Transparenz, mehr Rechte, jedenfalls für die Regierungsmitglieder. Aber das interessiert mich an und für sich nicht so sehr. Mich interessiert ja, wie schaut es für den Landtag aus und wie sieht es aus für den Rechnungshof? Punkt eins: Der Rechnungshof prüft gerade jetzt diese Konstruktion und wird uns in wenigen Wochen seinen Bericht vorlegen. Ich gehe davon aus, dass weder der Rechnungshof noch der Landtag in irgendeiner Form in einem Recht beschnitten werden und wurden. Jedenfalls die jetzigen Prüfungen, die bis jetzt erfolgten Prüfungen, konnten keine Beschneidungen der Landtagsrechte orten. Sollte jedoch irgendwo etwas übersehen worden sein, dann wird es die Aufgabe dieses Landtages sein selbstverständlich nachzubessern und da sehe ich bei den Grünen Kopfnicken, dass keinesfalls ein Kontrollrecht schlechter wird.

Ich sehe aber umgekehrt einen Vorteil auch darin, denn Frau Mag. Licka und Dr. Widera, die ja jetzt in der Finanzabteilung mit der Geschäftsführung aber auch mit der Haftung einer Landesholding betraut werden und die Information an den Landtag, eben an die Aufsichtsräte und die Experten weiterzugeben haben, ermöglichen, dass man ganz andere Fragen stellen wird. Wie oft habe ich gefragt, dass man endlich ein Benchmarking verschiedener Gehaltssysteme machen soll. Ich werde sehr bald fragen, Herr Dr. Widera, Frau Mag. Licka, wie schaut es denn aus in den Tochtergesellschaften dieser einzelnen Unternehmen, sind die transparent, sind die vergleichbar, wie schaut es denn aus mit den jeweiligen Gehältern, passen die in unser System hinein? Also die Möglichkeit hatten wir bis heute nicht. Mehr Transparenz ist möglich. Ein Benchmarking in einzelnen Bereichen, etwa in der Einkaufspolitik, jedenfalls vergleichend ist zielführend und möglich und wird natürlich hinterfragt werden, weil es sehr wohl darum geht, das Steuergeld unserer Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher optimiert einzusetzen.

Und deshalb verstehe ich auch nicht, wenn bei der Energie AG der größte Sparerfolg und Steuervorteil erzielt werden würde, dass hier diese Zweidrittelkonstruktion dazu führt, dass der größte Steuerkuchen einfach nach Wien abfließt. Gott sei Dank haben wir kein europäisches Steuerrecht, denn sonst würde der Steuervorteil vielleicht nach Brüssel abfließen und wir würden uns ja beim Land wohl bedanken, wenn wir dann nicht so viel Gelder von Brüssel zurückbekommen. Ich glaube wir brauchen nur einmal die Ebene verschieben, dann wäre es uns sehr Recht, wenn wir mehr Geld im Land belassen würden, bevor wir es irgendwo durch eine Mischmaschine verteilt wieder, vielleicht, zurückbekommen würden.

Es geht um unsere Steuergelder in Oberösterreich und wir wissen alle miteinander, dass Oberösterreich Nettosteuerzahler im Bund ist. Das heißt, wenn wir einen Teil wieder zurücknehmen oder zurückhalten und in Oberösterreich behalten, dann ist es nur recht und billig und deswegen auch mein Appell an die SPÖ: Lassen Sie es zu, dass auch die Energie AG eingebracht wird, um den Steuervorteil zu maximieren!

Und ich kann mir nicht vorstellen, dass im Gruppensteuerrecht jene Experten die für das Land gearbeitet haben, samt Finanzabteilung, die uns erklärt haben, dass ab sofort 3 bis 4 Millionen, hochgerechnet auf 15 Jahre 20 Millionen, Steuervorteile erzielbar wären, irren. Streiten wir doch vortrefflich, wie wir das Geld für unsere Bürger, für die Mitmenschen einsetzen. Da können wir auch Meinungsunterschiede haben. Aber schauen wir doch, dass wir zuerst das Geld einmal im Land behalten und nicht das Land dadurch einen Nachteil erlei

det, dass wir letztlich um die Qualität zur Verfügung zu stellen, das aus der eigenen Kassa zu finanzieren haben.

Die Zweidrittelmehrheit ist ein Damoklesschwert. Warum geht es? Geht es hier darum, dass die SPÖ ihre Macht verteidigt als Partei, weil sie damit weiß, mit zwei Drittel geht nichts ohne sie? Ist das der wahre Grund? Oder will die SPÖ überhaupt, dass andere Regierungsformen und Konstellationen, die eine Großpartei, sei es einmal SPÖ, sei es ein anderes Mal die ÖVP nicht beteiligt, dann geht halt nichts mehr. Ja dann sagen Sie es doch, dass Sie für ein Mehrheitswahlrecht eintreten und die kleineren Fraktionen dann im Verhältnis natürlich untergehen werden und nicht mehr existent wären! Dann ist es ein anderes Wahlrecht, das Sie wollen, dann ist es ein anderes Wahlsystem das Sie wollen, dann gibt es nur zwei Parteien in Österreich, die also dann alleine die Verantwortung für dieses Land haben.

Aber so lange wir ein Verhältniswahlrecht haben muss es auch möglich sein, dass 51 Prozent Entscheidungen herbeiführen können. Man hat gesehen, was Zweidrittelmehrheiten auch bewirken können. Alle miteinander wissen wir, dass der Bundesrat, so wie er jetzt existent ist, eine Totgeburt ist, nichts politisch bewirken kann, abgeschafft werden kann, reduziert werden kann. Wie auch immer, weil eine Zweidrittelmehrheit bei der Verfassungsänderung notwendig gewesen wäre, gibt es nichts.

Und es gibt viele Beispiele. Wie lange dauert alleine hier in diesem Landtag schon die Diskussion, dass wir eine Reform der Geschäftsordnung zustande bringen, wo eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, um etwa eine dringliche Anfrage zur Verbesserung der Kontrolle zu bewirken. Ja das wären Bereiche, wo ich hoffen würde, dass sofort aufgemacht wird und endlich Lebendigkeit auch in diesen Landtag einziehen wird. Nein, es dauert lange, weil eben eine Zweidrittelmehrheit dafür notwendig ist.

Drehen wir es doch um! Sagen wir doch einfach Sitzungen aller Art, von Ausschusssitzungen bis Regierungssitzungen sind öffentlich, außer zwei Drittel sind dagegen, der Förderbericht ist öffentlich, außer zwei Drittel sind dagegen, Personalentscheidungen werden öffentlich, transparent dargestellt, außer zwei Drittel sind dagegen. Das wäre ein interessanter Einsatz von Zweidrittelmehrheiten. Ich glaube, das würde sehr viel bewegen.

Wenn man die Kontrollrechte steigern würde und sagt, alle miteinander haben direkten Zugriff, Einblicksrecht in die letzte Tochtergesellschaft im In- und Ausland, so wie ich es mir auch erwarte in den jeweiligen Berichten, so ist ja kein Nachteil zu erkennen, sondern ein riesiger Vorteil für uns alle. Und es wird eine gewaltige Herausforderung sein, für den Aufsichtsrat, sprich Landesregierung, mit Verantwortung und Haftung, für die Geschäftsführung mit Verantwortung und Haftung, weil dort wo GmbH-Recht und Aktienrecht greift, gibt es Rechtsentscheidungen, wie auch die Haftung zu greifen hat.

Für unser Land mag die Haftung wirklich eine gute Entscheidung sein und ich erwarte mir gute Lösungen für unsere Leitunternehmungen in Oberösterreich und ich hoffe, dass die SPÖ auch die Steuervorteile für Oberösterreich zulassen wird. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren des hohen Hauses, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuhörerrängen! Ich habe bereits bei der Berichterstattung darauf verwiesen, dass es in Wirklichkeit drei große

und wichtige Ziele gibt die wir anstreben, wenn wir die Landesholding dem Oberösterreichischen Landtag vorschlagen.

Erstens, weil wir im Besitz von 30 Beteiligungen sind, die grundverschieden sind von ihrer Größenordnung, von ihrer Bedeutung und weil nicht zu Unrecht der Rechnungshof sagt, ihr braucht eine intensivere Beteiligungsstrategie, Beteiligungsbewirtschaftung. Und weil ein gemeinsames Dach mit einem gemeinsamen Holdingaufsichtsrat und einer Holdinggeschäftsführung aus unserer Sicht am ehesten dafür geeignet sind, diese strategische Entwicklung unserer Beteiligungen zu bewirtschaften.

Zum Zweiten, weil Gruppenbesteuerung möglich ist und ich bestreite überhaupt nicht, dass es auch andere Möglichkeiten der Nutzung des Steuervorteils gibt. Aber all unsere Berechnungen haben ergeben, dass die maximale Nutzung eben diese Landesholding darstellt. Selbstverständlich kann momentan die Energie AG mit einigen Töchtern auch eine Gruppenbesteuerung machen. Aber ich hoffe schon, dass unter dem Dach der Energie AG nicht dauerhaft Verlustbetriebe sind und ohne die kann dauerhaft keine Gruppenbesteuerung stattfinden.

Und Sie wissen ganz genau, dass mit dem WAG-Kauf die Landeshypo auch nur eine bestimmte Zeit ein Gruppenbesteuerungsmodell realisieren kann. Und Sie wissen auch, dass in Summe unterm Strich, auch wenn die Differenz nicht riesengroß ist, aber die Landesholding den bestmöglichen Ertrag für das Land sichert.

Und vergessen Sie bitte nicht auf das dritte Ziel! Auch das dritte Ziel ist von entscheidender Bedeutung. Nämlich die Formung von Betrieben und Zusammenführung von Betrieben und Vernetzung von Betrieben in Branchenholdings, die gleiche oder ähnliche Unternehmenszwecke verfolgen. Dort gibt es große Möglichkeiten der Nutzung der Synergien, der Zusammenarbeit des Marketings bis zur Buchhaltung, dort gibt es große Chancen auch Synergien zu nützen und Kosten zu senken. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Drei wirklich wichtige Ziele und Sie können mir als Finanzreferent glauben, dass ich mir die Dinge, die ich der Landesregierung und dem Landtag vorschlage, schon sehr genau anschau.

Und meine Damen und Herren! Wenn mich etwas wirklich gestört hat in den letzten Wochen der Diskussion und auch bei der heutigen Diskussion, dann ist es einfach der unbegründete Vorschlag, dass wir ausverkaufen, dass wir eine Ausverkaufsholding bilden, dass wir Familiensilber verkaufen, dass wir verscherbeln, hat es einmal in einem Interview geheißen. Meine Damen und Herren, so wahr ich hier stehe als Landeshauptmann und Finanzreferent, in diesem Land wird nicht verscherbelt und nicht ausverkauft. Da wird nachgedacht, wie man verantwortungsvoll mit dem Eigentum des Landes umgeht. (Beifall)

Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Und ich verstehe überhaupt nicht das Misstrauen, das die Sozialdemokraten dieser Lösung entgegenbringen. Ich verstehe es aus mehreren Gründen nicht. Ich stelle Ihnen gerne zur Verfügung die letzten zehn Jahre an Beschlüssen, was vom Land Oberösterreich privatisiert oder verkauft wurde. Nicht ein einziger Beschluss, nicht ein einziger Beschluss ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten in diesem Haus. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieso dieses Misstrauen? In diesem Hause - (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Das war ja die Zweidrittelmehrheit! Die gemeinsamen Beschlüsse waren mehr als Zweidrittelmehrheit!") Nein, Herr Kollege Haider, wir hätten in der letzten Periode mit den Freiheitlichen gemein

sam ohne weiters Mehrheiten finden können, wir hätten mit den Grünen zusammen ohne weiters Mehrheiten finden können, denn 25 plus 4 ist 29 und 25 plus 12 in der letzten Periode gibt eine ausreichende Mehrheit, um Verkäufe zu tätigen. Wir haben das nicht getan, nicht bei der Ferngas, nicht bei der Hypo-Bank, nicht beim Landes-Abfallunternehmen, nicht bei der Österreichischen Donaulager AG, nicht bei der Hinterstoder Bergbahnen GmbH, nicht bei der Wurzeralm-Seilbahn GmbH, nicht bei der Hochficht-Schilift-GmbH, nicht beim Oberösterreichischen Landeswasserversorgungsunternehmen, nicht bei der Energie AG, nicht bei der Oberösterreichischen Boden- und Baustoffprüfstelle, nicht bei der Hedwigs-Therme Bad Zell, die wir tatsächlich privatisiert haben, nicht bei der ÖSAG und nicht bei der Tierkörperverwertung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns in jedem Einzelfall, in jedem Einzelfall, genau überlegt, ist das Unternehmen bei uns gut aufgehoben, ist es sinnvoller, einen Partner hereinzunehmen, kann diese Aufgabe, auch Daseinsvorsorge, wenn Sie an die Tierkörperverwertung denken, mit gleicher Verantwortung unter unserer behördlichen Aufsicht vielleicht ein Dritter besser für die Menschen dieses Landes erledigen, und haben dann verantwortungsvolle Beschlüsse gefasst. Und so haben wir es auch in Zukunft vor. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir haben in einigen dieser Fälle, ich darf Ihnen die Liste noch einmal in Erinnerung rufen, bei einigen dieser Fälle strategische Partner hereingenommen. Überall dort, wo wir überzeugt waren, dass es für das Land, für das Unternehmen und für den Erfolg des Unternehmens, dass es für die Arbeitsplätze im jeweiligen Unternehmen ein Vorteil sein kann, sich mit einem strategischen Partner zu verstärken, dort haben wir es auch getan, und Gott sei Dank auch dann, wenn wir Sie nicht gebraucht hätten, Ihre Zustimmung dafür erhalten. Schauen Sie sich die Hypo an, so viele Mitarbeiter haben wir noch nie in diesem Unternehmen gehabt. Schauen Sie sich die Ferngas an, eine Entwicklung, die herzeigbar ist. Der Weg, den wir gegangen sind, dieser Weg hat sich bewahrheitet und hat sich bestens bewährt. Aber ich sage in aller Klarheit, wir haben nie, nicht in einem einzigen Fall, diese Entscheidung leichtfertig getroffen, weil wir wissen, dass der Umgang mit dem Eigentum des Landes, dem Eigentum der Bürger dieses Landes, eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe ist. Und bei aller Ruhe und Sachlichkeit, Herr Kollege Haider, es hat mich wirklich gestört, dass Sie in Interviews, dass Kollegen aus Ihrer Partei im Interview gesagt haben, da gründen sie jetzt eine Ausverkaufsholding, (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Verkaufsplattform!") eine Verkaufsplattform hat es ein anderes Mal geheißen, weil sie Eigentum des Landes verscherbeln wollen, damit sie für das Budget Geld hereinbekommen und so weiter und so fort. Ich würde Sie wirklich ersuchen, bei so wichtigen, verantwortungsvollen und ernsten Themen, wo es überhaupt keinen Grund, überhaupt keinen Grund für Misstrauen gibt, weil wir eine gemeinsame, über zehnjährige Geschichte hinter uns haben, wie wir mit dem Eigentum des Landes umgehen, in der Wortwahl schon etwas vorsichtiger zu sein. Sie können der Österreichischen Volkspartei glauben, wir sind eine Partei, die zum Eigentum steht, die in der Vergangenheit bewiesen hat - (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: unverständlich) Herr Kollege Frais, auf der Bundesebene möchte ich mit dir da herinnen aus dem Anlass wirklich nicht Debatte führen, wie zum Beispiel eine sozialistische Regierung mit der CA und mit der Bank Austria bei der Privatisierung umgegangen ist, denn da fehlen der Republik heute noch ein paar Milliarden, wenn ich mich richtig erinnere. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Lassen wir die Sache im eigenen Haus, lassen wir die Sache hier im Landtag und auf der Landesebene, denn es ist eine sehr ernste Sache. Es geht um Geld, es geht aber vor allem um die Zukunft unserer Betriebe, es geht um unser Land und sein Eigentum, und da haben wir hohe und höchste Verantwortung. Ich sage noch einmal, wir haben uns strategische Partner immer höchst verantwortungsvoll ausgesucht. Und wenn der Kollege Makor-Winkelbauer erst einen Zwischenruf macht, weil der Kollege Trübswasser

vollkommen zu Recht sagt, wenn wir einen richtigen strategischen Partner bei einer Therme beispielsweise finden und das Unternehmen damit nach vorne gebracht werden kann, dann ist das richtig. Und Sie schreien heraus, also Verkaufsabsichten, dann muss ich das Ihrem jugendlichen Gedächtnis zuschreiben. Denn vor wenigen Jahren haben wir einstimmig und mit Zustimmung des Kollegen Haider eine Therme des Landes wirklich hundert Prozent privatisiert. Damals hat offensichtlich der Eigentümer gestimmt. Ich lasse mich auf das gar nicht ein. Nur was damals sinnvoll war, was von euch mitgetragen wurde, lasse ich jetzt unter anderen Vorzeichen einfach nicht verteufeln. Weil es ist dasselbe, ob es mit oder ohne der SPÖ getan wird, es ist dasselbe, wenn man etwas Sinnvolles tut, soll man es tun, ist meine Überzeugung. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Oder schauen Sie sich an das Beispiel unserer Seilbahnen. Ja ich bin der ganz festen Überzeugung, wenn es uns nicht gelungen wäre, im Schigebiet des Hochficht, oder wenn es uns nicht gelungen wäre, im Schigebiet von Hinterstoder oder im Schigebiet von Spital am Pyhrn strategische Partner zu finden, damit man einen vernünftigen Eigentümermix in die Gesellschaft hineingebracht hat, auch mit kleinen Beteiligungen die regionale Wirtschaft miteinbezogen hat, wenn uns das nicht gelungen wäre, wären uns in diesen Schigebieten große Investitionen nicht gelungen. Jeder, der sich das nüchtern und realistisch anschaut, der wird mir Recht geben. Diese Beteiligungen und diese Teilprivatisierungen haben uns nach vorne gebracht, haben uns Investitionen gebracht, haben uns Arbeitsplätze gebracht, haben uns sogar mehr Erträge gebracht und haben uns vor allem mehr Gäste in diese Regionen gebracht. Fahren Sie heute einmal auf den Hochficht hinaus, was dort von Tschechien an Gästen herüberkommt, weil eben die Seilbahn-Investitionen möglich geworden sind, die wir alleine sicherlich nicht hätten tragen können. Machen wir nicht Dinge schlecht, die für das Land großen Vorteil gebracht haben.

Ja, meine Damen und Herren, ein Wort zur Daseinsvorsorge. Das ist der zweite Punkt, der mich bei sachlicher Betrachtung all dieser Fragen wirklich in den letzten Tagen und Wochen verärgert hat. Nie, nie hat die ÖVP gegen die anderen Parteien dieses Hauses mit Mehrheitsbeschlüssen Daseinsvorsorge unmöglich gemacht. Da gibt es keine Beispiele dafür. Und ich sage Ihnen auch in voller Überzeugung, ich bin dafür, dass ohne Ansehen der Person, seines Einkommens, seiner Herkunft, seiner geografischen Heimat, wo auch immer, dem Menschen seine Würde gewahrt werden muss, und die Daseinsvorsorge muss vom Staat garantiert werden. Aber nicht in der Form, dass der Staat der Erbringer dieser Einzelleistungen sein muss. Ich bekenne mich dazu, ein ordentliches Wasser, eine ordentliche energetische Versorgung, eine ordentliche Gesundheitsversorgung, ordentliche Bildung und so weiter steht jedem Bürger dieses Landes zu, ob er in Pabneukirchen, in Gosau, in Oberschwarzenberg oder in Linz zuhause ist. Das ist unser Prinzip, das muss jedem Menschen in diesem Land gewährleistet sein. Und wie wir das gewährleisten, wie wir das gewährleisten, darüber, meine Damen und Herren, sollten wir alles Gehirnschmalz einsetzen, damit die Leistung optimal ist und damit die Leistung dauerhaft und nachhaltig ist und damit die Leistung auch ökonomisch sinnvoll erbracht wird.

Und ich glaube, da haben wir durch unsere gemeinsame Politik durch die ganzen Jahrzehnte hindurch ja exzellente gemeinsame Leistungen erbracht. Wir haben einen hervorragenden Mix von Daseinsvorsorge-Anbietern. Schauen Sie sich einmal die Bereiche an, nehmen Sie bitte her die Gesundheit. Da haben wir die Orden, und Kollege Frais, es ist keine Beleidigung, da kannst du mit den Ordensleuten reden, wenn man die Orden als private Leistungserbringer bezeichnet. Sie sind nicht öffentlich und sie legen auch einen Wert darauf, dass sie private Erbringer sind. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber gemeinnützig!") Und sie sind hoch qualifizierte, hoch geachtete Erbringer von solchen Leistungen mit höchster Qualität. Ja es

geht sogar noch weiter. Meine Damen und Herren! Mein Gedächtnis reicht aus, es ist erst einige Monate her, da habe ich, ich war auch dort, habe auch gesprochen, da habe ich bei einer festlichen Eröffnung die Frau Landesrätin Stöger lobende Worte sprechen gehört über eine vollkommen private Einrichtung bei der Gesundheitsleistungserbringung. Das war das Klinikum Wilhering. Vollkommen Private machen beste Leistung. Ja ich bin froh über jeden, der in diesem Leistungsspektrum etwas anbietet. Die Zeiten, wo man sagt, Staat hui, privat pfui sind längst vorbei. Ich gehöre aber auch zu jenen, auch in meiner Partei, die nicht das Heil in der ausschließlichen Privatisierung aller Daseinsvorsorgeleistungen sieht. Beides ist in dieser Hundertprozentigkeit einfach falsch. Die Gesundheit ist ein gutes Beispiel. Wir müssen garantieren, dass die Gesundheitsvorsorge hundertprozentig gegeben ist für alle Bürger. Aber wenn ein Privater, ob ein Orden oder ein sonstiger, eine Leistung erbringt, dann passt das in das Netzwerk der Leistungen einfach hinein.

Zweiter Punkt Bildung. Ja, meine Damen und Herren, jeder der Oberösterreich anschaut, der wird einbekennen, wir haben exzellente Privatschulen im ganzen Land. Solche mit großer Tradition, wenn ich an das Petrinum denke, an das Aloisianum denke, an die Kreuzschwesterschule denke, wenn ich an die Privatuniversität, an die theologische, denke, und so weiter, an die Pädagogische Akademie der Diözese denke. Private Leistungserbringer auf höchstem Niveau im Bereich der Bildung. Ja ich bin dankbar und froh, dass sie diese Leistungen erbringen. Aber die gehören genauso hinein ins Netz der Daseinsvorsorge. Und wenn eine neue Privatschule geschaffen wird, dann bin ich dafür nur dankbar, wie im Fall Baumgartenberg, wo wir heute ein exzellentes Angebot der höheren Bildung im Bezirk Perg haben, das wir sonst nicht gehabt hätten, meine Damen und Herren.

Oder nehmen Sie den Verkehrsbereich. Ja in wie vielen Bereichen Oberösterreichs haben wir private Verkehrsanbieter? Zu Recht hat der Kollege Steinkellner auf die DDSG verwiesen, auf diese unselige Entwicklung, und wie dankbar wir sein müssen, dass wir heute auf der Donau private Unternehmungen haben, die diese Daseinsvorsorgeaufgabe im Bereich der Wirtschaft erfüllen. Ja und wenn ich an das Wasser denke, ich war auch Wasserreferent in diesem Land einige Jahre, ohne die privaten Wassergenossenschaften könnten wir den ländlichen Raum nicht in dieser Versorgung präsentieren wie dies heute der Fall ist. Da leisten tausende Funktionäre eine hervorragende Arbeit. Oder wenn ich gar an das Soziale denke, wo ja das Private am allermeisten ausgeprägt ist in einer ungeheuren Breite, von der Caritas, dem Hilfswerk bis zur Volkshilfe. Dutzende Anbieter, die wir alle fördern und für deren Arbeit wir alle hier herinnen sehr, sehr dankbar sein müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und denen ich auch an dieser Stelle danke, weil ich nicht einsehe, dass sie durch diese unselige Privatisierungsdebatte oft in Misskredit kommen und man glaubt, naja nur die staatliche Leistung sei die hundertprozentige und nicht so sehr die private. Danke diesen Organisationen, sie leisten eine hervorragende Arbeit in der Daseinsvorsorge. (Beifall)

Und dann möchte ich noch Legendenbildungen entgegentreten. Es hat mich gestört, meine Damen und Herren, es hat mich wirklich gestört, wenn behauptet wird in einer Aussendung oder in einem Interview, die wollen sogar den Nationalpark teilweise verkaufen. Meine Damen und Herren! Sie wissen alle, dass wir von Sitzung zu Sitzung erweitern und nicht verkaufen. Ja wer würde denn das tun? Außerdem wissen Sie ganz genau, dass wir nur 50 Prozent haben und dass wir den Miteigentümer bräuchten. Es wurde behauptet, ich verhandle bereits über Verkäufe beim Flughafen. Sie wissen ganz genau, dass wir einen Vertrag haben mit der Stadt Linz und dass wir nur einvernehmlich vorgehen können. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen, wenn der Flughafen Wien zum Beispiel an uns herantritt und sagt, ich möchte mit euch besser ins Geschäft kommen, machen wir was, wechselseitig

Beteiligung oder ich nehme zehn Prozent oder fünf Prozent bei euch und wir machen dafür Destinationen aus, die neben Wien auch nach Linz kommen, ja dann werde ich zum Bürgermeister Dobusch gehen und sagen, über dieses Angebot müssen wir ernsthaft miteinander reden. Nur das ist ja Daseinsvorsorge, eben bedingt durch Dritte.

Ja es hat mich in dieser Diskussion in den letzten Wochen wirklich einiges gestört. Dass man offensichtlich von der Sozialdemokratischen Partei auch in so wichtigen Fragen einfach den Grundkonsens nicht sucht, und ich werde auf die Zweidrittelmehrheit noch kommen, und der Herr Kollege Haider, Sie an der Spitze und einige Schüler den Meister nachmachend Politik nach der hergebrachten Formel macht. Den Leuten Angst machen, den Verkauf des Familiensilbers in die Auslage stellen, Angst machen, damit man sich dann selbst wieder zum Beschützer aufbauen kann. Ich sage Ihnen ganz offen, unsere Politik ist das nicht. Wir sind der Meinung, dass wir da sind, um gute und vernünftige Lösungen zu suchen, diese dann auch durchzubringen und den Leuten Hoffnung zu geben, dass wir das Beste für dieses Land wollen und dass wir auch das beste für dieses Land tun. (Beifall) Und ich würde Sie wirklich bitten beim heutigen Beschluss daran zu denken, dass das eigentlich unsere Aufgabe ist.

Ich sage jetzt, vollkommen legitimerweise sagen die Sozialdemokraten, wir verlangen eine Zweidrittelmehrheit. Wir sagen auch vollkommen legitim, wir halten das nicht für notwendig, wir halten das für schlecht, weil die Dynamik der Betriebe darunter leidet. O.k., das ist der erste Beschluss, wir geben Betriebe in die Holding und werden ermächtigt dazu ohne Zweidrittelmehrheit. Sie sagen Nein, das ist Ihr gutes Recht. Das ist in der Demokratie so. Niemand kann von sich behaupten, dass er alleine immer das Evangelium hat, und es ist auch gar nicht notwendig, dass in jeder Frage alle Parteien eine Meinung haben. Sie sagen Nein, wir sagen Ja, es gibt eine Mehrheitsbildung, drei Parteien sind dafür, eine Partei ist dagegen. Und dann kommt der zweite Antrag, und bei diesem zweiten Antrag ist genau das erfüllt, was Sie fordern beim ersten Antrag, nämlich die Zweidrittelmehrheit. Und dann sagen Sie trotzdem Nein. Ja, Herr Kollege Haider, da muss ich dem Kollegen Strugl schon Recht geben, da kann nur eine parteipolitische Motivation dahinter stehen. Denn mit Sachlichkeit und Logik hat das wirklich nichts mehr zu tun. Ich bitte Sie daher, machen Sie einen kleinen Sprung über Ihren Schatten und sagen Sie zumindest beim zweiten Antrag Ja, denn beim zweiten Antrag ist all das erfüllt, was Sie von uns verlangen. Und ich erlaube mir da noch auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der mir wichtig ist. Sie haben sich dankenswerter Weise als Vizepräsident des Aufsichtsrates der Landesholding wählen lassen. Und die Regierungsmitglieder als Mitglieder. Ich bin da nicht darüber gefahren, wie erzählt wird, ich habe ausdrücklich gefragt, ob sie dazu bereit sind, und ich bin Ihnen auch dankbar dafür, weil ich es für gut halte, dass die Regierung in ihrer Gesamtheit im Aufsichtsrat der Landesholding vertreten ist. Ich bin Ihnen dafür auch dankbar, ich sage das so. Nur, ich rufe in Erinnerung, dass nach dem österreichischen Gesellschaftsrecht Aufsichtsräte Treuhänder des Eigentümers sind, und das Beste für das Unternehmen zu tun verpflichtet sind. Ich bitte Sie, daran zu denken, wenn wir heute über den zweiten Antrag in diesem Hause abstimmen werden.

Meine Vorredner haben schon intensiv darauf hingewiesen, dass andere Länder und auch Städte derartige Holdinglösungen bereits vollzogen haben. Ich darf Ihnen nur vorlesen, diese Woche in der Presse. Voves fordere Landesholding für die Steiermark, nur um ein Beispiel zu nennen. Dasselbe noch einmal im News diese Woche. Mein Programm für die Steiermark, will eine eigene Steiermark-Landesholding. Im Burgenland dieselbe Debatte, in Wien gibt es die große Wienholding seit vielen Jahren, in Linz gibt es das selbstverständlich. Und wenn schon vom Steuervorteil die Rede ist, der den Gemeinden vorenthalten wird, meine Herren ehemalige Stadträte von Linz, Sie wissen ganz genau, dass der Querverbund vom öffentlichen Verkehr hin zu den anderen Leistungen innerhalb der Linz AG so etwas ist wie

eine steuerschonende Lösung. Und da geht es im Laufe der Jahre und Jahrzehnte um mehr als die von Ihnen errechneten 100.000 Euro. Das sei nur in Erinnerung gerufen. Und wenn von Ihrer Seite durch verschiedene Sprecher in den letzten Wochen gesagt wurde, ja, da ist ja Greti und Pleti beieinander in dieser Oberösterreichischen Landesholding, von der Wohnungsgenossenschaft bis zur Seilbahn, und von der Seilbahn bis zur Therme, in der Linz AG von der Bestattung bis zur Eisenbahn und bis zur Stromerzeugung, also, wenn das sinnvoll ist unter ein Dach zu geben, dann kann es beim Land nicht nicht sinnvoll sein.

Und da bin ich beim nächsten Punkt, Herr Kollege Haider! Sie haben heute da heraußen, ich habe genau zugehört, alle Nachteile aufgezählt, und alles, was die Landesholding nicht kann. Sie haben aber, und ich habe da eine schöne Sammlung von Originaltönen von Ihnen in der APA, immer wieder gesagt, SPÖ, grundsätzlich für die Landesholding, nur Zweidrittelmehrheit, grundsätzlich sagt SPÖ ja zur Landesholding, aber Zweidrittelmehrheit. Dann frage ich Sie, warum sind Sie dann bei der Energie AG, wo die Zweidrittelmehrheit gegeben ist, erst recht wieder dagegen, dass sie in eine Landesholding eingebracht wird? Das ist, Sie betonen immer, dass eine besondere Stärke von Ihnen die Logik ist, ich kann Ihnen ehrlich gesagt bei dieser Logik ausnahmsweise nicht folgen. (Beifall, Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Persönliche Wertungen dürften nicht Ihre Stärke sein!")

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Haider, Logik ist weder ein Schimpfwort noch sonstiges. Ich sage das durchaus anerkennend, aber in dem Fall kann ich der Logik nicht folgen. Denn wenn die Zweidrittelmehrheit die große Forderung ist, und bei der Energie AG ist die Zweidrittelmehrheit gegeben, dann ist es nicht logisch, dass Sie zu dieser Lösung nicht ja sagen.

Dass die Gemeinden die Draufzahler sind, darauf ist auch schon eingegangen worden. Lassen Sie mich mit einem Satz nur darauf eingehen. Das ist wirklich entweder eine Polemik, oder es ist Unsinn. Ich weiß nicht, was dahinter steht, außer dass man noch ein Argument sucht, warum man dagegen sein kann. Und wenn die Zweidrittelmehrheit gegeben wäre, würde das überhaupt nichts ändern an der steuerschonenden Wirkung, auch nicht für die Gemeinden. Und wenn die Zweidrittelmehrheit gegeben wäre, dann wäre man dafür, auch wenn die Gemeinden geschädigt werden. Aber jetzt ist man dagegen, weil die Gemeinden geschädigt werden, in Wahrheit ist das aber vollkommen wurscht, es geht nur um die Zweidrittelmehrheit. Sie wissen aber, Herr Kollege Haider. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Der Steuervorteil kommt ja sowieso, von der Energie AG!") Sie wissen aber, Herr Kollege Haider, dass die Gemeinden selbst Holdings bilden, weil sie steuerschonend vorgehen. Sie wissen ganz genau, dass gerade die großen Städte Holdings bilden und diesen Vorteil nutzen, und da frage ich, wieso sollten wir den Landesbürgern Oberösterreichs den Vorteil vorenthalten, den die Bürgermeister selbstverständlich lukrieren? Und wenn in Linz eine Holding ist, und wenn in Wels eine Holding ist, dann schadet die auch dem Steuereinkommen des Landes Oberösterreich. Entweder es gibt diese Möglichkeit, dann sollen es alle nützen, oder es gibt die Möglichkeit nicht, dann kann es eben keiner nützen. Und außerdem wissen Sie ganz genau, wir tun uns leichter mit dem Investieren über die Landesbetriebe als wie aus dem eigenen Budget, weil wir dann keine Maastrichtprobleme haben. Wir können mehr investieren, mehr investieren bedeutet mehr Wirtschaftlichkeit, bedeutet auch mehr Steuern zahlen, und die 100.000 Euro an Steuerschonung, die da der Herr Winterauer errechnet hat im Pressedienst seiner Partei, ich kann Ihnen nur sagen, die kommen x-fach durch mehr Investitionen herein.

Ein nächster Punkt, der mich wirklich enttäuscht, und der mich sehr, sehr stört. Es wurde heute gesagt, dass wir die Mitsprache der Arbeitnehmer ablehnen. Herr Kollege Haider, nicht nur im privaten Gespräch, das erwähne ich nicht, sondern öffentlich habe ich zweimal erklärt, wenn sich die Betriebsräte, die Arbeitnehmervertretungen dieser Unternehmungen zu einem Holdingbetriebsrat finden, dann sind sie selbstverständlich in einem Holdingaufsichtsrat vertreten. Wir werden das ganz sicher nicht verhindern, aber das ist ja Sache der Arbeitnehmervertretungen der verschiedenen betroffenen Betriebe, dass sich die zu einem Holdingaufsichtsrat zusammen schließen. Das kann doch nicht die Aufgabe des Eigentümers sein, einen Betriebsrat zu gründen. Wenn sie das tun, und das ist die Entscheidung des Betriebsrats der Gespag, der Energie AG, und wie sie alle heißen. Wenn die gemeinschaftlich zur Überzeugung kommen, wir machen einen Holdingbetriebsrat, dann ist der natürlich im Aufsichtsrat vertreten. Das habe ich mehrmals erklärt, genau so bei den Branchenholdings.

Warum stehen sie nicht drinnen? Das wissen Sie genau so wie ich. Weil sie nicht drinnen stehen können. Weil es derzeit einen Holdingaufsichtsrat und einen Branchenaufsichtsrat noch nicht gibt. Und was es nicht gibt, kann man nicht in ein Gesetz hineinschreiben. Aber bitte ins Protokoll hinein, die ÖVP versichert, die Grünen haben es ebenfalls schon getan, die Freiheitlichen werden sich sicherlich dem anschließen, wenn es Arbeitnehmervertretungen auf der Basis des österreichischen Gesetzes gibt, dann werden diese selbstverständlich in die Holding als Aufsichtsräte einziehen, und auch in die Branchen. Uns zu unterstellen, wir wollen die Arbeitnehmer nicht in den Aufsichtsräten vertreten haben, das stört mich, das sage ich Ihnen ganz offen, weil es für diese Unterstellung keinen Grund gibt.

Mangelnde Ausschreibung der Geschäftsführung. Sie wissen ganz genau, dass Sie wahrscheinlich für Geschäftsführer, wenn Sie denen 1.500 oder 2.000 Euro bieten können, weil es nur eine Finanz- und Strategieholding ist, keine qualifizierten Bewerber bekommen werden, und es daher der vernünftiger Weg ist, Leute, die das bisher auf der amtlichen Ebene gemacht haben, damit zu betrauen, auch der weitaus günstigere Weg für den oberösterreichischen Steuerzahler.

Nicht ordentlich vorbereitet. Ich verweise auf den 12. April. Und es war nicht so, dass vom 12. April bis heute nichts stattgefunden hätte. Ich habe am 12. April gesagt, die Finanzabteilung und ich, wir stehen jederzeit bereit für die Weiterentwicklung, wir haben aber auch klar gesagt, es gibt nur den Punkt der Zweidrittelmehrheit, wo wir eben anderer Meinung sind. Und dann wird gesagt, nicht ordentlich vorbereitet et cetera. Meine Damen und Herren! Es ist mir in dieser Stunde ein persönliches Anliegen, dem Herrn Finanzdirektor Dr. Krenner, dem Herrn Hofrat Widera und der Frau Dr. Licka für ihre wirklich mustergültige und engagierte Arbeit von hier aus zu danken. Die Frau Mag. Licka ist zwei Mal vom Urlaub von Kärnten herauf gefahren, weil Besprechungen notwendig geworden sind. Ich möchte mich bei diesen drei Mitarbeitern, die exzellente Arbeit geleistet haben, wirklich, auf einem Neuland auch für sie, auf einem Neuland, das durch rasche Gesetzesmöglichkeiten geschaffen wurde, geleistet haben, sehr, sehr herzlich bedanken. (Beifall)

Und Herr Kollege Haider, die nicht eingeholte Zustimmungserklärung der anderen Betriebe ist kein Hindernis, das wissen Sie. Sie haben sich sicherlich sehr gut informiert, und Sie kennen den Paragraph 77 des GesmbH-Gesetzes, wo sogar das Zustimmungsrecht von Minderheitsmiteigentümern für eine Holdinglösung eingeklagt werden kann, damit der Mehrheitseigentümer an einem Unternehmen ein Recht auf eine Holdinggründung hat. Selbstverständlich haben wir im Vorfeld geredet. Wir haben im Vorfeld mit der Energie AG geredet, wir haben mit dem Scharinger geredet wegen der HYPO, ich habe mit dem Bürgermeister geredet, aber man kann ja erst, wenn eine Holding gebildet ist, und wenn ein Einbringungserfordernis

im Landtag beschlossen wurde, mit ihnen ernsthaft reden. So viel dürften Sie mich kennen, wenn Sie heute, was anzunehmen war, was ich befürchtet habe, und was ich heute ja noch hoffe, dass es nicht eintritt, bei der Energie AG Nein sagen, ja glauben Sie, ich will mich blamieren, dass ich zu den Minderheitseigentümern der Energie AG gehe, sie um die Zustimmung ersuche, und dann muss ich hingehen und sagen, ich habe es leider im Landtag nicht durchsetzen können. Ja, so, das dürfen Sie mir nicht zutrauen, jetzt hätte ich bald etwas anderes gesagt. Das dürfen Sie mir nicht zutrauen, dass ich da hingehge, und eine Zustimmung hole, und im nachhinein schaue ich, ob ich überhaupt die Holding auf die Beine stellen kann. Da gibt es einen ganz normalen Weg, zuerst muss man schauen, geht das, und wenn es geht, dann muss man ordentlich mit denen reden. Vorgespräche hat es natürlich gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Ich glaube, wir sollten zur vollen Nüchternheit und Sachlichkeit zurück kehren. Alle haben bekundet, auch Sie, Herr Kollege Haider, dass die Holding an sich eine gute Sache ist, und eine an sich gute Sachen, kann man auch nicht ablehnen, aus meiner Sicht, wenn man in einem Detail nicht einverstanden ist. Nehmen Sie bitte nur eines zur Kenntnis. Sie sind eine andere Partei, Sie haben eine andere Weltanschauung. Es ist legitim, dass Sie in manchen Fragen natürlich eine andere Meinung haben. Nur eines bitte nehmen Sie zur Kenntnis. Unterstellen Sie unserer Fraktion und auch der Regierungskoalition nicht, dass wir nicht wirklich mit diesem Antrag und mit dieser Holding das Beste für Oberösterreich und seine Menschen wollen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Ackerl.

Landesrat **Ackerl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der ehemalige Vizebürgermeister von Traun und Landeshauptmann hat beiden Stadträten aus Linz, aber auch anderen Regierungsmitgliedern, unter anderem Herrn Finanzdirektor von Linz, einen Nachhilfeunterricht gegeben, den ich so beantworten möchte. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Ausgezeichnet, sehr kompetent!") Das ist deine Zensur für den Herrn Landeshauptmann, wir werden es ihm mitteilen, ausgezeichnet sagt der Kollege Stockinger. Dass auch wir das Beste für Oberösterreich und die Menschen in diesem Lande wollen, und uns auch von einem Landespartei sekretär der ÖVP, der seine Rolle als Klubobmann in Ihren Augen sicher sehr gut wahrgenommen hat, uns nicht nehmen lassen. Wer gestern im Brucknerhaus war und den Herrn Professor Zeilinger gehört hat, der wird in jenem Teil, der auch für Nichtphysiker verständlich war, und das meiste davon war so, mitbekommen haben, dass es im Leben Dinge gibt, die nicht beweisbar sind, die man glauben kann oder nicht. Und wenn man religiös ist, dann wird man glauben, auf das hat sich er für sich bezogen. Und wenn man nicht religiös ist, dann wird man halt einen anderen Zugang haben. Für die Politik und das, was heute vorgelegt wird, kann ich nur sagen, wir können das glauben, was uns die Koalitionspartner sagen, aber wir müssen es nicht glauben. Und was die Fragen der inneren Gestaltung der Landesholding betrifft, und die Umsetzung dieser Inhalte und Zielsetzungen, besteht ein erhebliches Glaubwürdigkeitsdefizit, was durch Gespräche nicht behoben werden konnte.

Und es freut mich, wenn Sie andere Bundesländer erwähnen, Sie erwähnen in der letzten Zeit immer mehr die sozialdemokratischen, und bald wird ein viertes dazu kommen, wie man annehmen darf, und führen auch den Herrn Kollegen Voves im Mund. Ich, wenn ich ihn richtig interpretiere, den Franz Voves, und ich kenne ihn auch, er war beim Eishockey Mittelstürmer in der Nationalmannschaft, war Finanzdirektor einer großen Versicherung, der von der Wirtschaft etwas versteht, dann meint er unter Landesholding nicht eine strategische Holding, sondern auch eine operative, und ich bin überzeugt davon, dass er mehr daraus

machen möchte als Sie jetzt da referiert und vorgesehen haben. Das zu dem, Herr Kollege Stockinger, was die inhaltlichen Fragen betrifft. Weil recht viel gehört haben wir nicht, was die Holding tun soll, und sie uns als Kompromiss etwas vorschlagen, was ihre eigene Meinung ist, oder was man vorher in der Koalition ausverhandelt hat, und dann nicht bereit zu sein, einen weiteren Kompromiss einzugehen, obwohl er angeboten wird, und einmal auszuloten, wie sind denn die politischen Räume der Sozialdemokratie gestaltet, wie weit wird denn die von ihrem Vorschlag bereit sein zu gehen, um zu einem gemeinsamen Vorschlag zu kommen, das schadet Oberösterreich in Wirklichkeit, wenn man das tut, und nichts anderes. (Beifall) Denn es kann nicht sein, dass nur das ein Kompromiss ist, was man sich selber ausgedacht hat, und wo man von den anderen sagt, wir haben uns eh schon überlegt, was ihr wollt, das haben wir schon eingebaut, und da müsst ihr zustimmen. Das wird es nicht geben, und das kann es nicht geben.

Und was mir auch in der Diskussion aufgefallen ist, und ich bin ja einer, der ja in einem Sektor zuständig ist, wo grundsätzlich man immer von Privaten redet. Aber wir haben immer Gemeinnützige, die auf privatwirtschaftlicher rechtlicher Basis arbeiten, und nicht Private im Großen und Ganzen, die gewinnorientiert sind. Daher meine ich, wenn wir davon reden, was der Staat alles für seine Bürgerinnen und Bürger leistet, dann tut das der Staat in vielen Aufgabenbereichen doch auch indirekt dadurch, dass er jemandem, dem er die Befähigung gibt, dem er das zutraut, dass er das macht, der ermittelt wird über Ausschreibungen oder direkte Zuteilungen in den verschiedensten Bereichen, die Gelegenheit gibt, das wahrzunehmen, und wenn es nicht passt, entweder eine Korrektur einfordert oder einen Auftrag neu vergibt. Und daher warne ich vor Legendenbildungen. Herr Landeshauptmann, wir schließen uns Ihrem Dank an alle an, die in Oberösterreich etwas für uns tun. Aber keine private Schule könnte existieren, trotz ihrer hohen Schulgelder, wie zum Beispiel beim Europagymnasium in Perg, würde nicht die öffentliche Hand auch beträchtliche Mittel zuschießen. Es könnte kein Privatverkehr im öffentlichen Verkehr funktionieren, würde es nicht die Aufträge geben, die im Geschäftsbereich des Kollegen Haider abgewickelt werden. Und das zieht sich durch alle Sektoren, ja selbst die Wassergenossenschaften könnten nicht ihre Aufgaben erledigen, und sie tun es gut, und in ihrem eingeschränkten Bereich mit sehr viel Engagement, würden nicht die Zugänge zu öffentlichen Mitteln bestehen.

Und daher stelle ich die Frage, wer bestimmt denn, was das Beste für Oberösterreich ist? Doch nicht das Gleißnerhaus. Sie sind nicht so viel stärker wie wir, dass Sie sagen können, das, was wir sagen, ist gut für Oberösterreich. Und auch nicht die Grünen, und auch nicht die Freiheitlichen, sondern das muss man, wenn man will, gemeinsam ausdiskutieren. Da wird dann immer vom imaginären oder echtem Wettbewerb von Ideen geredet, aber was das Beste für Oberösterreich ist, stellt sich in der Regel ja erst nachher heraus. Das wissen wir aus so manchen Prüfungen, die der Rechnungshof durchführt, das wissen wir. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Siehe Voest zum Beispiel!") Also, über die Voest diskutiere ich mit dir gern, lieber Ferdl. Da warst du noch Student, haben deine Freunde in der Voest schon kräftig mit abgeräumt. Damals hat es offensichtlich schwarz-roten Proporz gegeben, falls du das vergessen hast. (Beifall)

Der CV war nicht unbeträchtlich beteiligt an vielen Dingen in Österreich, und ist es heute auch noch, nur heute ist es ja so, dass, und auf das möchte ich vielleicht noch eingehen, die Situation eine etwas andere ist, die ja mehr monocolor sich entwickelt. Und eines ist auch klar, interessant ist, in den Gemeinden haben wir die Zweidrittelmehrheit in der Gemeindeordnung festgelegt, in den Stadtstatuten festgelegt. Herr Landeshauptmann, das bedeutet, dass die Ausgliederung in Linz von sehr vernünftigen Kräften im Rahmen einer Zweidrittelmehrheit gemacht wurde, weil ja die SPÖ dort keine Mehrheit hat, um das alleine in Zwei

drittelmehrheit bestimmen zu können. Sie strebt darauf zu, das ist keine Frage, aber noch geht es nicht, und wenn die Zweidrittelmehrheit in den oberösterreichischen Gemeinden selbstverständlich ist für diese Fragen, warum ist es im Land für eine Vereinbarung, wo wollen wir es haben, und wo wollen wir es nicht haben, nicht selbstverständlich? Warum kann man das nicht anstreben? Und ich meine daher, dass, wenn wir darüber diskutieren, diskutierten was die zentralen Interessen betrifft, die ÖVP aufhören sollte zu tun, als wenn ihr Oberösterreich gehören würde. Das können wir nicht machen, aber das können auch sie nicht tun und sie können nicht feststellen und uns zensurieren, wie gut unser Verhalten ist oder wie schlecht unser Verhalten ist. Und das was heute abgelaufen ist, war eine sehr böse Vorgangsweise mit dem Versuch uns in ein Eck zu stellen, in das sie selber vielleicht auch gehören, weil sie ja nicht wissen, ob das was sie da machen für Oberösterreich das Richtige ist. Bis jetzt haben Sie uns jedenfalls mit keiner einzigen Wortmeldung sagen können, was die Landesholding außer die von Ihnen eingeforderte Zustimmung zu einer Steuerschonung wirklich bringen soll und bringen wird.

Niemand will dem Herrn Dr. Widera und der Frau Mag. Licka nahe treten, ja im Gegenteil, die diese kennen, schätzen sie ja. Daher hat ja auch der Kollege Haider sie gelobt. Aber zu allen anderen Aufgaben, die es gibt, möglicherweise aktiv Landesholdingsführungsaufgaben wahrzunehmen, wird dort nicht gehen und muss auch nicht gehen, weil es ja einen anderen gibt, der das eh tun wird, der leider gerade nicht in meinem Blickfeld ist, weil ja der Herr Landeshauptmann doch nicht seine Eigentümerfunktion, die er wahrnehmen will, aufgeben will und die Aufgaben in Hände geben will, die möglicherweise fachlich gut geeignet einen anderen Druck hinsichtlich der Beteiligung des Landes an Betrieben bringen wird.

Rudi, das was du gesagt hast, ist einmal ein bisschen ein Unterschied zu dem was der Herr Trübswasser gesagt hat, weil der hat ja privat, privatwirtschaftlich immer durcheinander gebracht. Aber du unterscheidest das mit dem was du da sagst schon mit dem was die ÖVP sagt, weil bei dir habe ich herausgehört, du willst offensiv vorgehen und willst strategische Beteiligungen eingehen. Das Wort strategische Beteiligungen eingehen habe ich nur in die umgekehrte Richtung von der ÖVP gehört. Von dir habe ich herausgehört, du bist auch daran interessiert, wo hinein zu gehen, ich denke mir wahrscheinlich bei Windrädern oder Solarenergie, aber irgendwo hineinzugehen, wo es uns etwas bringt. Den Stockinger vielleicht, was die Waldfragen betrifft. Wie nennt man das? (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Holz. Holz ist hoch im Kurs!") Ja eh, aber bitte zu Preisen, die nichts mit den Ölpreisen zu tun haben, weil die Gefahr besteht ja zurzeit. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Da bleibt wenigstens das Geld im Land!")

Daher glaube ich, dass die strategischen Beteiligungen tatsächlich angegangen werden müssen und insofern gibt es ja die Zustimmung zur Landesholding. Deswegen wollen wir sie ja auch haben, wir lehnen es ja inhaltlich nicht ab. Das hat ja der Kollege Haider überhaupt nicht gesagt, aber wir möchten Gespräche auf eine Art und Weise führen, wo gewährleistet wird, dass die Einladung zur Zusammenarbeit eine glaubwürdige ist.

Kollege Anschober, ich habe es dir heute das erste Mal abgenommen, dass du das wirklich willst, weil ich glaube, dass ein Interesse besteht, dass inhaltlich daraus etwas wird. Aber das muss dann insgesamt gesehen glaubwürdig sein, und das heißt, wir müssen zu substantziellen Gesprächen eingeladen werden, wo unsere Argumente nicht widerlegt werden können, nicht weggegeben werden, sondern miteinbezogen werden und es sollte nicht eine negative Demokratieentwicklung eingeleitet werden.

Und Herr Kollege Steinkellner, das habe ich ein wenig komisch empfunden, also nur weil man in einem Aufsichtsrat sitzen darf, deswegen ist die Demokratie nicht besser geworden. Der Aufsichtsrat, das Weggeben von Vollmachten aus dem Landtag in den Aufsichtsrat ist in der Regel eine Verschlechterung einer demokratischen Situation und nicht eine Verbesserung einer demokratischen Situation. Daher gibt es auch noch eine zweite Aufgabe, der man sich stellen muss, um mit uns verhandeln zu können. Nicht einen jeden Antrag, den die Sozialdemokratie stellt oder manchmal auch die Freiheitlichen stellen, der eine Dringlichkeit hat, im Reden heraußen zustimmen, das ist uns nämlich heute erfreulicherweise ja passiert, aber dann dagegen stimmen, wenn es darum geht, dass das Ganze rasch beschlossen wird. Weil, wenn das so wichtig ist, was der Herr Landeshauptmann heute da vorgeschlagen hat, dass unbedingt heute am 12. September eine Sitzung sein muss, damit es darüber geht, obwohl es schon im April die ersten Gespräche gegeben hat, hätte man das, um das was es heute geht, ja in einem formellen parlamentarischen Ablauf im April oder Mai schon bringen können. Und wir hätten das erörtern können und daher glaube ich, dass es wichtig ist, dass die Wahrhaftigkeit des Inhaltes auch deutlich wird, Herr Kollege Strugl, und nicht polemisch uns in ein Eck stellen wollen, dass wir dem Land schaden bei einem Budget von über fünf Milliarden Euro, das sie haben, geht es um einen Beitrag von maximal einer Million Euro, noch dazu um etwas, was man in vielen Bereichen nicht verliert. Ich nehme an, dass der Kollege Kepplinger sich ja befassen wird. Man hätte schon, wenn man will, auch Zeit das inhaltlich auszudiskutieren.

Und zum Schluss noch, weil einfach es auch um konkrete Fragen geht. Es gibt auch im Bund nach wie vor Zweidrittelregelungen. Ja, der Verbund hätte seine Kraftwerke ja verkaufen wollen, die würden heute schon den Deutschen gehören. Das Verfügungsrecht wäre schon weg in Österreich. Ich weiß nicht, an wen sie verkauft hätten, E.ON oder irgend so eine Firma, hätte nicht die SPÖ mit ihrer Möglichkeit das Ganze zu verhindern, das auch getan, auch mit Unterstützung und auf Wunsch der Grünen. Und daher ist es doch überhaupt keine Frage, dass es sinnvoll ist, bei gesellschaftspolitischen wichtigen Aufgabenstellungen zu sagen, das wollen wir oder das wollen wir nicht so wie ihr euch das vorstellt. Und in der Schweiz ist eine jede Volksabstimmung bis jetzt, die die Konservativen machen wollten zur Privatisierung der öffentlichen Dienste, unter anderem der Post, von der Bevölkerung mit Nein abgeschmettert worden, weil sie wissen, welche Bedrohung in Wirklichkeit für den ländlichen Raum entsteht.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, wo wir misstrauisch sind, das ist die gespag, denn da geht es auch um die Gemeinden und da geht es um eine Finanzierungsgefährdung, die man noch nicht beziffern kann. Wenn sich die gespag heute in eine Betriebsgesellschaft und in eine Immobiliengesellschaft aufspaltet, das heißt, wenn sie zwei Untergliederungen machen und dann nehmen sie Darlehen auf auf die Immobiliengesellschaft, weil sie für irgendwelche Zwecke das Geld brauchen, dann kann der Fall eintreten, dass die Rückzahlung dieser Darlehen unter anderem aus Gemeindegeldern erfolgen muss, wenn die dafür notwendigen Mittel bei der gespag wirtschaftlich nicht hereingebracht werden können. Und das ist zum Beispiel etwas, was dazu beiträgt, dass wir dieser Landesholding, so wie sie jetzt mit uns diskutiert wird, nicht zustimmen können. Wir brauchen nicht Gesellschaften, auf die man Schulden hinverlagern kann, damit man etwas investieren kann, was wir brauchen, sind Vorschläge, wie wird es in Oberösterreich weitergehen, wo wir mitgestalten und mitreden in allen Aufgabenbereichen des Landes, was wir brauchen ist eine ehrliche Diskussion mit uns, wo man uns nicht nur für eine Zweidrittelmehrheit haben will, sondern sich mit uns inhaltlich in den Fragen substanziell auseinander setzen muss. Das heißt, was wir haben wollen, ist, dass der Herr Landeshauptmann mit uns nicht nur Zweckgespräche führt, um ein Ziel zu erreichen, sondern dass er als zuständiger Finanzreferent inhaltliche ausreichende Gesprä

che mit der Chance auf einen Kompromiss führt, dann könnte es einen Weg geben. Und unter dem Gesichtspunkt schlage ich vor, dass man dem Ansinnen des Kollegen Haider auch nachkommt und Rechnung trägt, dass man die ganze Angelegenheit verschiebt und neuerliche substanzielle Gespräche aufnimmt. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Kepplinger.

Landesrat **Dr. Kepplinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich möchte mich auch mit den Motiven, die hier genannt wurden für die Schaffung dieser Landesholding beschäftigen, weil ich glaube, dass es auch hier notwendig ist zur Wahrheit und zur Wahrhaftigkeit in der Diskussion zu kommen. Es wurden im Wesentlichen von Herrn Landeshauptmann zwei Motive genannt. Das eine schon oft genannte Motiv der Steuerschonung, der Steuerersparnis durch die Gruppenbesteuerung und das andere Motiv wurde angeführt als Anregung des Rechnungshofes die Landesbeteiligungen strategisch neu zu ordnen und entsprechend auch zu führen. Herr Landeshauptmann hat noch gesagt, es geht auch um die Zusammenführung von ähnlichen Unternehmen in den Branchenholdings. Das würde ich subsumieren unter strategischer Neuordnung.

Und ich möchte mich mit den beiden Punkten ein bisschen beschäftigen, zuerst zur strategischen Neuordnung: Da muss man, glaube ich, hineinschauen einmal in den Notariatsakt, was da drinnen steht als Unternehmenszweck. Und als Unternehmenszweck steht unter anderem die Gesellschaft, und ich spreche von der Landesholding, ist jedoch auf die Tätigkeit der reinen Anteilsverwaltung beschränkt, sodass hier über die Beteiligungsverwaltungsaufgaben hinaus insbesondere keine konzernleitenden Aufgaben zukommen. Wie soll man strategisch ausrichten, Ziele formulieren, die Einhaltung der Ziele in einem Controlling kontrollieren, wenn man als Gesellschaft überhaupt keine konzernleitenden Funktionen hat, weil der Gesellschaftsvertrag das ja vorsieht.

Und der Kollege Steinkellner hat sogar gemeint, die Funktion oder das Recht und die Kompetenz der Holding würde soweit gehen, dass man Benchmarks über bestimmte Personalaufgaben, Personalcontrollingmaßnahmen, machen könnte. Das kann man ja überhaupt nicht. Ich wünsche dem Herrn Dr. Widera und der Frau Mag. Licka viel Glück, wenn sie bei der Energie AG sozusagen antanzen und solche Unterlagen einfordern. Da wird die logische Antwort sein, das ist nicht ihre Aufgabe, das ist nicht ihre Kompetenz, wir sind dazu nicht verpflichtet.

Oder, Kollege Anschöber, Sie haben gemeint, es könnte dann die Aufgabe des Aufsichtsrates sein, diese strategischen Leitungsaufgaben in der Holding zu formulieren, wenn schon nicht die Geschäftsführer in der Lage sind. Das ist unmöglich, wenn die Gesellschaft vom Gesellschaftszweck her keine Konzernleitungsfunktion hat, dann kann ich auch diese Aufgaben in keinsten Weise wahrnehmen, also eine Strategie, das Machen einer Strategie, das Vorgeben von strategischen Zielen und letztlich dann auch ein strategisches Controlling durch eine Holdingfunktion, geht ja nur dann, wenn aus dem Gesellschaftsvertrag die Rechte abgeleitet werden können. Und die sind ausdrücklich in der Gesellschaftserrichtungserklärung nicht vorhanden, weil wie ich erwähnt habe, konzernleitende Funktionen ausgeschlossen sind. Also ich vertrete daher den Standpunkt, dass der Auftrag des Rechnungshofes, so wie ich ihn verstanden habe, durch diese Holdingkonstruktion in keinsten Weise wahrgenommen werden kann.

Zum zweiten Punkt, zur Steuerersparnis: Ich glaube, dass diese Steuerersparnis ganz übertrieben dargestellt wurde. Es wurden im Vorfeld Zahlen kolportiert, jährlich bis zu vier Millio

nen Euro, insgesamt über zehn Millionen Euro. Kollege Steinkellner hat heute sogar von 20 Millionen Euro Steuerersparnis gesprochen, kein Mensch, jedenfalls nicht die Berater gehen von einer derartig großen Steuerersparnis aus. Gesichert ist nämlich nur, dass die bestehenden Verlustvorträge und das sind insgesamt 26 Millionen Euro, 26,59 Millionen Euro, steuerlich verwertet werden können. Und wenn man sich da den Steuervorteil ausrechnet, 25 Prozent davon, dann kommen 6,5 Millionen Euro Steuerersparnis heraus. Und wenn man von dieser Steuerersparnis wegchnet 2,2 Millionen Euro für die Gründung der Gesellschaft an Beratungskosten, an Honoraren etc., wenn man dann noch berücksichtigt, das geht auch aus der Unterlage hervor, dass jährlich 320.000 Euro erforderlich sind, um die Abschlüsse, die Jahresabschlüsse, zu erstellen, die Prüfungsaufträge zu machen und die Beratungskosten auch bei den Rechtsanwälten abzudecken und wenn man das über fünf Jahre hochrechnet, kommen noch einmal 1,5 Millionen Euro heraus, sodass wir bei einem Steuervorteil letztlich netto bei 2,8 Millionen Euro liegen. Und wenn man dann auch noch berücksichtigt, dass ein paar Hunderttausend Euro noch über den Finanzausgleich wegfallen, dann ist man letztlich bei 2,5 Millionen Euro Steuerersparnis. Und das ist eigentlich ein ziemlich mattes Ergebnis muss man sagen. Und es ist so, dass Verlustbringer nur dann im Rahmen der Gruppenbesteuerung steuermindernd verwertet werden können, wenn sie nicht als Liebhaberei gewertet werden, also laufende Betriebsverluste von Betrieben, die laufend Verluste einfahren, werden ja von den Finanzbehörden als Liebhaberei angesehen und dort ist diese Verrechnung von Verlusten und Gewinnen nicht möglich. Und es muss, wenn Verluste entstehen, temporäre Verluste entstehen, dann muss argumentiert werden können, glaubhaft argumentiert werden können, dass die Verluste nur temporär sind und an sich nachhaltig die Gesellschaften in der Lage sind, Gewinne zu erwirtschaften.

Und Herr Landeshauptmann, wenn Sie gesagt haben, dass quasi diese dauerhaften Verlustbringer notwendig sind in dieser Holding, dann sage ich Ihnen jetzt schon, dass Sie diese Verluste nicht werden verwerten werden können, weil das von der Finanz als Liebhaberei jetzt dann klassifiziert werden wird. Und es ist ja auch ganz schwer argumentierbar, dass manche Betriebe, die in dieser Holding sind und die Verluste einfahren, wie beispielsweise die Fachhochschulen oder auch die TMG quasi, dass man hier unterstellen könnte, diese Unternehmen haben ein nachhaltiges Motiv zur Gewinnerzielung, was also die Voraussetzung wäre für die Gruppenbesteuerung. Das kann sicherlich nicht argumentiert werden. Und daher ist es meine Schlussfolgerung, dass letztlich für diese matten Steuervorteile und für die eigentlich nicht vorhandene Möglichkeit strategische Funktionen in der Landesholding auszuüben und dem Auftrag des Rechnungshofes gerecht zu werden, dass diese Gründe allein eigentlich nicht ausreichend sein können, dass dieses Projekt mit derartiger Vehemenz verfolgt wird. Und es zeigt sich auch, dass eigentlich die Energie AG für die Realisierung der Gruppenbesteuerungsvorteile nicht von vordringlicher Bedeutung ist. Es ist vielmehr wesentlich relevanter, ob in der Holding Verluste entstehen, die tatsächlich steuerlich verwertet werden können, weil sie nicht als Liebhabereitbestand gewertet werden. Und ich glaube, dass für die Verlustvorträge, das ist gesichert und es gab schon auch Gespräche, die wir geführt haben und das Angebot, das es ja gegeben hat bei der Finanzverwaltung, hier um Auskünfte einzuholen, das hat eben ergeben, dass nur diese Verlustvorträge gesichert steuerlich verwertet werden können. Und dafür reicht letztlich auch das EGT der Hypo aus, um diese Verluste verwerten zu können, sodass das Argument, dass ohne Energie AG dem Land ein Schaden entstehen würde, das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Vielmehr ist es so, dass die Landesholding jedenfalls auch so konstruiert ist, dass es als Vehikel zum Stopfen von Budgetlöchern, die schon bestehen oder die in der Zukunft entstehen werden, verwendet werden kann, denn die Landesholding ist eine zwischen dem Land und den Beteiligungen geschaltete Unternehmenshülse. Es ist ja praktisch eine Briefkasten

firma, die eben von zwei Geschäftsführern nebenberuflich verwaltet wird. Die hat aber eine freie Kapitalrücklage, letztlich von 1,6 bis 1,7 Milliarden Euro. Und diese Rücklage stellt den Wert dar der in die Holding eingebrachten Unternehmen, natürlich sind diese Rücklagen nicht cashmäßig da, sondern nur buchmäßig. Und jetzt gibt es klarerweise die Möglichkeit, dass der Finanzreferent, dann wenn er im Budget entsprechende Lücken hat, sozusagen in Personalunion mit dem Eigentümervertreter der Landesholding in Verhandlung eintritt und dort sozusagen entsprechende Dividendenausschüttungen begehrt. Und das kann dann als Prozentsatz gesehen werden auf das eingebrachte Kapital, das ja, wie ich dargestellt habe, sehr beträchtlich hoch ist. Und die Geschäftsführer sind dann nicht in der starken Position, dass sie Dividendenausschüttungen, die vielleicht dem Grunde oder der Höhe nach nicht gerechtfertigt sind, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Das bedeutet im Endergebnis, dass letztlich für zu tätige Darlehensaufnahmen auch die Landesholding herangezogen werden kann. Diese Möglichkeit ist jedenfalls bei objektiver Analyse der gegebenen Verhältnisse möglich. Interessant wäre für mich dazu auch die Meinung der Vorstände der gewinnbringenden Unternehmen, wie sie sich den neuen Eigentümern gegebenenfalls verhalten werden, wenn sozusagen als Konsequenz vom Finanzbedarf im Landesbudget Dividendenzahlungen verlangt werden.

Ich möchte ein paar Worte auch noch sagen als Wohnbaureferent zur Lawog. Die Lawog wird ja auch eingebracht in diese Landesholding. Jetzt ist es unzweifelhaft so, dass Gewinne oder Verluste der Lawog nicht verwertet werden können, weil die Lawog ein gemeinnütziges Unternehmen ist. Also der Steuervorteil fällt einmal jedenfalls bei der Lawog weg. Welche strategischen Aufgaben, die die Holding ja eh nicht wahrnehmen kann, aber vielleicht wahrnehmen könnte bei einer anderen Konstruktion, um die Lawog zu leiten und strategisch zu führen, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Ich glaube auch, man soll, gerade auch mit dem Wohnen mit Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein umgehen. Und es war immerhin diese Bundesregierung, die rund 60.000 Wohnungen aus dem Kreis der Gemeinnützigkeit herausgelöst hat und letztlich verkauft hat und damit entsprechend Kasse gemacht hat. Jetzt ist es so, dass das WGG de facto diese Möglichkeit ausschließt, aber wie man gesehen hat, bei den Bundeswohnbaugesellschaften, man kann Gesetze durch einfache legislative Maßnahmen ändern und rasch die Voraussetzungen schaffen, dass ein Verkauf möglich wird.

Es macht insgesamt für mich die Einbringung der Lawog in die Holding überhaupt keinen Sinn. Es machte vielmehr Sinn, eine zusätzliche Sicherheit zu geben und letztlich die Landesbeteiligung an der Lawog mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit abzusichern. Denn natürlich ist es so, Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, es wird eh nichts gemacht, was nicht vernünftig ist. Das unterstelle ich Ihnen auch in keiner Weise, dass Sie unvernünftige Dinge tun wollen. Aber es ist ja häufig auch eine Frage der Beurteilung, was vernünftig ist und was nicht vernünftig ist und meistens sieht man erst hinterher aus der retrospektiven Analyse, ob Entscheidungen richtig waren oder nicht. Daher ist es, glaube ich, auch der Sinn einer qualifizierten Mehrheit, dass eben eine größere Mehrheit, ein größerer Anteil an Meinungsbildung in die Entscheidungsfindung einfließt. Daher glaube ich durchaus, dass eine Zwei-Drittel-Mehrheit einen Sinn macht.

Sie haben in einem Interview in der Kronenzeitung am 28. 8. 2005 gesagt, wenn Sie richtig zitiert wurden, dass Sie deswegen die Zwei-Drittel-Mehrheit ablehnen, weil das Investoren abschrecken würde. Das bedeutet ja im Ergebnis nichts anderes als dass die Möglichkeit eines Verkaufs an private Investoren mit einfacher Mehrheit einkalkuliert wird. Es ist ja auch

nicht so, Herr Landeshauptmann, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Sinnvolle Strategien!“) dass durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit grundsätzlich jeder Verkauf oder jede Beteiligungsmaßnahme abgelehnt würde. Es ist ja möglich, aber man muss halt dann eine breitere Mehrheit suchen und es müssen die Überlegungen und die Analysen einer breiteren Mehrheit und mehrerer Landtagsparteien dann in das Ergebnis miteinfließen.

Noch ein paar Worte zur Linz AG. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Ich glaube, der Vergleich mit der Linz AG und der Landesholding, der hinkt wirklich gewaltig, denn die Linz AG ist entstanden aus der Zusammenführung zweier Versorgungsunternehmen, der ESG und der SBL. Die Linz AG ist ein Konzern mit einem Konzernsitz mit entsprechenden Vorständen, die den ganzen Konzern leiten mit entsprechenden strategischen Funktionen in der Holding. Die Linz AG ist also kein so großes Sammelsurium wie das die Landesholding sein wird. Dort ist nicht drinnen das AKH, es ist auch nicht drinnen die GWG als gemeinnützige Gesellschaft, es sind auch nicht die Bildungsgesellschaften drinnen, wie zum Beispiel die Volkshochschule, etc. Es sind eindeutig nur drinnen Aktivitäten und Themen, die letztlich einen Versorgungsauftrag für die Bevölkerung begründen und die in der ESG und in der SBL damals geführt wurden. Daher soll man, glaube ich, hier nichts vergleichen, was eigentlich nicht vergleichbar ist.

Also insgesamt beurteile ich die Landesholding so, dass die Gefahr, dass eine entsprechende Aushöhlung in finanzieller Natur gemacht werden könnte, ich rede immer von der Möglichkeitsform, dass diese Gefahr größer ist als die relativ bescheidenen Vorteile aus dem steuerlichen Querverbund und aus der Gruppenbesteuerung. Querverbund wird's ja eh nicht geben, weil ja keine Verkehrsunternehmen drinnen sind, wo man glaub ich diesen Querverbund anwenden kann. Das ist der Vorteil, den die Linz AG schöpft, aber die Linz AG ist zum Beispiel auch betroffen von der Beurteilung der Finanzverwaltung, dass alle Verluste bei den Bädern den Liebhabereitabstand erfüllen und daher nicht ergebnismindernd und steuermindernd in Ansatz gebracht werden können. Danke schön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frauscher.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir jetzt vielleicht etwas weiter auszuholen, zur Wirtschaftspolitik allgemein und möchte durchaus einige kritische Anmerkungen machen jetzt zur SPÖ. Weil der Kollege Ackerl zuerst gesagt hat, wir sind grundsätzlich gegen alle Anträge, die sie machen, möchte ich auch einmal das ein bisschen darstellen, wie das auch in der Wirtschaftspolitik oder in der Aussage darüber sich hier zeigt.

Wir wissen, die Wirtschaft hat eine enorme Bedeutung für die Entwicklung, für die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes Oberösterreich. Es muss daher unser Ziel sein und das ist es auch, die Rahmenbedingungen dementsprechend so optimal wie möglich zu gestalten. Das wurde in der Vergangenheit auch mit großem Verantwortungsgefühl gemacht. Ich muss sagen, die Erfolge des Landes sprechen hier auch eine deutliche Sprache. Wir haben zum wiederholten Male die geringste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer, das höchste Wirtschaftswachstum, die größte Exportquote, die höchsten Lehrlingszahlen, usw.

Natürlich kann sich aber Österreich nicht von der internationalen Entwicklung abkoppeln und natürlich machen sich auch mehrere hintereinander folgende schwächere Jahre mit schwächerer Konjunktur auch bei uns bemerkbar, zum Beispiel natürlich in einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote, allerdings eben von ganz niedrigem Niveau aus. Unser Hauptaugenmerk wird daher darin bestehen, hier gezielte Maßnahmen zu setzen, um das Ziel Vollbe

schäftigung wieder zu erreichen. Das passiert auch bereits und ist uns natürlich ein ganz großes Hauptanliegen.

Es besteht aber kein Grund, absolut kein Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ und ich muss hier speziell auch die Aussendungen der Arbeiterkammer erwähnen, diese Zahlen, diese guten Zahlen des Landes mit Skepsis zu betrachten oder sogar negativ darzustellen. Im Gegenteil, wir können stolz sein auf das, was wir in Oberösterreich erreicht haben und andere Bundesländer wären froh, wenn sie solche Zahlen aufweisen könnten. Ich verstehe daher solche Aussagen nicht. Erstens muss es nämlich unsere Pflicht sein als Vertreter des Landes, die Vorzüge unseres Landes in die Auslage zu stellen, die Vorzüge zu betonen, gerade auch im Hinblick auf Betriebsansiedlungen oder auch auf Investoren, die bereit wären, hier ihr Geld bei uns zu investieren und einzusetzen. (Zwischenruf Abg. Prinz: „Ist aber kein Landesparteiethema, oder?“) Zweitens, Kollege Prinz, stellen Sie auch Ihr eigenes Licht unter den Scheffel, weil natürlich diese Leistungen, die wir für Oberösterreich erbracht haben, nur in gemeinsamer Anstrengung aller hier im Landtag vertretenen Parteien möglich gewesen sind.

Manche Dinge sind nämlich hier wirklich zu hinterfragen, wie das dargestellt wird. Ein Beispiel: Sie erinnern sich noch an die Landtagssitzung, wo wir bis zum späteren Abend hinein diskutiert haben, ob das Land schuldenfrei ist oder nicht. Sie haben dies verneint und auch die ohnehin im Budget abgedeckten zukünftigen Verpflichtungen, die so genannten Verwaltungsschulden, als reale Schulden angesehen. Einige Monate später wird in Zeitungsartikeln gefordert, Hochwasserschutzbauten aus den Rücklagen vorzufinanzieren und in diesen Artikeln wird ausdrücklich betont, dass das Land sich das leisten kann, weil wir ja schuldenfrei sind. Auch der Kollege Eidenberger hat das heute wieder wortwörtlich gesagt, wir sind ja schuldenfrei, also können wir uns das leisten. Mit diesen Diskussionen erhöhen wir natürlich unsere Glaubwürdigkeit als Politiker nicht. Wenn wir einmal das auf der einen Seite so sehen, auf der anderen Seite wieder anders.

Es ist auch nicht gut, dass ständig versucht wird, und das passiert leider auch sehr oft, einen Konflikt zwischen Mitarbeitern und Arbeitgebern herbeizureden, der nämlich nicht besteht. Und dass immer versucht wird, wenn eine Maßnahme gesetzt wird, steuerlich oder politisch, die einem Betrieb nützt, dies als negativ hinzustellen.

Liebe Freunde! Betriebe sind immer ein Konglomerat aus Betriebsinhabern und Mitarbeitern und nur in enger Zusammenarbeit können diese Betriebe erfolgreich arbeiten. Daher jede Maßnahme für einen Betrieb ist daher auch eine Maßnahme für die Mitarbeiter in diesem Betrieb. Das wird in den Betrieben auch so gesehen und in einer sozialpartnerschaftlichen Weise abgehandelt. Ich kann das täglich in meinem eigenen Betrieb erleben und im allergrößten Teil der anderen oberösterreichischen Unternehmen passiert dies genauso.

Zur Frage, ob private Unternehmen auch in der Daseinsvorsorge tätig sein können. Ich würde das für mich bejahen. Ich habe unter anderem ein Entsorgungsunternehmen. Ich würde sagen, dass wir sehr zuverlässig, sehr pünktlich arbeiten und der Vergleich macht mich sicher, auch preiswerter für den Bürger arbeiten, als das die öffentliche Hand kann. (Zwischenruf Abg. Prinz: „Wo denn? Wo ist der Vergleich?“) Zum Beispiel die Stadt Ried. Ich hab jetzt einmal angeboten, sie würde sich ungefähr zwei Millionen Schilling ersparen, aber ist leider durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Ried nicht möglich. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „In Linz war es deutlich teurer!“) In Ried ist es so.

Ich finde es auch nicht gut, dass nicht akzeptiert wird, dass Betriebe, die privatisiert wurden und die heute besser dastehen als vorher, schlecht dargestellt werden. Wo es einen Sinn hat, Privatisierung zu machen, ist es auch klug, dass man das macht.

Oder ist es zum Beispiel schlecht, dass die Seilbahnen Hochficht, Wurzeralm, Hinterstoder mit einer Investitionssumme aufgewertet wurden, die das Land als Eigentümer nie hätte aufbringen können? Ist es schlecht, dass die Hypo heute Ergebnisse schreibt, besser als jemals zuvor? Ist es schlecht, dass die voestalpine heute 600 Mitarbeiter mehr hat als vor der Privatisierung, den höchsten Börsenwert und die größte Investition in der Firmengeschichte tätigt? Ist das wirklich, wie auch geschrieben steht, nur auf den höchsten Stahlpreis zurückzuführen oder nicht doch auf die Leistungen der Mitarbeiter, die sich jetzt in einem neuen Konzept bewegen können, des Managements, das jetzt seine Rahmenbedingungen selbst abstecken kann? Oder nicht etwa auf das über den Börsengang hereingekommene Kapital oder nicht auch auf das Vertrauen vieler in diese neue Konstellation, speziell auch der Mitarbeiter, die sich ja maßgeblich am eigenen Betrieb beteiligt haben? Oder nicht auch auf das größere Vertrauen der Kunden in einen nicht von der öffentlichen Hand kontrollierten Betrieb?

Nicht umsonst, Herr Landesrat Ackerl, sagt auch der Generaldirektor Eder, dass die voestalpine jetzt endgültig frei und selbstbestimmt ist und der Konzern dem Staat nicht mehr Rechenschaft geben muss. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Jetzt hab ich Sie so geschätzt die ganze Zeit. Voest-Stahl war schon gut bevor...!“) Aber jetzt sind sie besser. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: „Nein!“, Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Sie sind immer gleich gut!“) Auf jeden Fall sagt der Herr Generaldirektor Eder, dass eben das jetzt sicherlich wesentlich angenehmer zum Arbeiten ist und dass er sich auch mit den 30 %, die die oberösterreichischen Betriebe halten und mit den 10 %, die die Mitarbeiter halten, auch sehr sicher fühlt. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Fragen Sie einmal den Herrn Generaldirektor Eder, ob er in eine Landesholding möchte. Machen Sie doch einmal den Versuch, ob ihm das taugt.“) Da bin ich nicht kompetent genug, aber würde auch keinen Sinn machen, weil wir ja auch keine Landesanteile an der voest halten. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Aber unser Finanzdirektor sitzt im Aufsichtsrat!“) Wir können ja nicht was in die Landesholding einbringen, wo wir keine Anteile haben. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Vorkaufsrechte!“) Naja.

Wir haben ja auch in der Vergangenheit, muss man sagen, in vielen diesen Dingen eine Konsenslösung gefunden. Es wäre daher auch gut, wenn es jetzt bei der Schaffung der Landesholding Oberösterreich auch so einen Konsens geben würde. (Unverständlicher Zwischenruf) Die Ausgangslage ist klar. Wir haben schon gesagt, mit Schaffung dieser Holding können mehrer Vorteile auf einmal erreicht werden. Durch das Zusammenfassen unter einem Dach und da gebe ich Ihnen nicht Recht, Herr Kollege Kepplinger, können natürlich Synergieeffekte im betriebswirtschaftlichen Bereich und in der Organisation erzielt werden. Man kann schon steuernd eingreifen über den Aufsichtsrat, sind wir doch nicht naiv. Ich meine, da ist doch eine politische Möglichkeit da im Aufsichtsrat dieser Holding, ohne dass jetzt die Geschäftsführung, der Herr Widera und die Frau Licka jetzt dort operativ tätig sind. Aber es sitzt doch die ganze Regierung da drinnen. Und in dieser Holding werden sie dann natürlich ein gewichtiges Wort mitreden im Aufsichtsrat. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: „Insbesondere keine konzernleitenden Aufgaben wahrnehmen!“) Natürlich nicht. Aber ich habe gerade gesagt, politische Tätigkeit und ich habe ja gerade gesagt, man braucht ja da nicht so tun, wie wenn da keine Möglichkeiten bestehen.

Und ich sage auch, dass durch die Gruppenbesteuerung das Land trotzdem einen beträchtlichen finanziellen Vorteil erreichen kann und wir sagen, dass das in den nächsten Jahren in zweistelliger Millionenhöhe passieren kann. Sie sagen, 2,5 Millionen, das ist eh nichts. Auch wenns 2,5 Millionen Euro sind, glaube ich, leben wir schon in einer Zeit, wo 30 Millionen, 35 Millionen Schilling auch für den einzelnen Bürger kein Kleingeld sind und kein Taschengeld. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: „Ein mattes Ergebnis!“) Ein mattes Ergebnis.

Ich bin der Meinung, dass diese Gewinne oder Ersparnisse deutlich besser ausfallen, auch wenn sie im ersten Jahr natürlich durch die Errichtungskosten relativ gering sein werden. Diese 2,2 Millionen müssen wir einmal erstmalig abziehen. Das ist einmal keine Frage. Das ist aber trotzdem erspartes Geld, das man woanders einsetzen kann in vielen Bereichen. Geld kann man immer brauchen. Wir reden gerade über viele Sachen. Hochwasser, wir reden jetzt wieder über den Heizkostenzuschuss, usw.

Dass man die Steuern nicht senken sollte, weil die Gemeinden dadurch Verluste haben, also dieses Argument ist wirklich sehr, sehr matt, wenn man weiß, dass 2 % für die Städte und 2 % für die Gemeinden zurücklaufen von 100 % Steueraufkommen, dann muss ich schon sagen, dann müsste ich als Unternehmer und auch als Land, naja schon bei relativ wenig Verstand sein, wenn ich sage, ich schaue, dass ich die Steuern optimiere, 100 % hinzahle, dass ich 4 % zurückkriege. Also das wird einmal nicht aufgehen. Die Investitionen, die in diesen Bereichen tätig sind, hat ja der Landeshauptmann schon gesagt, werden ja das weit-aus aufwiegen natürlich. Diese Verluste, die die Gemeinden in so marginaler Höhe, hat man ja schon gehört von 45 Euro zum Teil haben werden.

Die Verlustvorträge, wie Sie sagen, Herr Landesrat Kepplinger, Sie gehen davon aus, dass gewisse Verlustvorträge jetzt einmal vorhanden sind, die einmal gesichert sind. Da stimme ich Ihnen zu. Sie gehen davon aus, dass alles, was in Zukunft anfällt, unter Liebhaberei fällt. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass alle diese Betriebe, die jetzt Verluste machen, permanente Verlustbringer sind, dass die nicht zwischendurch Gewinn erwirtschaften können, sondern Sie können für die nächsten zehn Jahre sozusagen die Betriebsergebnisse der Firmen voraussagen. Da haben Sie uns einiges voraus an Wirtschaftswissen. Ich könnte das nicht. Wir werden das sehen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: „Ich kann Ihnen Unterlagen bringen!“) Man kann keine Zehnjahresplanung für Betriebe, das wissen Sie als Betriebswirt ohne weiteres. Sie können drei Jahre vielleicht vorausschauen, weil man davon ausgehen kann, was sich vielleicht entwickelt. Aber Sie sagen ja, es werden überhaupt keine Verlustvorträge mehr anfallen. Sie sagen, mit den 26 Millionen ist die Sache gegessen und dann gibt es nichts mehr. So kann man das so einfach natürlich nicht darstellen.

Es gibt eben auch die Empfehlung des Landesrechnungshofes, diese gemeinsamen Synergien zu nutzen. Und wir vertun uns ja nichts. Die Budgethoheit des Landes bleibt ja erhalten, auch die Zustimmung zu Zahlungsverpflichtungen oder zu Haftungen, auch die Prüfständigkeit des Landesrechnungshofes. Und da die Landesregierung den Aufsichtsrat stellt, bleiben auch die Mitwirkungs- und Informationsrechte natürlich gewahrt, und zwar voll gewahrt. Und ich möchte daher auch sagen, und es wurde heute einmal kurz angesprochen, als Zukunftsszenario ist die Landesholding auch ein Fundament für einen zukünftigen Beteiligungsfonds, der von Ihnen ja immer so vehement gewünscht wird. Wo sich auch im Krisenfall diese Holding an Unternehmen beteiligen kann, um diese abzusichern. Das ist ja doch ein permanenter Wunsch der SPÖ. Und ich glaube, das wäre doch keine schlechte Sache, wenn man über diese Holding dieses Fundament schaffen würde, um diesen Beteiligungsfonds zu errichten. (Unverständlicher Zwischenruf) Es sind auf jeden Fall dies - was ich jetzt gesagt habe - die Motive, diese Landesholding zu schaffen, und auch die Aussagen, dass

hier ein Ausverkauf geplant wird, werden auch durch x-malige Wiederholungen nicht wahr. Das sind doch alles frei agierende Unternehmen, die da heute im Landesbereich tätig sind, wo wir Anteile halten. Und es sind auch Unternehmen, wo wir zum Teil in marginaler Größe Anteile halten. Und die Spitäler verkaufen: Ja, glaubt denn wirklich jemand, wer wird die Spitäler verkaufen oder wer würde einen Abgangsbetrieb kaufen? Und diese Teilung in die Immobilien- und Betriebsgesellschaft, das ist ja halt eine theoretische Berechnung einmal. Aber, das ist ja nichts Politisches. Das kommt ja, diese Aussagen gibt es ja nicht. Gibt es die irgendwo von uns? (Unverständliche Zwischenrufe) Vom Landeshauptmann? Oder von irgendwem? Wir sagen, dass jetzt keine Verkäufe geplant sind. Und wir bitten Sie, eben das auch zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sagen aber auch, dass die Vorteile dieser Holding nur zur Gänze erreicht werden können, wenn die EnergieAG auch eingebracht wird. Und da muss ich schon sagen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, es ist nicht so, dass die EnergieAG mit der Gruppenbesteuerung, die sie selbst durchführt, zur Gänze all ihre Gewinne, die sie verbrauchen kann im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten, auch verbraucht. Natürlich bleiben noch Überschüsse vorhanden innerhalb der 75 Prozent, wo es möglich ist, Steuerverlustverträge abzusetzen. Und in der Holding können eben auch diese restlichen Bedingungen noch abgeschöpft werden. Und drum macht es sicherlich einen Sinn.

Wie gesagt: Die Vorteile lassen sich nur erreichen, die vollen Vorteile, wenn man die EnergieAG auch mit einbringt. Und ich möchte sagen, hier nicht mitzustimmen oder nur um den Preis oder die Prämisse einer Zwei-Drittel-Mehrheit, die ja bei der EnergieAG sowieso gegeben ist, um etwas zu verhindern, nämlich Ausverkauf, was ohnehin keiner plant, das halte ich nicht für ein verantwortungsvolles Vorgehen.

Ich bitte Sie daher, sowohl der Einbringung der einen Betriebe, als auch der EnergieAG zuzustimmen. Es ist legitim und selbstverständlich üblich, dass man politische Ansprüche hier stellt. Aber, ich möchte doch auch sagen, und vielleicht so ähnlich wie der Kollege Strugl, ich hoffe, ich kriege jetzt auch nicht wieder einen Ordnungsruf oder irgendwas, aber irgendwo sollten wir die Grenze halt dort setzen, wo es halt dann für das Land einen Schaden gibt oder wo das Land halt einen Nutzen nicht lukrieren kann. Drum bitte ich sie noch mal, hier zuzustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz zu einigen aufgeworfenen Fragestellungen Position beziehen. Zum einen zur Behauptung: Arbeitnehmervertretung wird geschätzt und wäre keine Absicht vorhanden, sie aus den Mitentscheidungsorganen auszuschließen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Fachhochschule eine GesmbH ohne Aufsichtsrat ist und daher der Betriebsrat keine Mitbestimmungsmöglichkeit hat. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Begutachtungskommission für die Spitzenposition im Land Oberösterreich, die einzige unter den neun Bundesländern ist, wo die Personalvertretung kein Stimmrecht hat. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Eine Empfehlung des Rechnungshofs!") Ich mache darauf aufmerksam, dass bei der TheaterGesmbH eine freiwillige Lösung möglich gewesen wäre und nicht gewählt wurde. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass die jetzige Landesholding bereits im Firmenbuch eingetragen ist, aber keine Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat dort fixiert ist. Also, wenn man sie ändern will und wenn man eine andere Linie

haben will, dann kann man das jeder Zeit rasch ändern. Wir bestehen auf jeden Fall darauf, dass die Arbeitnehmerrechte auch in den Unternehmungen des Landes gewahrt bleiben.

Kollege Trübswasser hat formuliert, die Verfassungsmehrheit ist dazu da, um bestimmte Dinge über Wahlen hinaus abzusichern. Und da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, und daher schlagen wir ja auch diese Zwei-Drittel-Mehrheit vor, um eben die Sicherheit gegen den Ausverkauf über eine Wahl hinaus abzusichern. Genau das ist der Grund, den Sie angeführt haben, für eine Verfassungsmehrheit, dass wir diese Verfassungsmehrheit auch haben wollen. Und es geht um keinen Machtanspruch der SPÖ, denn wir haben zum Beispiel in der letzten Legislaturperiode das eine Drittel an Mandaten zur Machtausübung gar nicht gehabt. Also, es würde der SPÖ gar nicht unbedingt helfen, sondern es hilft nur den Betrieben, Sicherheit zu geben. Jede Gemeinde braucht für jede Veräußerung oder eine Kreditaufnahme eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Niemand sieht dabei ein Problem. Ich möchte es noch einmal betonen. Das ist weder undemokratisch noch bürokratisch noch sonst irgendwas. Niemand hat ein Problem damit, wenn eine Gemeinde einen Zwei-Drittel-Mehrheitsbeschluss braucht, um einen Quadratmeter Grund zu verkaufen. Und daher ist es auch als Argument gegen die Sicherheit auf Landesebene zu verwenden, eigentlich gar nicht richtig.

Es gibt kein Bundesland, wo die Holding eine Zwei-Drittel-Mehrheit hat. Das ist richtig. Es gibt aber auch kein Bundesland in Österreich, das solche Spitalspläne hat wie Oberösterreich. Sie wissen das, seit März liegen im Aufsichtsrat der gespag die Verkaufsszenarien. Und da steht, ich weiß nicht, vermehrte Risikoübertragung erhöht die Renditenforderung des privaten Investors. All das behandeln sie. (Unverständliche Zwischenrufe) Und es steht drinnen, mit Schaffung der Landesholding ist das umsetzbar. Ich sitze nicht im Aufsichtsrat der gespag, Sie sind dort. Wenn sie eine Garantie abgeben, dass das nie Wirklichkeit wird, dann ist unser schlechtes Gefühl weg. Wenn sie aber sagen, es kommt eine Landesimmobilien-gesellschaft bei der gespag, und es wird zu Immobilienverkäufen kommen, und das wurde bereits in der Landesregierung gesagt, Kollege Frauscher, dass das durchaus passieren kann oder vorkommen kann, dann müssen Sie unsere Sorge verstehen.

Zur EnergieAG noch einmal: Es gibt keinen Antrag des Vorstandes, die EnergieAG in die Landesholding einzubringen. Es gibt auch keinen Antrag des Aufsichtsrates, die EnergieAG in die Landesholding einzubringen. Und ich frage sie, wollen Sie das wirklich, dass unser hochgeschätzter Herr Landesamtsdirektor als Aufsichtsratsvorsitzender der EnergieAG zu seinen Finanzbeamten pilgern muss und fragen muss, welche Strategie werden wir jetzt verfolgen bei der EnergieAG? Was gibt ihr mir als Strategie vor? (Unverständliche Zwischenrufe) Das ist die Konstruktion, die sie haben wollen! Die beiden Geschäftsführer in der Landesholding geben die Strategie vor, machen das Strategiemanagement, das bedeutet das ganz konkret. (Unverständlicher Zwischenruf) Das würden sie vorschlagen, und ich hoffe, sie sind mit mir einer Meinung, dass der Dr. Pesendorfer ein sehr guter Aufsichtsratsvorsitzender ist und zu seinen Beamten nicht unbedingt pilgern braucht, um die richtigen Entscheidungen vorzuschlagen. Sie haben auch jahrelang gefordert seitens der FPÖ, die EnergieAG aus den direkten Einfluss des Landes herauszulösen. Heute kommt wieder die Forderung, in den direkten Einfluss des Landes zurückzubringen. Das ist genau das Gegenteil dessen. Und ich darf Ihnen nur sagen, die EnergieAG wird die Steuervorteile selber nutzen. Das Management und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden darüber sehr froh sein, dass sie diese Möglichkeiten haben.

Ich mache aber trotzdem noch einmal ein letztes Angebot oder nicht ein letztes Angebot, ein Angebot: Wir haben fünf verschiedene Abänderungsvorschläge eingebracht. Alle fünf wurden bisher abgelehnt. Sie haben ein Kompromissangebot gemacht. Das bedeutet Hundert

Prozent ÖVP-Vorschlag, null Prozent andere Vorschläge, nicht ein halber Millimeter Veränderung ist ihr Angebot. Und daher biete ich noch einmal an: (Unverständliche Zwischenrufe) Nachdem wir die Landesholding grundsätzlich wollen. Wir wissen, dass die Steuervorteile sowieso kommen, in der Landesholding und außerhalb der Landesholding. Es daher wirklich darum geht, die Ausverkaufsmöglichkeiten einzuschränken. Biete ich noch einmal an, Gespräche zu führen, diesen Punkt noch einmal zurückzustellen und ein Modell der Absicherung des Landeseigentums zu vereinbaren. Wenn sie nichts verkaufen wollen, wie sie hier dauernd betont haben, warum machen wir nicht gemeinsam ein Modell zur Absicherung unserer Unternehmungen und des oberösterreichischen Eigentums. Ich biete ihnen diese Möglichkeit noch einmal an, hier zu einem gemeinsamen Konsens, zu einer guten Lösung zu kommen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, eine zweite Rede zu halten, es liegt mir aber ganz wichtig daran, drei Feststellungen zu treffen: Erstens, ich wiederhole, dass nach allen Vorstellungen und nach allen Absichtserklärungen der Österreichischen Volkspartei wir dafür sind, wenn die Arbeitnehmervertreter sich freiwillig und aufgrund ihrer persönlichen Entscheidungen zu einer Arbeitnehmervertretung im Konzern finden, dass sie die entsprechenden Rechte selbstverständlich erhalten werden. Zweitens, ich erkläre hiermit, dass der Eigentümer Land Oberösterreich, vertreten durch den Finanzreferenten nicht im Entferntesten daran denkt, Krankenhäuser zu verkaufen. Das was überlegt wird, (Unverständlicher Zwischenruf) ist und was immer wieder vorgeschlagen wird von den Fachleuten, eine zweite Gesellschaft zu gründen, die im hundertprozentigen Eigentum des Landes steht und die Immobilien verwaltet. Immobilien, die verkauft werden, können nur solche sein, wie jetzt zum Beispiel die Gründe der ehemaligen Frauenklinik, die man nicht mehr braucht und wo es sinnlos wäre, wenn man in einer Stadt oder in einer Gemeinde leerstehende Grundflächen oder alte Häuser einfach bestehen ließe. Wir haben nicht vor, ein Cross-Border-Leasing mit den Spitälern zu betreiben. Das ist vorgeschlagen worden von dritter Seite. Darauf haben wir keinen Einfluss. Wir haben nicht vor, Spitäler zu verkaufen. Außer man einigt sich bei der Führung, wie zum Beispiel bei der Psychiatrie in Wels, wo Einvernehmen erzielt wurde, dass die Psychiatrie in Zukunft von den Kreuzschwestern und nicht mehr vom Land gemacht wird. Wir lassen uns nicht unterstellen, dass wir Krankenhäuser verkaufen, die wir zur Versorgung der Bevölkerung brauchen.

Und dritter Punkt: Herr Kollege Ackerl, Sie haben in Zusammenhang mit der Voest in einem Zwischenruf gesagt, um es hochdeutsch auszudrücken: Dass einige Leute aus unseren Reihen schon vor Jahren sich dort so quasi bereichert hätten. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Abgeräumt habe ich gesagt!") Na ja, so ungefähr haben Sie das zum Ausdruck gebracht. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Abgeräumt!") Bitte? Abgeräumt hätten, war der genaue Ausdruck. Darf ich Sie ersuchen hier herauszukommen, diese Namen zu nennen und auch die Anlässe zu nennen, wo diese Abräumung stattgefunden hat. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ja, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schliesse daher, ach so? (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Doch!") Der Herr Landesrat Ackerl, bitte.

Landesrat Ackerl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Hast dich schon frei gemacht?") Du, da herinnen ist es aber gescheit warm, weil bis jetzt keine Klimaanlage ermöglicht wurde, obwohl die Grünen der Meinung sind, dass man mit Biomasse betriebenen Klimaanlage sehr wohl auch dieses Haus kühlen könnte. (Unverständliche Zwischenrufe) Na ja, da herinnen ist ja schon ein Wüstenwind.

Der Herr Landeshauptmann hat mich aufgefordert, jene zu nennen, die abgeräumt hätten: Ich meine, abgesehen davon, sollte ich es wirklich so gesagt haben, unter Abräumen natürlich nicht eine unzulässige Bereicherung verstanden werden kann. (Unverständlicher Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer) Na ja, geh bitte? Wann kann man euch schon unzulässige Bereicherung unterstellen oder euch Nahestehenden? Das ist doch überhaupt nicht möglich! Also, wer mir das jetzt unterstellt, das ich das gesagt hätte, dann muss ich sagen, dem muss ich sagen, so etwas würde ich nicht sagen, weil ich es ja nicht beweisen kann. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Was haben Sie gemeint damit?") Dass Sie zu jenen permanenten Kindesweglegern gehören, was die ehemalige Verstaatlichte Industrie betrifft, da wäre die Babyklappe - die imaginäre - ständig voll, weil Sie waren vertreten in allen Obergesellschaften. Das hat bei der ÖIAG angefangen, hat sich fortgesetzt über die Hauptgesellschaften, über die Nebengesellschaften, da sind überall ihre Vorstandsleute drinnen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Um das geht es jetzt nicht, wer abgeräumt hat, will ich wissen!") Es geht um das, Herr Landeshauptmann, in meiner Wortmeldung! Nein, ich bestimme schon immer noch selbst, was ich in meiner Wortmeldung meine. Es geht um und um nichts anderes, Herr Landeshauptmann, wer beteiligt war an den verschiedenen Entwicklungen in der ehemaligen Verstaatlichten Industrie. Nehmen Sie das schlicht und einfach zur Kenntnis. Und es geht auch heute darum, dass man sagt, wer sind denn die starken Gesellschafter in dem jetzt privaten Bereich? Na ja, so privat sind die auch alle nicht. Ich meine, wer da drinnen ist, sind in der, man weiß es doch, natürlich sind privatwirtschaftlich geführte Fonds als privat zu sehen. Aber wer schafft denn dann an in diesen Fonds? Sehr viele Verbindungen sollen auf den Raiffeisenplatz hin gehen, nicht, zum Beispiel. Also, so unfern von der ÖVP, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Geh, dort haltet ihr euch eh gern auf!") na ja, wo ich mich gerne aufhalte, das bestimme ich auch selber. Aber so ungern oder so weit weg von der ÖVP wird doch der Herr Generaldirektor nicht sein. Aber, ich glaube, ich kann jetzt meine Wortmeldung wirklich abschließen. Ich will ja die Beschlüsse des hohen Hauses nicht aufhalten. Sollte also der Eindruck bei der ÖVP entstanden sein, ich würde ihr eine Abräumer-Mentalität zumessen, da müssen wir leider warten bis dass es einmal den bisher von den Freiheitlichen verhinderten Untersuchungsausschuss im Parlament gibt, dass wir draufkommen, was denn da oder dort möglicherweise bei der jetzigen Privatisierung bunt gelaufen ist. Und daher unterstelle ich weder den einen noch den anderen irgend etwas. Ich wollte nur auf frühere Dinge verweisen.

Wo ihr immer so tut, wie wenn wir eine sozialdemokratische Alleinregierung gehabt hätten, nur die meisten Schulden sind in euren Ressorts und in eurer Zeit entstanden. Und mit dem werdet ihr leben müssen. Und der größte Schuldenmacher ist in vier Jahren der Herr Finanzminister Grasser gewesen und nicht einer sehr Vorgänger. (Unverständlicher Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer) Herr Landeshauptmann, wenn ich dran denke, dass er um 76 Milliarden Euro alles mögliche verschleppert hat in diesem Land, also so ist es ja nicht. Aber, das gehört heute hier nicht her. Ich meine, wir haben Ihnen jetzt ein letztes Kompromissangebot gemacht, Herr Landeshauptmann. Gehen Sie in sich, Sie haben als Referent die Möglichkeit, eine neuerliche Wortmeldung abzugeben. Wir könnten auch die Sitzung aus diesem Grund noch einmal unterbrechen. Wir sind auch noch zu Gesprächen bereit. Wir bieten Ihnen an, und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider hat das erst sehr deutlich gemacht, bei der Absicherung dessen, was wir als Mindestanforderungen betrachten, auf uns zuzugehen. Umgekehrt gehen wir auf Sie zu und würden dann der Landesholding zustimmen. Das ist doch akzeptabel und kein Mensch draußen in der Bevölkerung versteht, warum Sie nicht bereit sind, mit uns genauso ordentliche Gespräche zu führen, wie Sie es getan haben, solange Sie uns gebraucht haben. (Beifall) Ich meine, das ist ja doch überhaupt kein Problem, oder? (Unverständliche Zwischenrufe)

Dritte Präsidentin: Ja, jetzt ist niemand mehr zu Wort gemeldet? (Unverständliche Zwischenrufe) Ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über die Beilage 646/2005 und dann über die Beilage 647/2005 Beschluss fassen werden. Ich darf darauf hinweisen, dass für die Annahme der Beilage 647/2005 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 646/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 647/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erhalten hat. Der Antrag gilt somit als abgelehnt.

Wir kommen nun zur Beilage 645/2005. Das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Projekt Detail Charakteristik oberösterreichischer Fließgewässer, Feintypisierung und Leitbilderstellung inklusive Erstellung eines Filmes beziehungsweise interaktiven DVDs. Projektphase zwei, Zeitraum 2005-2007. Ich bitte Herrn Landesrat Anschöber über die Beilage 645/2005 zu berichten.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bericht zur Beilage 645/2005 betreffend die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Projekt "Detailcharakteristik oberösterreichischer Fließgewässer - Feintypisierung und Leitbilderstellung". Oberösterreich ist bei der Vorbereitung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Umweltministerium und Wasserministerium derzeit dabei, die Typisierungen unserer Fließgewässer zu erstellen, um möglichst präzise Informationen darüber zu erhalten, wie diese notwendigen teilweisen Sanierungsarbeiten zu schaffen sind und umzusetzen sind, um einen möglichst guten ökologischen Schutzzustand, wie das die Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 vorsieht, tatsächlich auch zu erreichen. Um hier möglichst präzise Aussagen zu erreichen, ist geplant, nach der Grobtypisierung durch das Bundesministerium nun eine Detailtypisierung durchzuführen, damit wir gerade dort, wo etwa Industrieanlagen, Kraftwerksanlagen betroffen sind, eine möglichst punktgenaue Abgrenzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchführen können, um notwendige Zusatzbelastungen bei einer Gesamtsanierung eines gesamten Fließgewässers zu unterbinden.

Zweitens ist darin vorgesehen, dass entsprechend der Wasserrahmenrichtlinie auch ein großes Augenmerk auf die Einbindung betroffener Bürgerinnen und Bürger, also von Besitzern der Wehranlage oder der Industrieanlage bis zu den Fischern, die in der Region tätig sind, durchzuführen, um eine möglichst breite Akzeptanz zu realisieren, deswegen der zweite Teil, nämlich die interaktiven DVDs mit Erstellung eines Gesamtleitbildes. Ich danke für die Anerkennung der Dringlichkeit, denn wir müssen vor der Wintersaison die ersten Untersuchungstätigkeiten durchführen lassen, damit sich das zeitlich bis Ende 2006 noch ausgeht und damit im Rahmen des Fahrplanes der Europäischen Union und des zuständigen Ministeriums möglich ist und ersuche um eine gesamte Zustimmung. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Präsidentin Weichsler.

Abg. Präsidentin **Weichsler**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat! Ich will nicht künstlich verlängern, ich kann auch gleich einmal vorausschicken, dass wir dem Ganzen zustimmen, weil das Projekt an sich was Gutes ist. Wie wir also heute in der Diskussion schon erleben haben können, dass wir alle vielleicht nicht immer die gesamten Informationen im Haus haben, möchte ich gerne, weil mir zwei Informationen fehlen, schon etwas Bestimmtes dazu wissen. Es steht ja ganz klar drinnen, dass dieser Film bzw. diese DVDs, diese interaktiven DVDs, auf Wunsch des Büros von dir, Herr Landesrat, angeschafft wurden. Jetzt denke ich mir, nur alleine aus Akzeptanzgründen wird wahrscheinlich zu wenig Grund sein. Warum ist der Projektersteller nicht von vornherein auf die Idee gekommen, dass dies auch gemacht werden sollte? Ein Zweites, können wir uns darauf verlassen, dass das Anbot auch noch hält, es steht ja drinnen, dass es nur bis zum 30.6. dieses Jahres verbindlich ist? Das heißt, dass die Preise so halten, wie wir es jetzt beschließen werden. Das Dritte ist für mich, diese Frage möchte ich auch stellen: Lieber Herr Landesrat, du hast nicht von vornherein wissen können, dass diese Sitzung stattfindet, die ist ja aus einem anderen Grund eine Sondersitzung, das heißt, du hättest eigentlich erst die Beschlussfassung frühestens im Oktober dafür haben können. Meine Frage: Warum ist sie heute so dringlich, wenn sie ursprünglich eigentlich im Oktober wahrscheinlich auch noch bald genug gewesen wäre? Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schillhuber.

Abg. **Schillhuber**: Geschätzte Frau Präsident, liebe Mitglieder des hohen Landtags! Die Österreichische Volkspartei wird diesem Antrag zustimmen, da dieser Antrag vor allem unsere Fließgewässer in Oberösterreich neu einordnen wird, neu erheben wird und wir daraus sehen werden, wie sich die Fließgewässerentwicklung in Oberösterreich durchführt. Ich werde daher diesem Antrag zustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber**: Danke schön, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute schon einmal diskutiert, und wir haben derzeit und wahrscheinlich viele Jahre hindurch noch sehr, sehr viel zu tun im Themenbereich Hochwasserschutz. Hochwasserschutz ist neben diesen 385 Detailmaßnahmen, und wahrscheinlich werden es im Lauf der Jahre noch mehr werden, natürlich auch die Vorsorge im Bereich Renaturierungen, wir arbeiten ja mit diesen Projekten im Übrigen mit der Naturschutzabteilung mit dem NaLa-Projekt sehr intensiv zusammen. Es sind eigentlich Zwillinge von der Umsetzungsarbeit her, also Renaturierungen und der gute ökologische Zustand von Fließgewässern heißt auch Raum, Platz für Fließgewässer, Barriereentfernungen, ausreichende Restwasserdotierungen.

Wir haben in Oberösterreich die sagenhafte Streckenlänge, heute hast du mich quizmäßig schon etwas gefragt, jetzt frage ich dich. Was glaubst du, wie lange sind unsere Fließgewässer in Oberösterreich? (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "4.839 Kilometer!") 4.839 Kilometer war fast getroffen, nein, wir haben 22.000 Kilometer Fließgewässerslänge, ich habe es auch nicht gewusst. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Jedes Ufer!") Nein, nicht jedes Ufer, sondern auch das kleinste Nebengewässer, das ist dabei. Das ist für unser Verständnis, wie wir Hochwasservorsorge machen wollen ja ganz, ganz wichtig, damit wir die Einzugsbereiche, die Zubringerbereiche in den Griff kriegen, deswegen ist die Wasserrahmenrichtlinie auch eine zentrale Maßnahme in Richtung vorsorgenden, naturnahen Hochwasserschutz. Wenn es uns gelingt, die EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 tatsächlich umzusetzen, bringt uns das auch im Hochwas

serschutz einen wesentlichen Schritt voran. Ich habe schon gesagt, das Ministerium will an die Europäische Union 2007 die entsprechenden Meldungen machen, welche Gewässer-einteilung haben wir wo in Oberösterreich, damit die EU dann auch den entsprechenden Sanierungsbedarf mit uns zusammen definieren kann. Je präziser wir diese Nominierungen an die Europäische Union machen, desto präziser und fairer ist es auch deswegen, was auch eine wesentliche Forderung der Wirtschaft war, hier eine möglichst herabgebrochene Feintypisierung durchzuführen. Ich verstehe das gut, denn eine Lenzing AG und so weiter und so fort, die von einem Gewässer, mit einem Gewässer leben, auf ein Gewässer angewiesen sind, wo sich vieles verbessert hat in den letzten Jahrzehnten, in der Vergangenheit manches nicht so gelaufen ist, wie wir uns das in der Umweltbewegung gewünscht hätten, aber wo die Richtung stimmt, sie hat natürlich ein Anrecht darauf, klar definiert zu haben, wo beginnt ihre Verantwortung, wo beginnen die Schwierigkeiten, wo beginnen notwendige Sanierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre, um dieses Projekt präzise abgrenzen zu können.

Ich komme gleich auf die Fragen der Frau Präsidentin, ich hoffe, ich kann sie konkret und präzise beantworten. Fragestellung eins: Die DVDs dienen tatsächlich alleine, und das war mein dezidiertes Wunsch, wir müssen die Bürgerbeteiligung in diesen Fragen, das versuche ich, es gelingt mir nicht immer, ich versuche, es immer besser zu machen, die Bürgerbeteiligung möglichst hoch anzusiedeln. Mit der Darstellung in DVDs der Gewässerökologie lässt sich beim direkten Dialog mit den Betroffenen, von den Fischern bis zu den Industriebetrieben viel leichter arbeiten, das ist im Übrigen nur ein Bruchteil der Summe, die dafür erforderlich ist, ich glaube, dass das Sinn macht. Wenn wir uns diese Preissituation anschauen für 22.000 Kilometer, ist es, glaube ich, ich habe jetzt die Vergleichszahlen vom NaLa-Projekt nicht im Kopf, da liegen wir in Summe recht gut. Ich glaube, es ist auch von der preislichen Situation eine vernünftige Dotierung, nach meinem Informationsstand hält das Angebot und gibt es kein in Frage stellen. Was den Zeithorizont betrifft, hast du selbstverständlich Recht, natürlich wären wir später dran gewesen, wir wären dann nach der nächsten Landtags-sitzung unter einem enormen Zeitdruck ganz einfach gekommen. Nicht wir, sondern die Projektumsetzer wären unter einem enormen Zeitdruck gekommen, für die ist es angenehmer, zeitgerecht planen zu können, damit sie es tatsächlich schaffen, deswegen bin ich sehr, sehr froh und dankbar dafür, dass das Projekt einerseits die Dringlichkeit erhält und zweitens heute beschlossen werden kann. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schenner.

Abg. **Schenner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mehr so eine spontane Wortmeldung, weil mir auch etwas aufgefallen ist. Wir haben gesagt, es ist eine wichtige Sache, und wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag zu, obwohl er natürlich von einem Referenten begründet wurde, der einer politischen Konkurrenz angehört. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das ist interessant der Zugang!") Sie haben gesagt, es ist richtig und wichtig, dass ältere Menschen einen Heizkostenzuschuss erhalten in größerer Höhe, aber wir stimmen eurem Dringlichkeitsantrag nicht zu, weil er von einem politischen Gegner kommt. Wir haben gesagt, es ist richtig und wichtig, dass es, um die Finanzierung der Hochwasserschutzmaßnahmen sicherzustellen, rasche Lösungen geben soll, die auch im Hinblick auf eine Vorfinanzierung durch das Land erfolgen könnte. Sie haben gesagt, ja eigentlich ist es schon wichtig, auch in den Pressekonferenzen, dass das rasch geschieht und die entsprechenden Finanzmittel vorhanden sind, aber wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag nicht zu, weil er von der SPÖ kommt. Es gibt schon noch feine Unterschiede, diese Appelle und Zusammenarbeit und Kooperation, die da mit großem Pathos vorgetragen werden, die erweisen sich manchmal wirklich nur als pathetische Forderungen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine weitere Wortmeldung, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 645/2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur mündlichen Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Gottfried Hirz und Klubobmann Gunther Trübswasser an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider betreffend Mautflüchtlinge-Verordnung. Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider um die Beantwortung der Anfrage.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die umfangreichen Erhebungen, die bei den Bezirkshauptmannschaften durchgeführt werden mussten, haben länger gedauert, sodass eine schriftliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Landtagsabgeordneten Gottfried Hirz betreffend Mautflüchtlinge-Verordnung nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Ich werde die Anfrage daher hier mündlich beantworten.

Gottfried Hirz führt aus: In Folge der Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut für LKW durch die Österreichische Bundesregierung kam es vor allem in Oberösterreich zu beträchtlichen Verschiebungen des LKW-Verkehrs auf das sekundäre Bundes- und Landesstraßennetz mit entsprechenden Belastungen für AnrainerInnen und StraßenbenützerInnen. Aus den unzähligen Reaktionen der betroffenen Regionen ist zu schließen, dass auch die seit Juni 2004 in Kraft getretene Verordnung der Oö. Landesregierung, betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. In diesem Zusammenhang stelle ich, also der Gottfried Hirz, folgende Anfrage: Auf welchen Bundes- und Landesstraßen, respektive Streckenabschnitten in Oberösterreich wurden seit Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut Maßnahmen gegen LKW-Mautflüchtlinge verordnet, und wann traten die Maßnahmen für die jeweiligen Ausweichrouten in Kraft?

Antwort: Die Verordnung der Oö. Landesregierung, betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich, wurde im Landesgesetzblatt für Oberösterreich unter der Nummer 37 vom 21. Juni 2004 kundgemacht und trat mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. In dieser Verordnung sind folgende Straßen enthalten: B 1 Wiener Straße, B 3 Donau Straße, B 115 Eisen Straße, B 122 Voralpen Straße, B 123 Mauthausener Straße, B 125 Prager Straße, B 135 Gallspacher Straße, B 137 Innviertler Straße, B 138 Pyhrnpaß Straße, B 139 Kremstal Straße, B 140 Steyrtal Straße, B 141 Rieder Straße, B 143 Hausruck Straße, B 309 Steyrer Straße, L 554 Schlierbacher Straße, L 562 Kremsmünsterer Straße, L 569 Pleschinger Straße, L 520 Gaspoltshofener Straße, L 1265 Schörflinger Straße. Ich ersuche, mir hier die Verlesung der genauen Abschnitte dieser Straßen, auf denen das Fahrverbot gilt, zu ersparen, diese Angaben können ja im Landesgesetzblatt nachgelesen werden.

Eine zweite Verordnung wurde im Landesgesetzblatt für Oberösterreich unter der Nummer 86 vom 12. August 2005 kundgemacht und trat am 16. August 2005 in Kraft. In dieser Verordnung wurde ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht über 3,5 Tonnen auf der L 563 Traunufer Straße von Straßenkilometer 0,025 bis zum Straßenkilometer 5,600 festgelegt.

Weitere Frage Gottfried Hirz: Denken Sie daran, die Verordnung der Oö. Landesregierung, betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich mit sämtlichen Ergänzungen, die seit ihrem Inkrafttreten erfolgt sind, aus Gründen der Übersichtlichkeit und Verfahrensökonomie und hinsichtlich der nunmehr bereits zum zweiten Mal aufgetretenen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ferienreise-Verordnung des Bundes nochmals als ein Gesamtes neu zu verkünden?

Antwort: Es hat keine Ergänzungen der Verordnung gegeben, und es gibt daher keine Gründe der Übersichtlichkeit und Verfahrensökonomie, die eine Neuverkündung der Verordnung erforderlich machen würden. Es hat weiters auch keine Schwierigkeiten mit der Ferienreise-Verordnung des Bundes gegeben, und derartiges ist daher auch nicht zum zweiten Mal aufgetreten. Die Ferienreise-Verordnung des Bundes untersagt zu bestimmten Zeiten die Benützung bestimmter Autobahnen durch LKW mit über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht. Es ist also klar, dass zu diesen Zeiten, die von der Verordnung der Landesregierung mit Fahrverbot belegten Bundes- und Landesstraßen benützt werden dürfen, weil keine parallelen Autobahnen zur Verfügung stehen. Es müsste ja sonst ein Umweg über Gemeindestraßen und Forstwege gemacht werden, was aber durch die Umwegregelung ausgeschlossen wird.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit zur Ferienreise-Verordnung des Bundes einige Worte sagen. Die Ferienreise-Verordnung bedeutet eine Verlagerung des Schwerverkehrs vom höchstrangigen Straßennetz auf das niederrangige Netz. Da Bundes- und Landesstraßen in der Regel durch die Ortschaften führen, wird durch diese Verlagerung die Wohnbevölkerung an diesen Straßen belastet, und es entsteht auch unter Umständen ein Sicherheitsproblem in den Orten. Aus diesem Grund bin ich beim Bund dafür eingetreten, keine Ferienreise-Verordnung mehr zu erlassen bzw. keine oberösterreichischen Straßenabschnitte aufzunehmen.

Weitere Frage von Gottfried Hirz: Welche besonders betroffenen und von den Regionen massiv eingeforderten Strecken wurden bis dato noch nicht in die Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich aufgenommen und warum?

Antwort: Massive Forderungen nach verkehrsregelnden Maßnahmen sind aus dem Bezirk Braunau gekommen und zwar hinsichtlich der B 147 Braunauer Straße und der B 156 Lamprechtshausener Straße. Es hat das Vorhaben der Bezirkshauptmannschaft Braunau gegeben, ein LKW-Fahrverbot, ähnlich der Verordnung der Oö. Landesregierung, für diese Straßenzüge zu erlassen. Bei einem Abstimmungsgespräch mit der benachbarten Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Land hat sich jedoch ergeben, dass Salzburg nicht bereit ist, Vorankündigungen auf ein Fahrverbot im oberösterreichischen Abschnitt der beiden Straßen auf Salzburger Gebiet aufzustellen. Dies hätte bedeutet, dass LKWs, von Süden kommend, zuerst auf oberösterreichischem Gebiet soweit hätten fahren müssen, bis sie eine geeignete Umkehrstelle erreichen, um dann wieder nach Salzburg zurückzufahren. Das wäre eine völlig unzumutbare Regelung gewesen. Von Seiten Salzburgs wurden weiters die vorhandenen Zahlenangaben über den Schwerverkehr und insbesondere über den Durchgangsverkehr in Frage gestellt. Ich habe daher mit dem Bezirkshauptmann von Braunau vereinbart, dass zuerst weitere Zählungen und Erhebungen vorgenommen werden. Die Erfassung des Gesamtverkehrs und des Schwerverkehrs erfolgte für die B 147 durch eine Verfolgungs- und Querschnittszählung, für die B 156 und die L 508 Kobernaußer Straße durch Querschnitts-

zählungen. Bei der Verfolgungszählung vom März 2005 wurde der Durchgangsverkehr auf der B 147 für das Gebiet zwischen Burgkirchen und Munderfing erhoben, die Auswertung der Durchfahrtsströme hat ergeben, dass rund ein Viertel der LKW als Durchgangsverkehr anzusehen ist. Die Querschnittszählungen mit Radargeräten haben ergeben, dass der Schwerverkehrsanteil auf diesen Straßen im Bezirk Braunau im Mittel 11,5 Prozent beträgt. Dieser LKW-Anteil auf den betrachteten Straßenzügen im Bezirk Braunau entspricht dem LKW-Anteil auf vergleichbaren Bundesstraßen, im Raum Eggelsberg und Moosdorf ist der LKW-Anteil allerdings mit 13,2 Prozent über dem Durchschnitt. Es ist dabei wohl zu berücksichtigen, dass in diesem Raum viele Betriebe bestehen und auch neue angesiedelt wurden, die natürlich Lieferverkehr auslösen. Eine Analyse der einzelnen Verkehrszählungen auf der B 156 hat ergeben, dass die LKW-Zahlen von Norden nach Süden abnehmen. Es kann daraus geschlossen werden, dass bei den LKW-Verkehren die regionalen und lokalen Verkehrsbedürfnisse im Vordergrund stehen und überregionale Verkehre nicht dominieren.

Ein LKW-Fahrverbot, das auf die Verlagerung eines Mautausweich-Verkehrs abzielt, hätte demnach kaum eine entlastende Wirkung, es gibt hier ja auch keine unmittelbar parallel verlaufende Autobahn. Es wurde daher von der Erlassung einer Verordnung zur Verlagerung der Verkehre abgesehen, da der Großteil der Verkehre wegen der lokalen Ziele nicht verlagert werden kann und auch keine Autobahn zur Verfügung steht. Zur Entlastung der Anrainer an diesen Straßenzügen müssen andere Maßnahmen gesetzt werden. Meines Erachtens heißt das vor allem, dass die Bemühungen zur Schaffung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung im Bezirk Braunau, die die Siedlungsgebiete umfährt, intensiviert werden müssen.

Frage: Welche LKW-Verkehrsfrequenz wiesen die einzelnen Ausweichstrecken vor und nach Einführung der LKW-Maut beziehungsweise nach Erlassung der Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich auf, und wie gestaltet sich die aktuelle Frequenzentwicklung?

Antwort: Wie bekannt ist hat meine Fachabteilung Verkehrstechnik Erhebungen über die Entwicklung der Verkehrsfrequenzen auf jenen Routen vorgenommen, die von der ASFINAG als potentielle Ausweichstrecken genannt wurden. Es hat natürlich auch eigene Abschätzungen der Verkehrsverlagerungen gegeben.

Im Frühjahr 2004 wurden dann Zählungen vorgenommen bzw. Messwerte aus dem automatischen Messnetz ausgewertet. Generell wurde festgestellt, dass die LKW-Zahlen auf den Autobahnen im Frühjahr 2004 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind. Demgegenüber wurden bei 16 Messpunkten auf den als Ausweichrouten eingeschätzten Strecken zum Teil sehr deutliche Steigerungen des LKW-Verkehrs - zwischen 17 Prozent und 73 Prozent - festgestellt. Dies war dann die Grundlage für die Verordnung von Verkehrsbeschränkungen.

Im Herbst 2004 - also nach Inkrafttreten der Verordnung und nach der Sommerzeit - wurden neuerliche Messungen vorgenommen. Hier hat sich folgendes Ergebnis gezeigt: Bei 9 Messstellen ist der LKW-Verkehr zurückgegangen, bei 3 Stellen gleich geblieben. An 3 Stellen gab es eine Steigerung in der Größenordnung von rd. 20 LKW durchschnittlich täglich. An einer Stelle - nämlich der B 1 im Raum Wels - gab es eine starke Steigerung um 80 LKW täglich. Letzteres ist wohl der Autobahnbaustelle zwischen Linz und Wels zuzuschreiben.

Eine starke Steigerung gegenüber dem Frühjahr 2004 gab es auch an einem weiteren Messpunkt - an der B 139 in Weißenberg. Diese Strecke war im ersten Entwurf für die Aus

weichrouten nicht enthalten, es gibt hier also keine Werte aus Vorjahren. Ich gehe auch hier davon aus, dass ein Gutteil der Steigerungen den Ausweichverkehren wegen der Autobahnbaustelle zuzuschreiben ist. Im Vergleich zu den Bundes- und Landesstraßenwerten liegen die Zählergebnisse auf allen betrachteten Autobahnabschnitten im Herbst 2004 über den Werten des Frühjahres 2004.

Alles in allem bin ich der Meinung, dass diese Zählergebnisse zum Ausdruck bringen, dass die Verordnung der Landesregierung eine positive Wirkung erzielt hat, dass LKW-Verkehre wieder von den Bundes- und Landesstraßen auf die Autobahnen zurück verlagert werden konnten.

Zur Frage der aktuellen Frequenzentwicklung kann ich nur annäherungsweise Aussagen machen. Es wird nicht dauernd an den vorhin angesprochenen Messpunkten gezählt. Ich kann hier nur Aussagen über Zahlen aus dem automatischen Messnetz machen bzw. über Messergebnisse aus Radarzählungen der einzelnen Dienststellen des Landes, die in der Nähe von Messpunkten liegen, an denen 2004 gemessen wurde.

Das automatische Netz zeigt an den Zählstellen auf den Autobahnen Steigerungen, vergleicht man die Werte des 1. Quartals 2005 mit jenen des 1. Quartals 2004. Sinkende Vergleichswerte gibt es nur auf der A 1 im Raum Haid und der A 25 im Raum Wels, was mit der Baustellensituation zusammenhängen dürfte. Deutlich niedrigere LKW-Zahlen gibt es auf der B 137 (in Vielsassing) und auch auf der B 1 (in Wels).

Zu den Zählungen mit Radargeräten ist der Korrektheit halber anzuführen, dass hier Zählungen aus unterschiedlichen Zeiträumen von 10 bis 21 Tagen im Zeitraum des ersten Halbjahres 2005 vorliegen, aus denen Durchschnittswerte gebildet wurden. Es gibt hier Vergleichswerte aus Kirchheim im Innkreis, Pöndorf, Zell an der Pram und Weißenberg, die weiterhin auf eine z.T. stark fallende Tendenz beim LKW-Verkehr hinweisen. Mit aller gebotenen Vorsicht kann also gesagt werden, dass die positive Entwicklung, die durch die Verordnung der Landesregierung ausgelöst wurde, weiter anhält.

Frage: Wie viele Kontrollen zur Überprüfung des LKW-Fahrverbotes erfolgen an den jeweiligen Ausweichstrecken durchschnittlich pro Tag?

Antwort: Die Exekutive hat den Auftrag erhalten, die Einhaltung des LKW-Fahrverbotes zu überwachen. Es wurde zu diesem Zweck auch in Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehrstechnik des Landes eine Liste von geeigneten Kontrollplätzen entlang der betreffenden Straßenzüge erstellt. Nach den eingelangten Meldungen der Exekutive wurden im Zeitraum von August 2004 bis einschließlich Juni 2005 insgesamt 12.000 LKW überprüft, das ist ein Schnitt von 36 LKW pro Tag. Ich möchte dabei hervorheben, dass die höchste Anzahl von LKW im Bezirk Grieskirchen kontrolliert wurde.

Frage: Wie viele verwaltungsstrafrechtliche Verfahren hat es bis dato wegen des Verstoßes gegen die Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich jeweils auf jeder Ausweichstrecke gegeben und in welchen Höhen wurden bisher Geldstrafen rechtskräftig verhängt?

Antwort: Die Exekutive hat bei ihren Kontrollen 1.356 Übertretungen festgestellt, worauf in 15 Fällen eine Ermahnung vorgenommen wurde und 797 Organstrafverfügungen ausgesprochen wurden. Der Rest wurde angezeigt. Die Erhebung bei den Bezirkshauptmannschaften

und Polizeidirektionen hat ergeben, dass von fünf Strafbehörden keine konkreten Zahlen hinsichtlich der durchgeführten Strafverfahren mitgeteilt werden konnten, da diesbezüglich keine statistischen Aufzeichnungen geführt werden. Es wurde auch mitgeteilt, dass eine nachträgliche Erfassung beim gegebenen Personalstand nicht möglich sei. Die folgenden Zahlen beziehen sich daher nur auf elf Erstbehörden, welche konkrete Zahlen übermittelt haben.

Aufgrund von Anzeigen seitens der Exekutive und auch seitens Privatpersonen wurden bisher 485 Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet. In 85 Fällen wurden mittels Strafbescheid (Strafverfügung bzw. Straferkenntnis) Geldstrafen verhängt. In den übrigen Fällen erfolgte auf Grund von Nachweisen, dass es sich um Fahrten im Ziel- und Quellverkehr gehandelt hat, die Einstellung des Verfahrens. Die Höhe der verhängten Strafbeträge liegt im Durchschnitt bei 200 Euro.

Frage: Gibt es im Zuge diesbezüglicher Verwaltungsstrafverfahren Probleme mit der Formulierung der Ausnahmeregelung in § 2 der Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich, wonach de facto jeder Umweg eine Ausnahme vom LKW-Fahrverbot ermöglicht?

Antwort: Ich möchte vorweg noch einmal ausführen, welchen Sinn diese Ausnahme-Regelung hat und wie die konkrete Formulierung zustande gekommen ist. Es muss natürlich möglich sein, im ersten oder letzten Stück einer Fahrt eine Bundes- oder Landesstraße zu benutzen, wenn Quelle oder Ziel der Fahrt an dieser Straße liegt oder nur über diese Straße erreichbar ist. Das ist mit der Formulierung „Fahrten im Ziel- und Quellverkehr“ gemeint. Jetzt ist es in der Regel möglich, Quelle oder Ziel auch noch über weitere untergeordnete Straßen - wie Gemeindestraßen, Güterwege, Forststraßen - zu erreichen. Da diese Straßen noch weniger für Schwerverkehr geeignet sind und hier oft eher eine Belastung der Wohnbevölkerung eintreten würde, wurde die Umwegformulierung eingefügt. Es soll also nicht verlangt werden können, dass ein Umweg über einen Güterweg gemacht werden muss. Das ist eigentlich alles ziemlich klar und es ist daher nicht richtig, dass „de facto jeder Umweg eine Ausnahme vom LKW-Fahrverbot ermöglicht“.

Neun Strafbehörden haben bei der Umfrage auch mitgeteilt, dass sie mit der Formulierung des § 2 keine Probleme haben. Neun Strafbehörden haben allerdings mitgeteilt, dass sie diesbezüglich Probleme haben, vor allem im Zusammenhang mit der Judikatur des Unabhängigen Verwaltungssenates.

Frage: Gibt es in Bezug auf die Ausnahmeregelung des § 2 Entscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenates beziehungsweise höchstgerichtliche Erkenntnisse?

Antwort: Es wurde in insgesamt 16 Fällen Berufung an den Unabhängigen Verwaltungssenat erhoben. Dieser hat in 14 Fällen der Berufung stattgegeben und das Strafverfahren eingestellt. In einem Fall wurde die Berufung (mangels Begründung) zurückgewiesen, in einem Fall wurde die Berufung abgewiesen. Der Verwaltungssenat hat hinsichtlich der Ausnahmeregelung eine Auslegung gefunden, die man etwa so zusammenfassen könnte: Es muss nicht festgestellt werden, ob sich die Fahrt im unmittelbaren Bereich von Quelle oder Ziel befindet und ob somit die Zulässigkeit einer Benützung der Fahrverbotsstrecke zu prüfen ist. Es genügt zu prüfen, ob die Fahrt über die Autobahn - bezogen auf die gesamte Fahrtstrecke - länger ist als eine Route über Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen.

Es konnte hier in Gesprächen mit Mitgliedern des Verwaltungssenates leider keine Übereinstimmung gefunden werden. Die Verkehrsabteilung des Landes hat daher beim Verkehrsministerium angeregt, Amtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben. Dies wurde allerdings vom Verkehrsministerium abgelehnt.

Frage: Gibt es im Zusammenhang mit der bestehenden Formulierung des § 2 der Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich Probleme von Seiten der Exekutive bei der Ahndung offensichtlich vorliegender Verwaltungsübertretungen? Wenn ja, welche genau und liegen darüber schriftliche Aktenvermerke beziehungsweise Beschwerden vor?

Antwort: Zehn Strafbehörden berichten von Problemen der Exekutive mit der Formulierung des § 2 der Verordnung. Schriftliche Vermerke wurden im Zuge der Erhebungen zu dieser Anfragebeantwortung angefertigt. Acht Strafbehörden berichten, dass in ihrem örtlichen Wirkungsbereich die Exekutivorgane mit der Formulierung des § 2 keine Probleme haben.

Frage: Wie definieren Sie „Fahrten im Ziel- und Quellverkehr“ gemäß § 2 der Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich? Fallen darunter Fahrten von Transit-LKWs, die in Suben von der Autobahn abfahren und durch das Ortsgebiet von Schärding fahren, um im Ortsgebiet von Schärding zu einer Tankstelle zu gelangen, obwohl sowohl die österreichische als auch die deutsche Seite der Autobahn ausreichend mit Tankmöglichkeiten für LKWs ausgestattet ist?

Antwort: Generell kann dazu gesagt werden, dass die Fahrt zu einer Tankstelle sicher nicht als Zielverkehr zu werten ist. Was das konkrete Beispiel einer Tankstelle im Ortsgebiet von Schärding betrifft, möchte ich darauf verweisen, dass es ja diesbezüglich schon Anfragen und folgende Prüfungen durch die Bezirkshauptmannschaft gegeben hat. In der Praxis gestaltet sich die Sache etwas anders: Es fahren hier LKW aus Deutschland kommend über die Innbrücke in Schärding zu und verlassen Österreich wieder nach dem Tanken. Es handelt sich hier in der Regel also um sogenannten „Tank-Tourismus“ und um keinen Maut-Ausweichverkehr.

Es kommt weniger vor, dass über die Autobahnbrücke auf der Autobahn bis Suben gefahren wird, dann die Autobahn verlassen wird und dann die etwa zehn Kilometer zurück nach Schärding gefahren werden. Im übrigen ist auf dieser Strecke (in Suben und in St. Florian am Inn) ein eigenes Fahrverbot für LKW über 7,5 Tonnen verordnet. Ich denke, dass der genannte Tank-Tourismus über andere, lokal wirksame Maßnahmen gesteuert werden muss als über die Mautausweichverkehr-Verordnung der Landesregierung.

Frage: Ist für Sie die Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich so auszulegen, dass sie nur für jene Fahrten Gültigkeit hat, die mit dem subjektiven Vorsatz der Lenker, der Autobahnmaut auszuweichen, durchgeführt wurde?

Antwort: Soweit ich diese Frage verstehe, kann ich darlegen, dass ein subjektiver Vorsatz nicht vorhanden sein muss, damit jemand wegen einer Übertretung belangt werden kann. Es genügt ein insofern fahrlässiges Verhalten, dass z.B. die Fahrverbotstafel übersehen wird.

Frage: Wurde seitens der Exekutive mündliche Kritik betreffend Vollziehbarkeit der Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich vorgebracht? Wenn ja, welche genau? Welche Konsequenz werden Sie daraus ziehen?

Antwort: Von acht Strafbehörden wurde berichtet, dass von der Exekutive Kritik über die Vollziehbarkeit der Verordnung geäußert wurde. In sieben Fällen wird die Formulierung der Ausnahmeregelung, in einem Fall die mangelnde Beschilderung angesprochen. Von elf Strafbehörden liegt entweder eine Leermeldung vor oder es wird berichtet, dass seitens der Exekutivorgane keine kritischen Berichte vorliegen. Soweit mir bekannt ist, wurden Zweifelsfälle und Kritikpunkte in geeigneter Form in Kontaktnahme zwischen den Erstbehörden und der Verkehrsabteilung des Landes besprochen, so wie das in vielen anderen Fällen von notwendigen rechtlichen Auslegungen auch gehandhabt wird. Lieber Gottfried, ich hoffe, dass ich deine Anfrage hiermit ausreichend beantwortet habe. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich teile mit, dass im Verlauf der heutigen Sitzung noch die Beilage 655/2005, das ist der Initiativantrag betreffend Sicherung der Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung, eingelangt ist. Ich weise sie dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu. Die Sitzung ist somit geschlossen.

(Ende der Sitzung: 16.14 Uhr)